

Abonnements-Bedingungen:
Wochenpreis 1,10 Mark pro Monat...

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle...

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.

Donnerstag, den 2. November 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.

Das Pulver trocken, das Schwert geschliffen!

Die Feuerprobe für den politischen Wert und Gehalt einer Partei ist nicht ihr Verhalten vor der Schlacht...

Rußland braucht jetzt vor allem Ruhe! ruft das liberale Moskauer Blatt...

Rußland braucht vor allem Ruhe! erklärt auch der frischgeborene Premier des Zaren...

Rußland braucht vor allem Ruhe! erklären die Soldatenpotrouillen...

Rußland braucht nach dem Zarenmanifest vor allem Ruhe! erklären verkleidete Polizistenbanden...

Rußland braucht vor allem Ruhe! rufen hinterdrein reitende Kosakenbanden...

Und Rußland braucht jetzt vor allem Ruhe! wird heute oder morgen schon auch der russische Liberalismus erklären...

Und als drittes Element der bürgerlichen Freiheitsbewegung in Rußland kommt noch die schwankende, innerlich hallofe Schicht der bürgerlichen demokratischen Intelligenz...

Das ein so beschaffener, auf so heterogenen Elementen beruhender Liberalismus ein gefährlicher Bundesgenosse ist...

In Revolutionszeiten reifen Menschen, Klassen und Dinge mit unheimlicher Schnelligkeit.

Das unter Gewehrgeknatter mordender Zarenhergen verfaßte Verfassungsmanifest wird von den liberalen Elementen dazu benutzt...

Petersburg, 1. November. (B. G.) Die Führer der radikalen Parteien sind unermüdlich tätig...

Warschau, 1. November. Die Sozialdemokratie Polens und Litauens erklärt in zahlreichen Flugblättern...

Sodnowice, 31. Oktober. Gestern hat der von der Sozialdemokratie Polens und Litauens proklamierte Generalstreik...

Kattowitz, 1. November. (Privat-Telegramm des „Vorwärts“.) Um 4 Uhr eine Menge unter Abhängen revolutionärer Lieder...

Die Verfassung im Zeichen des Massenmordes.

Odesa, 1. November. Der Gemeinderat hat sich in einen provisorischen Wohlfahrtsausschuß umgewandelt...

unter der Führung des „liberalen“ Premiers im Walle zu erstickten. Die gesamte bürgerliche Gesellschaft...

Das Pulver trocken, das Schwert geschliffen!

Das Zarenmanifest auf blutiger Spur.

Die Telegramme melden: Petersburg, 1. November. (B. G.) Bei den Zusammenstößen am gestrigen Tage wurden drei Personen getötet...

Moskau, 31. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Das Manifest wurde hier mit Begeisterung aufgenommen...

Petersburg, 31. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Außer Telegrammen über den günstigen Eindruck des Manifestes...

Kiew, 1. November. Trotz des Manifestes dauert der allgemeine Streik fort.

Sod, 31. Oktober. (B. L. W.) Die Lage ist hier sehr kritisch. An verschiedenen Stellen der Stadt wurden...

Petersburg, 1. November. (B. G.) Während der Straßengehungen in Odesa durchzogen 50 verkleidete Polizisten...

Die Sozialdemokratie auf dem Posten. (Privatbesuche des „Vorwärts“.)

Warschau, 1. November. Die Sozialdemokratie Polens und Litauens erklärt in zahlreichen Flugblättern...

Sodnowice, 31. Oktober. Gestern hat der von der Sozialdemokratie Polens und Litauens proklamierte Generalstreik...

Kattowitz, 1. November. (Privat-Telegramm des „Vorwärts“.) Um 4 Uhr eine Menge unter Abhängen revolutionärer Lieder...

Die Verfassung im Zeichen des Massenmordes.

Odesa, 1. November. Der Gemeinderat hat sich in einen provisorischen Wohlfahrtsausschuß umgewandelt...

Warschau, 1. November. Die sozialdemokratischen Blätter fordern zur Fortsetzung des Streiks auf.

Ein Privattelegramm der „Pawischen Zeitung“ meldet: Petersburg, 31. Oktober, 10 Uhr 50 Min. abends...

Ein von Sozialdemokraten verhafteter Polizeihauptmann! (Privattelegramm des „Vorwärts“.)

Sodnowice, 31. Oktober. Gestern hat der von der Sozialdemokratie Polens und Litauens proklamierte Generalstreik...

Kattowitz, 1. November. (Privat-Telegramm des „Vorwärts“.) Um 4 Uhr eine Menge unter Abhängen revolutionärer Lieder...

Die Verfassung im Zeichen des Massenmordes.

nur wenige Blätter. Der telephonische und telegraphische Verkehr mit Moskau ist immer noch nicht hergestellt.

Moskau, 1. November. (B. G.) Hier hat das kaiserliche Manifest einen vollständigen Stimmungswandel hervorgerufen.

Warschau, 1. November. (B. G.) Die sozialdemokratischen Blätter fordern zur Fortsetzung des Streiks auf.

Ein Privattelegramm der „Pawischen Zeitung“ meldet: Petersburg, 31. Oktober, 10 Uhr 50 Min. abends...

Ein von Sozialdemokraten verhafteter Polizeihauptmann! (Privattelegramm des „Vorwärts“.)

Sodnowice, 31. Oktober. Gestern hat der von der Sozialdemokratie Polens und Litauens proklamierte Generalstreik...

Kattowitz, 1. November. (Privat-Telegramm des „Vorwärts“.) Um 4 Uhr eine Menge unter Abhängen revolutionärer Lieder...

Die Verfassung im Zeichen des Massenmordes.

Odesa, 1. November. Der Gemeinderat hat sich in einen provisorischen Wohlfahrtsausschuß umgewandelt...

Warschau, 1. November. Die sozialdemokratischen Blätter fordern zur Fortsetzung des Streiks auf.

Ein Privattelegramm der „Pawischen Zeitung“ meldet: Petersburg, 31. Oktober, 10 Uhr 50 Min. abends...

Ein von Sozialdemokraten verhafteter Polizeihauptmann! (Privattelegramm des „Vorwärts“.)

Sodnowice, 31. Oktober. Gestern hat der von der Sozialdemokratie Polens und Litauens proklamierte Generalstreik...

Kattowitz, 1. November. (Privat-Telegramm des „Vorwärts“.) Um 4 Uhr eine Menge unter Abhängen revolutionärer Lieder...

Die Verfassung im Zeichen des Massenmordes.

Odesa, 1. November. Der Gemeinderat hat sich in einen provisorischen Wohlfahrtsausschuß umgewandelt...

Warschau, 1. November. Die sozialdemokratischen Blätter fordern zur Fortsetzung des Streiks auf.

Ein Privattelegramm der „Pawischen Zeitung“ meldet: Petersburg, 31. Oktober, 10 Uhr 50 Min. abends...

Ein von Sozialdemokraten verhafteter Polizeihauptmann! (Privattelegramm des „Vorwärts“.)

Sodnowice, 31. Oktober. Gestern hat der von der Sozialdemokratie Polens und Litauens proklamierte Generalstreik...

Kattowitz, 1. November. (Privat-Telegramm des „Vorwärts“.) Um 4 Uhr eine Menge unter Abhängen revolutionärer Lieder...

Moskau, 1. November. Die Mitglieder der Duma (d. h. des Gemeinderates) beschlossen, einen Schwur zu leisten, daß sie niemals die ihnen jetzt zugestandenen Rechte aufgeben würden. Dieser Schwur wurde für notwendig erachtet, da die versprochenen Reformen ohne Garantien für ihre wirkliche Durchführung seien. Die Stadt ist teilweise besetzt.

Moskau, 1. November. Die Presse hat die Verfassung ohne besondere Begeisterung oder Ausdrücke der Dankbarkeit aufgenommen. Die meisten Blätter machen gewisse Vorbehalte.

Misstrauen im Auslande.

Paris, 1. November. Das neue Manifest des Zaren hat wenig dazu beigetragen, die in Frankreich angelegten der russischen Zustände herrschende Verleumdung zu beseitigen. In politischen Kreisen wie in der Presse fürchtet man, daß Witte seine Kraft überschätzt. Der „Temps“ hofft, daß die Regierung ihren Versprechungen auch die Tat folgen läßt. Das „Journal des Débats“ meint zweifelnd, alles hänge davon ab, ob das Volk noch bereit sei, die gemachten Zugeständnisse mit Vertrauen anzunehmen.

Das neue „liberale“ Kabinett.

Petersburg, 1. November. Die Zusammenstellung des neuen Kabinetts ist folgende: Inneres Karabazew, bisher Chefredakteur des „Rus“, Finanzen Romanow, Krieg Kossitsch, früher liberaler Gouverneur von Saratow, Unterrichts Senator Konij. Ihre Portefeuilles behalten der Minister des Auswärtigen Graf Lambsdorf, Marineminister Wiklew und Verkehrsminister Fürst Schilow.

Herr Witte hat offenbar Eile, seine Position zu festigen. Seine neuen „Männer“ sind, mit einziger Ausnahme des Senators Konij, der übrigens auch als hervorragender Jurist mehr denn als liberaler Politiker bekannt ist, lauter dunkle Größen, unbeschriebene Blätter. Die für russische Verhältnisse „kühnste Tat“ des „Premiers“ ist dabei wohl die Berufung eines Zeitungsredakteurs ins Ministerium. Sonst fällt sofort auf, daß Witte nicht einmal daran denkt, die hervorragenden Leader des wahrhaftig nicht umstürzlerischen Semstwo-Liberalismus ans Ruder zu rufen.

Wittes Programm.

Die „Russische Korrespondenz“ stellt uns folgendes Telegramm zur Verfügung:

Petersburg, 1. November, 3 Uhr nachts: Gestern suchten Vertreter des „Verbandes der Verbände“ den Grafen Witte auf, um Auskunft von ihm über die Beschaffung des technologischen Institutes zu erhalten. Dabei entwickelte sich das nachfolgende Gespräch. Witte sagte, er könne ohne Hilfe der Gesellschaft nichts machen. Auf die Erwiderung, es läge nicht so sehr auf die sogenannte Gesellschaft an, sondern auf Befriedigung der Forderungen der arbeitenden Klassen, weil nur dann Veruhigung ins Land kommen werde, sagte Witte, das sei auch seine Ansicht, und er machte dabei die folgende bedeutungsvolle Bemerkung: Er wolle in die Duma kommen, seine Macht niederlegen und sagen: Tut, was Ihr für das Wohl des unglücklichen Russlands als notwendig erachtet. Um aber bis zur Duma dem Lande Veruhigung zu bringen, müsse er das Vertrauen der Gesellschaft genießen, und das sei nicht der Fall. Er hätte sich an einige bekannte Männer mit der Bitte um Hilfe gewandt, habe aber bis jetzt keine zustimmende Antwort erhalten. Die Deputation erwiderte: Auch die Hilfe angesehenen Männer des liberalen Kreises würde wenig helfen, wenn die Forderung des allgemeinen Wahlrechtes, die seitens des Volkes aufgestellt ist, nicht befriedigt werde. Witte nahm wiederum das Wort und sagte, auch er stelle die Forderung der Arbeiter in die erste Linie, und er sei nicht gegen allgemeines Wahlrecht, er meine nur, daß allgemeine Wahlrecht solle nicht von der Regierung, sondern der Reichsduma proklamiert werden, er wolle aber sofort das Wahlgesetz vom 6. August umändern und die intelligenten Massen und Arbeiter wahlberechtigt machen. Auch das sei aber nicht sein letztes Wort, vielleicht würden seine Mitarbeiter ihn von der Notwendigkeit sofortiger Einführung des allgemeinen Wahlrechtes überzeugen. Was die Presse anbetrifft, so können Sie allen sagen, bis zur Einführung eines Gesetzes über die Pressefreiheit werde die Zensur faktisch abgeschafft sein. Auch die Notwendigkeit einer Amnestie erkenne er an, aber es bedürfe einiger Zeit, um ein Gesetz über die Amnestie auszuarbeiten. Die Bestimmungen über den verstärkten Schuß seien unsinnig, aber er könne sie nicht gleich abschaffen, denn wenn nach ihrer Abschaffung ein Attentat passiere, werde man sagen, er sei Schuld daran.

Im Laufe des Tages sprachen noch verschiedene andere Organisationen bei Witte vor. Sie verlangten vor allen Dingen Amnestie, und wieder betonte man Witte gegenüber, man erwarte Taten nicht Worte. Man könne den Regierungserklärungen nicht trauen, nachdem das kaiserliche Manifest der Bevölkerung von der Polizei vorenthalten und abgenommen sei. Witte sagte wiederholt zu, die Amnestie werde wahrscheinlich in diesen Tagen proklamiert werden. Ausnahme Gesetze und verstärkten Schuß könne aber die Regierung nicht abschaffen. Bei der Erregung der Gemüter sei das unmöglich.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. November.

Kannegieherien.

Man schreibt uns:

Der „Vorwärts“ hat mit Recht darauf hingewiesen, daß der von der bürgerlichen Presse, wie üblich, aufgeführte Artikel Calwers in den „Monatsheften“ wortgetreu die Argumentation der bürgerlichen Militär- und Wasserpatronen wiederholt, wenn er auch, wiederum wie üblich, die Schlussfolgerungen aus dieser Beweisführung zu ziehen unterläßt. Das Bezeichnende bei der ganzen Gedankenrichtung des „revidierten“ Marxismus ist ja nicht die direkte Ablehnung der Programmsätze und der Forderungen der Sozialdemokratie, sondern die Preisgabe der spezifischen Denkweise und Weltanschauung, aus der heraus die Ziele der Sozialdemokratie vom marxistischen Standpunkt wissenschaftlich begründet werden. Und gerade darin besteht ja das Gefährliche dieser Geistesrichtung, daß sie die programmatischen Forderungen der Partei auf eine neue, „revidierte“ Basis stellt, mit der sie aber in vollständigem Widerspruch stehen und auf der sie unvermeidlich selbst in die Brüche gehen müssen. Der Calwersche Artikel, den übrigens, trotz des schlagenden Widerspruches, in dem er zu der ganzen Auffassung der Partei und namentlich zu der Haltung unserer Fraktion im Reichstag steht, die „Münchener Post“ an leitender Stelle ohne jeden Vorbehalt abdruckt, dieser Artikel ist selbst der beste Beweis für das Gelegte.

Calwer behauptet, man könne „dem eigenen Lande nicht zumuten“, daß es aufhöre zu rüsten, während andere Länder dem Militarismus und Marinismus frönen. Er bemerkt nicht, daß dies in Wirklichkeit das selbe Argument ist, mit dem sich z. B. auch jedes „nationale“ Unternehmertum herausredet, wenn ihm die Arbeiter die Forderung des Kostlondontages stellen. „Hannemann, geh' du voran“ — das Ausland soll erst anfangen, sonst geht das „Vaterland“ bankrott, dies ist die bekannte Anschuldung der bürgerlichen Klassen und der kapitalistischen Staaten auch gegenüber jeder Forderung einer halb-

wegs durchgreifenden Sozialreform. Was wir, als internationale Sozialdemokratie, jedesmal und bisher mit Erfolg diesen elenden Ausläuften einer „kapitalistischen Vaterlandsliebe“ entgegenhalten, ist, daß wir selbstverständlich gerade unsere Friedenspolitik wie unsere sozialreformistischen Forderungen als internationale Maßnahmen auffassen, daß wir aber den internationalen Kampf wider die Barbarei des Militarismus wie des ungezügelterten kapitalistischen Ausbeutertums eben nur in der Weise führen können, daß wir als Arbeiterpartei in jedem Lande vor allem gegen den eigenen Militarismus, gegen die eigene Kapitalistenklasse mit aller Macht das Schwert richten.

Und zwar nicht als Passivisten der jeweiligen Steuerpolitik oder des jeweiligen Regierungskurses, wie Calwer glaubt, sondern als grundsätzliche Gegner der ganzen bestehenden Ordnung, in der der Militarismus wurzelt.

Rum bewirkt Calwer diesen prinzipiell internationalen Standpunkt der sozialdemokratischen Friedenspolitik. Wo muß er aber alsdann ein Gewöhr, wo Garantien für seine Friedenspolitik suchen? In rein bürgerlichen Kannegieherien über die Notwendigkeit einer „Annäherung“ Deutschlands an Frankreich, in einer deutsch-französischen Allianz, durch die er Frankreich von den für uns gefährlichen Lasten der englischen Freundschaft abzuwenden hofft. Statt einer proletarischen Völkersolidarität mit allen Nationen — eine bürgerlich-diplomatische „Allianz“ zweier Militärmächte mit einer Spitze gegen eine dritte. Statt revolutionärer Methoden des Klassenkampfes — Methoden der bürgerlich-diplomatischen Drahtzieherei. Statt Marx — Delcassé.

Wir aber treiben durchaus nicht die politische Tragweite solcher literarischen Kundgebungen wie die jüngste von Calwer; die Richtung, aus der heraus sie kommen, sieht ja glücklicherweise auf einem Hinterschnebel und zwar auf einem sehr kleinen. Aber als jederzeit gehobenes Pressen für unsere bürgerlichen Gegner müssen sie wenigstens registriert und jedesmal auf ihre bezeichnenden Konsequenzen festgenagelt werden. Die Ansichten haben eben ihre Logik, auch wo die Menschen sie nicht... haben wollen. —

Selbstherrscher! Selbstbeherrscher!

„Parteitag des Wahlrechts-Kampfes“ hatten wir ihn in der Dienstag-Nummer genannt, den Parteitag, der im Augenblick All-Österreichs Sozialdemokratie in Wien vereint. Gar selten verhalten die Ereignisse einem Schlagworte so zu seinem Recht wie hier: Als Parteitag des Wahlrechts-Kampfes ist er zusammengetreten, als ein Parteitag des Wahlrechts-Kampfes im besten, im proletarischsten Sinne des Wortes hat er geendet.

Schon schiens, als sollten die nationalen Gesetze, unter denen Österreich ständig leidet, auch seiner Sozialdemokratie trübe Stunden des Zwiespalts, des Mißverständnisses beschicken: Tschechen und Wiener vergaßen bei der Debatte über die Taktik für einige Augenblicke, daß zum Tadeln und Kritizieren kein Zeitpunkt sicherlich unpassender gewählt sein dürfte als der, da schon die Drommete zum Kampfe ruft, schon die ersten Schüsse mit dem Feinde gewechselt werden.

Nam aber hatte Ellenbogen seinen von flammender Begeisterung durchlöcheren Vortrag über die Wahlrechtsfrage begonnen, da zeigte es sich, daß sie doch Söhne einer Mutter sind, alle die geknechteten Proletarier Österreichs, ob sie nun „Deutsche“ heißen oder Tschechen, Polen oder Italiener, Ungarn oder Ruthenen. Wie eine echte russische Bombe platzte in die Versammlung die Mitteilung: Rußland bekommt eine konstitutional! Rußland bekommt ein Wahlrecht!!

Allerdings — eins muß gesagt werden: Mit etwas zu hoch gespannter Erwartung haben die österreichischen Genossen im ersten Jubelrausch die frohe Mär aus Rußland entgegengenommen. In des — wer will's sagen? — Wieweilchen ahnt das hoffende Gemüt, was dem denkenden Geiste als unmöglich erscheinen möchte. —

Und dann fiel das Wort: Unser Platz ist jetzt nicht mehr hier! Unser Platz ist auf der Straße! Wir haben jetzt nicht mehr zu reden, sondern zu handeln!

Man muß das Temperament der österreichischen Nationen kennen, um die Szene zu begreifen, die sich in diesen historischen Augenblicken abspielte: Tränen der Ergriffenheit, Jauchzen der Lust — alle, alle Abstufungen echter, wahrer, ungelächelter und unverfälschter Herzensfreude, wie sie in so reicher Mannigfaltigkeit nur in wirklich großen Momenten ausgelöst werden kann.

Auf die Straße! so scholl jetzt der Ruf von Mann zu Mann, von Mund zu Mund. Und als ein Zwischenruf leise fragte: Wo treffen wir uns? — da donnerte ihm die Antwort entgegen: Selbstverständlich am Ring! Selbstverständlich bei der kaiserlichen Wurg!

Schon bevor der Beschluß gefaßt war, auf der Straße zu demonstrieren, hatten sich Wiens Arbeiter in Scharen vor dem Gebäude ihrer „Arbeiter-Zeitung“ versammelt. Sie ahnten, sie fühlten es: Ein anderes ist nicht möglich, es muß auf die Straße gegangen werden! Und wieder einmal hatten sie sich in ihren Führern nicht getäuscht. Wie in den letzten Wochen die geknechteten Bergarbeiter des Karwiner Kohlenreviers vor's Schloß des Landeshauptmanns gezogen waren, wie das Proletariat von Prag und von Brünn, von Troppan und von Zinsbrud, von Lemberg und von Laibach in gewaltigen Demonstrationen sein Wahlrecht geheißelt hatte, so zeigte sich auch Wiens hoffnungsvolle Arbeiterschaft seiner mutigen Brüder würdig. Sie stieg auf die Straße mit wehenden Bannern, sie improvisierte vor dem Parlamentsgebäude eine riesen-Volkerversammlung, sie beging in ihrer Weise die Totenfeier des Parisismus und des schamlosen Wahlrechts zugleich, das sich Millionen österreichischer Bürger bis zum heutigen Tage gefallen ließen! —

Die Wiener Polizei bekam keine Arbeit! Die Roffe der reitenden Wachmannschaft brauchten keinen Proletarierleib zu zerstampfen; denn noch einmal stand diese Demonstration unter dem Zeichen höchster Selbstbeherrschung und zähneknirschender Mäßigung. Noch einmal!

Wenn weiter wie bisher mit dem Wohle des österreichischen Proletariats gespielt wird, wer bürgt dafür, daß es das nächste Mal sich wieder beherrscht, sich wieder zähneknirschend mäßigt? —

Deutsches Reich.

Verlegenheits-Kompetenzfragen.

Der Reichskanzler hat endlich die Bewogenheit gehabt, die Abordnung des Deutschen Städtetages zu empfangen und ihr nach der Begründung ihrer Wünsche durch den Oberbürgermeister Kirschner seine tiefgründigen Ansichten über Seuchen- und Fleischsteuerung vorzutragen. In der Hauptsache bilden seine Ausführungen nur eine Variation des von ihm schon in seinem früheren Antwortschreiben an den

Vorstand des Städtetages erörterten Themas, ob er als Reichskanzler nach der Reichsverfassung berechtigt sei, von den Landesregierungen ergriffene Seuchenschutz-Maßnahmen zu beschränken. Nach dem Bericht der „Nordb. Allg. Ztg.“ sagte er:

In der Presse, in Versammlungen und in Petitionen werde der Vorwurf gemacht, daß er gegenüber der in vielen Gegenden Deutschlands herrschenden Fleischvertuerung eine zu passive Rolle spiele. Der Vorwurf sei ungerecht. Er, der Reichskanzler, verstehe keinen Augenblick, daß eine ungerechtfertigte Verteuerung notwendiger Lebensmittel zu einer schweren Schädigung, zu einer Verdrängnis zweier Völkerelemente führen könne. Er verstehe ebenso, daß der verantwortliche Leiter der Reichs- und Staatsgeschäfte die Pflicht habe, solche Schädigungen zu verhindern oder einzudämmen, soweit dies in seiner Macht liege. Er habe die Verpflichtung und Berechtigung, die zur Abwehr von Seucheneinwirkungen von den zuständigen Landesregierungen getroffenen Maßregeln zu überwachen, auch die beteiligten Bundesstaaten zu einheitlichen Abwehrmaßregeln zu veranlassen. Darin liege aber an sich nicht das Recht, Maßregeln, die von einer Landesregierung zur Abwehr von Viehseuchen erlassen seien, aufzuheben oder zu beschränken; die Verantwortung zu solchen Eingriffen in die Reichs- und Staatsverwaltung gegen deren Willen könnte kein Reichskanzler übernehmen. Die Erhaltung unseres deutschen Viehbestandes entspreche vitalen Interessen unseres Volkes, nicht nur der Landwirtschaft, sondern des gesamten Volkes. Die formale Zuständigkeit verhin-dere nicht, daß er seinerseits nicht unterlassen würde, in gemeinsamen Erwägungen mit den Bundesregierungen darüber zu treten, ob Erleichterungen an den Grenzen eintreten könnten, wenn er die Ueberzeugung gewonnen hätte, daß solche Erleichterungen möglich und zweckmäßig wären. Zu dieser Ueberzeugung fehlten aber vorläufig die Voraussetzungen.

Daran schlossen sich längere Ausführungen darüber, ob schon tatsächlich Fleischmangel festgestellt worden sei. Der Reichskanzler bestritt das und meinte, erst die von Pöblichski angeordneten Erhebungen der Landwirtschaftskammern würden diese Frage entscheiden.

Die Aufwerfung der Kompetenzfrage ist lediglich ein Verlegenheitsmanöver; denn der Reichskanzler ist bekanntlich zugleich preussischer Ministerpräsident, und wenn nicht in ersterer, so steht ihm doch in letzterer Eigenschaft das Recht zu, in die Grenzver-maßnahmen des preussischen Staates einzugreifen. Aber die offenkundigen Wünsche wollen von solchen Eingriffen nichts wissen, und die Staatsregierung fügt sich gehoramt, wie es sich geziemt, deren Wünschen. —

Verhöhnung des preussischen Landtags. Allen Anschein nach soll der Landtag nun doch demnächst zu einer Herbstsession einberufen werden. Die „Verl. Pol. Nachr.“ länden an:

„Der demgemäß revidierte Entwurf eines Schulunterhaltungs-Gesetzes dürfte demnächst das Staatsministerium beschäftigen, wobei naturgemäß die in Betracht kommenden Fragen allgemein politischer Natur mit zur Erwägung kommen werden. Wenn, was jedenfalls nicht ausgeschlossen ist, dabei an der Absicht, den Landtag noch in diesem Herbst einzuberufen, festgehalten werden wird, so dürfte als Zeitpunkt für die Landtags-Eröffnung gleichfalls die zweite Hälfte des Monats November, vielleicht um einige Tage früher als die Einberufung des Reichstags gewählt werden.“

Also das Schulunterhaltungs-Gesetz und die Reichs-Finanzreform, richtiger die Stengeltischen Steuerpläne, sollen zu gleicher Zeit zur Beratung gelangen, die eine Vorlage im Reichsrat, die andere im Dreiklassen-Parlament. Diese gleichzeitige Vorlegung der Gesetzeswürfe erweckt fast den Verdacht, daß die Zustimmung des Reichsrats zu den Steuerprojekten durch Zugeständnisse an die Herrschaftsgelüste des Merkantilismus bezüglich der Schule erkaufte werden soll. Ein feiner jesuitischer Handel. Vielleicht sind die Vorverhandlungen zu diesem eigenartigen „Handelsvertrag“ schon hinter den Kulissen eingeleitet. Das würde die mehr als seltsame Stellungnahme der Zentrumspresse zu den neuen Reichssteuerplänen zur Genüge erklären. —

Der heilige Profit. Die Fleischnot bereitet dem Stadtmagistrat Nürnberg vieles Unbehagen. Die seit dem Anfang dieses Jahres wiederholt eingelaufenen Angebote großer Fischereigesellschaften, die Stadt möge den Seefischverkauf in die Hand nehmen, wurden jedesmal abgelehnt, weil die Stadt nicht in das „private Erwerbsleben eingreifen dürfe“. Als dann die Fleischsteuerung immer schärfer austrat, stellte der demokratische Gemeindebevollmächtigte Kirschner den Antrag, der Magistrat solle eigene Verkaufsstellen für Seefische errichten. Nach drei Wochen hat man endlich über diesen Antrag Beschluß gefaßt, der dahin lautet, daß die Frage, ob die Stadt in außerordentlichen Notfällen solche Maßnahmen ergreifen dürfe, „grundsätzlich“ zu bejahen sei, zurzeit aber sei hieron abzusehen, da bei den jetzigen Einkaufspreisen die Stadt auch nicht billiger liefern könne als die privaten Händler. Dagegen will man bei der Regierung um weitere Ermäßigung der Frachtsätze für den Seefischtransport nachsuchen, sowie den Händlern in den verschiedenen Stadtteilen Verkaufsstellen zur Verfügung stellen. Durch diesen nichtsfahenden Beschluß sucht sich der Nürnberger Gemeindefeindalismus um das praktische Eingreifen zur Linderung der Fleischnot herumzudrücken. Die Ausrufe, daß die Stadt nicht billiger liefern könne als die Händler, ist einfach lächerlich; der Händlernutzen, der bei dem Verkauf durch die Stadt gespart wird, müßte doch jedenfalls den Konsumenten zugute kommen. Aber es muß nicht nur die heilige Institution des Privateigentums, sondern auch der heilige Profit gespart werden, und vor allem ist das bloße Nachsuchen von Frachtermäßigung weit bequemer, als die Einrichtung eigener Verkaufsstellen.

Betriebsmittelgemeinschaft. Nach einem Artikel der „Leibz. Ztg.“ hat sich auch Sachsen dem von Bayern vorgeschlagenen Plan der Betriebsmittelgemeinschaft angeschlossen. Dadurch würden Württemberg und Baden, deren Wünsche weit über den bairischen Vorschlag hinausgehen, in die Minderheit geraten und, wenn das Zustandekommen der Gemeinschaft nicht in Frage gestellt werden soll, auf einen Teil ihrer Forderungen verzichten müssen. Da, wie verlautet, die Vorschläge Bayerns nicht weit über eine gemeinsame Benutzung der Güterwagen hinausgehen, ist demnach nur ein höchst mageres Resultat zu erwarten. —

Fleischnot-Interpellation im Meiningenischen Landtage. Der Landtag nahm in seiner Dienstatagsung einen sozialdemokratischen Antrag betr. die Fleischnot mit elf gegen zehn Stimmen an. Der Antrag ersucht die Regierung, beim Bundesrate dahin zu wirken, daß kassenmäßig Maßnahmen getroffen werden, um die herrschende Fleischnot zu beseitigen. —

Schwere Verluste in Südwestafrika.

Generalleutnant von Trotha hat folgende Meldung des Oberstleutnants von Semmern weitergegeben: Ich bin mit der Abteilung Kopp am Drang auf östlich Hartbeestmond (20 Kilometer südöstlich Gomsdrift) auf einen sehr starken Gegner, mindestens 400 Mann unter Morenga, Morris, Johannes Christian in verschanzter Stellung getroffen. Es kam zu einem äußerst schweren Kampf, der bis zur Dunkelheit währte. Am Morgen räumte der Feind nach kurzem Feuergefecht seine Stellung und zog in westlicher Richtung ab. Eine Verfolgung war wegen der Erschöpfung der Truppen und wegen Probiant- und Munitionsmangels nicht möglich, deshalb waren die Verluste des Feindes nicht festzustellen. Die englische Polizei hat nach Beobachtungen vom Südriver des Drangflusses angegeben, daß der Feind starke Verluste gehabt habe, besonders habe die Artillerie gut gewirkt. Unsere

Verluste sind die folgenden: Drei Offiziere und 13 Mann tot, drei Offiziere und 18 Mann schwer verwundet, 13 Mann leicht verwundet, fünf Mann vermisst. Ich habe am 27. die Verwundeten westlich von Belladrist nach der Mission über den Orange gebracht. Ich marschiere mit der Abteilung Koppj über Endorn nach Varnob, wo ich am 31. einzutreffen gedenke. Die Truppe hat im Ueberwinden außergewöhnlicher Schwierigkeiten und in unerschütterlicher Tapferkeit im Gefecht gehortet geleistet.

Außerdem wird gemeldet, daß Hendrik Witboi nach vergeblichen Versuchen, durch Angriffe auf die besetzten Wasserstellen Aminuis und Kiris Ost Wasser zu bekommen, 350 Weiber und Kinder, darunter seine nächsten Angehörigen, halbverdurstet zurückließ. Sie liefen den deutschen Truppen zu und werden nach Neetmanshoop gebracht.

Aus der Gegend von Kiris-Ost ist Hendrik Witboi über Blumpij - Garinai in nordwestlicher Richtung geflüchtet. Major von Storff ging am 25. Oktober mit einer Kompanie, zwei Geschützen und zwei Maschinengewehren von Mulorob, mit 80 Reitern und zwei Geschützen von Hahlgas aus ihm entgegen, während Major von Bengel mit einer Kompanie und einer Batterie ihm über Geinab folgt. Postierungen am Flußlauf und am Quod sollen ein Entkommen Hendrik Witbois nach Westen oder Osten zu verhindern suchen.

Cornelius wurde von der Abteilung Lettow über die Zwischhöhe verfolgt. Er überfiel nördlich Ghanis den Kontip und wurde am 24. Oktober bei Gorabis von der 4. Ersatzkompanie gefasst, die bis dahin die Straße Kubus-Neetmanshoop gedeckt hatte. Nach einständigem Gefecht zog Cornelius unter Zurücklassung von zwei Toten westwärts ab und wandte sich dann in nordöstlicher Richtung über Blutpits-Neemhöde nach dem Schwarzgrund Hauptmann v. Lettow mit drei Kompanien ist mit seiner Verfolgung beauftragt, bei der die Stationbesatzungen des Bezirkes Nordbehanen mitwirken werden.

Gestern kam die Nachricht, daß Trotha nun endlich nach Deutschland zurückkehren werde — und heute kommt die Meldung von einem so verlustreichen und trotzdem so ergebnislosen Gefecht, daß getrost von einer neuen Katastrophe gesprochen werden kann. Sechzehn Tote, 21 Schwerverwundete, 13 Leichtverwundete und 5 Vermisste — zusammen also ein Verlust von 55 Mann in einem einzigen Gefecht gegen einen von den vier Haupttruppen der Hottentotten!

Dabei wurde Morengas Bande nicht einmal geschlagen! Morenga blieb vielmehr, obwohl er die Nacht zum Nidzunge hätte benutzen können, bis zum anderen Morgen, wo er dann, nach einem nochmaligen kurzen Feuergefecht, ungestört davon ziehen konnte! Die Verluste der Hottentotten sollen sehr bedeutende sein, in Wirklichkeit werden sie wie noch immer bisher niedriger sein als die Verluste unserer Truppen.

Vermerkenswert ist auch, daß Morengas Bande auf mindestens 400 Mann geschätzt wurde. Dabei ankerte Oberst Deimling noch in seinem kürzlich gehaltenen Vortrage die optimistische Hoffnung, die Hottentotten sämtlicher Führer zusammen seien sicher nicht mehr als 500 Mann stark. Wenn Morengas Bande allein 400 Mann stark ist, müssen die Hottentotten zusammen wohl mindestens auf 1000 Mann veranschlagt werden!

Danach ist die Widerstandskraft der Hottentotten noch lange nicht gebrochen. Der Krieg kann sich noch jahrelang hinziehen! Wird nun endlich das Zentrum, das im Sommer so empört gegen die sinnlose Kriegsführung losgedonnert hat, Ernst machen und den Friedensschluß verlangen? —

Verdoppelung der ostafrikanischen Schutztruppe.

Daß der Zustand in Ostafrika weit größere Dimensionen annehmen würde, als die offiziellen Schönfärbler anfangs zugeben wollten und selbst jetzt noch zugeben möchten, stand für uns von vornherein fest. Was inzwischen an Nachrichten über die Aufstandsbewegung bekannt geworden ist, hat unseren Argwohn nur bestärken können. Inzwischen hat die Regierung eine Bestätigung unserer pessimistischen Auffassung gegeben, wie sie durchfolgender nicht sein konnte. Während man anfangs behauptete, mit den entsandten Marinegruppen und ein paar Hundert Eingeborener des Aufstandes Herr zu werden, wird jetzt offiziell erklärt, daß ganz andere Machtmittel erforderlich seien. Es sei nach den in den letzten Tagen eingegangenen Berichten des Gouverneurs unbedingt nötig, daß die Schutztruppen und die Polizeimannschaften um je etwa 1000 Mann verstärkt, damit also auf rund 4200 Mann gebracht würden.

Ob diese gewaltige Verstärkung aber wirklich ausreichen wird, wird erst die Zeit lehren. Wahrscheinlich ist es allerdings, daß es in Ostafrika genau so geht, wie in Südwestafrika, wo man ja die Truppenzahl von anfangs einigen Tausend allmählich auf 15 000 Mann vergrößerte, also nach und nach vervielfachte. Aber selbst wenn die Verstärkung von 2000 Mann zur Niederwerfung der Erhebung genügen würde, würden sich die Kosten für diesen Kolonialkrieg bereits auf viele Millionen belaufen. Außerdem wäre später nicht daran zu denken, daß die Schutztruppe wieder auf ihren bisherigen Bestand reduziert wird. Wir werden also künftig dauernd mindestens den doppelten Betrag für die ostafrikanische Schutztruppe zu zahlen haben als bisher. So macht unsere Kolonialpolitik überall Mißstände, so bürdet sie uns an allen Ecken und Enden die unmetrischsten Lasten auf! —

Hustand.

Zu Uebereinstimmung mit der „Kölnischen Volkszeitung“
befinden wir uns ausnahmsweise einmal. Und das kam so: Der italienische „Christliche Demokrat“ Don Romolo Murri plädiert seit einiger Zeit für ein Zusammengehen seiner Partei mit den Sozialdemokraten und sucht infolgedessen die Führer der italienischen Sozialdemokratie für diese seine „Sammelungs-Politik“ einzufangen. Natürlich haben ihn Turati und erst recht Ferri ganz gehörig abblitzen lassen. Sie wissen eben zu genau, was von „christlichen“ Versprechungen zu halten ist; sie wissen auch, daß Murri pompohafte Auseinandersetzungen über den Unterschied zwischen der alten und der neuen kerisalen Taktik zwar ein ködnchen Wahrheit enthalten, aber doch immerhin mit äußerster Vorsicht aufgenommen werden müssen. Und endlich wissen sie, wie Versprechungen von gegnerischer Seite zu bewerten sind, wenn sie lauten: In der Steuer-Gesetzgebung, in der Frage der Reform der sozialpolitischen Gesetzgebung, des Arbeiterschutzes, des Koalitionsrechtes und einigen anderen will ich gern mit euch Sozialisten Schulter an Schulter kämpfen, aber — sonst bin und bleibe ich voll und ganz und unentwegt in meiner „katholischen Gemeinschaft“, ein Mann, den von den Anschauungen der internationalen Sozialdemokratie ein Gebirge von Vorurteilen, ein Meer von Gegensätzen trennt! —

Wie gesagt, unsere Parteigenossen wollen vom „Murrismus“ nichts wissen. „Die ablehnende und höhnische Antwort der Sozialistenführer dürfte dem geistlichen Führer der jungen christlichen Demokraten eine sehr gute politische Lehre sein“, schreibt daraufhin die „Kölnische Volkszeitung“, nachdem sich italienische Katholikenblätter wie „La Difesa“, „Osservatore Romano“, „Lega Lombarda“, in ähnlichem Sinne geäußert haben. Armer „Mtopfir“, armer „Nicht-Realpolitiker“ Murri! Dein Versuch

ist gescheitert, also tadelt dich die „Kölnische Volkszeitung“ im Chorus mit ihren italienischen Kaffeeschwärmern. Wenn dein Versuch aber nicht gescheitert wäre! —

Zu schön ist doch die Fabel von den Trauben und — der „Köln. Volkszeitung“. „Die Trauben sind sauer“, befeuert sie. „Die Trauben hängen zu hoch!“ halt ihr ein neckisches Echo entgegen. —

Frankreich.
Paris, 1. November. Gegenüber einer Meldung des „Matin“, unter den Arbeitern der Waffenfabrik von Tulle und anderer Waffenfabriken bestehe eine Verschwörung, die den Zweck verfolge, im Falle eines Krieges zwischen Frankreich und irgend einer anderen Macht die Waffenfabriken in die Luft zu sprengen, erklärt die „Agence Havas“, nichts in den ihr bisher zugegangenen Nachrichten gebe Anlaß, der Meldung des „Matin“ Glauben zu schenken. —

Aus der Partei.

Freihimmen zu dem Austritt von Redakteuren im „Vorwärts“.
Ein Teil unserer Parteipresse hat vor der Darlegung des Sachverhalts durch den Parteivorstand und die Prehkommmission geschrieben, es handele sich bei dem Austritt der sechs Redakteure um die Wahrung eines Prinzips; es sollte angeblich durch den Austritt das Prinzip gewahrt werden, daß die Prehkommmission nicht berechtigt seien, ohne vorherige Anhörung der Redakteure über deren Kündigung zu beraten oder zu entscheiden, die Meinungsfreiheit der Redakteure sei verlegt usw. Ein Interesse an der Wiedergabe dieser in jedem Falle auf einseitigster Information beruhender Prehkommmission mag haben, wer Gesellen am Literatenstand findet. Unsere Aufgabe erblicken wir in der Wahrnehmung der Interessen der Arbeiterklasse. Wir glauben im Sinne der Arbeiterklasse zu handeln, wenn wir von einer Wiedergabe dieser Prehäußerungen völlig absehen. Trotz der Knappheit des uns zur Verfügung stehenden Raumes fühlen wir uns aber veranlaßt, die nach der Erklärung des Parteivorstandes und der Prehkommmission erschienenen Prehäußerungen wiederzugeben.

Die prinzipielle, aus Anlaß des Austritts aufgeworfene Frage ist die: Soll ein sozialdemokratisches Partei-Organ der Partei und den Parteigenossen oder nur denjenigen Genossen angehören, die als Redakteure angestellt sind? Hat jeder Parteigenosse oder haben nur Redakteure das Recht ihre Ansicht zu äußern? Der Austritt ist erfolgt, weil der Parteivorstand und die Prehkommmission angeblich es gewagt haben, die Vorberatungen darüber, ob und wenn gekündigt werden soll, auch ohne Zuziehung der Redakteure vorzunehmen. Während dieser Vorberatungen haben die ausgetretenen Redakteure ihre Kündigung erklärt und eine Notiz über diese Tatsache unter Mißbrauch ihrer Stellung als erste Notiz in der „politischen Uebersicht“ des „Vorwärts“ gebracht und haben damit den Skandal provoziert, dem sie noch jetzt für die bürgerliche und Parteipresse lebhaftes Nahrung geben. Eine ferner durch den Austritt der Redakteure aufgeworfene Frage ist dadurch die geworden: Sind die Genossen verpflichtet, einen solchen Mißbrauch sich gefallen zu lassen? Die Frage aufzuwerfen, heißt sie beantworten.

Wer die Vorgänge aufmerksam verfolgt, kann gar nicht darüber im Zweifel sein, daß durch die Art und Weise des Vorgehens der ausgetretenen Redakteure der „Vorwärts“ lallgestellt werden sollte, um dadurch zu verhindern, daß die beauftragten Parteifunktionäre von dem ihm unzweifelhaft zustehenden Recht, eine Veränderung in der Haltung des „Vorwärts“ herbeizuführen, Gebrauch machen könnten, so daß tatsächlich die Redakteure die Diktatoren gewesen wären, die den Genossen ihren Willen aufgezwungen hätten. — wäre der Streit geklärt. Der Mißerfolg erklärt den Jörn und die Versuche, jetzt wegen angeblicher — formaler Verstöße einen Skandal herbeizuführen.

Die „Frankf. Volksstimme“, die sich allerdings eine volle Würdigung nach Vorlage des Wortlautes der Denkschrift reserviert, fällt auf Grund eines ihr zugegangenen telegraphischen Kommentars schon folgendes Urteil:
„Damit, daß die Kritik der sechs „Vorwärts“-Redakteure am Verhalten des Parteivorstandes als „Brosen“ (!) bezeichnet wird, beweist man nichts. Es scheint vielmehr, daß die Darstellung der Redakteure in allen Punkten richtig ist. (!!) Die Blamage Ströbels und Mehrlings in der Jenaer Prehkommmission wird mit völligem Stillschweigen übergangen. Sie muß also doch wohl richtig sein. Dann hätten aber die sechs „Vorwärts“-Redakteure allerdings recht, nach dem Jenaer Friedensschluß auf eine ganz andere Behandlung zu rechnen, als auf die Sprengung ihrer Solidarität durch ein geheimes Feingewicht, das mit diesem ausgeprochenen Zwecke abgehalten worden ist, wie der Parteivorstand zugibt. (!!)“

Wer die Denkschrift gelesen hat und würdigt dies Urteil, der bekommt eine Ahnung davon, wie vorbereitend Stimmung für Aufnahme einer — „berühmten“ Kritik gemacht wird. — Subjektive Kommentare als Material für objektive Urteile — wir haben's weit gebracht!

Die „Medienburgische Volkszeitung“, die die Denkschrift erst im Auszuge bringt, knüpft daran folgende Bemerkungen:
„Uns hat der Parteivorstand mit dieser Auskunft nicht überzeugt, daß die Form seines Vorgehens die richtige ist. Und das ist sicher, von den Delegierten des Jenaer Parteitages haben wohl die allerwenigsten die Worte Wobels dahin aufgefaßt, daß über die Köpfe der „Vorwärts“-Redaktion hinweg die Regelung getroffen werden sollte; sprach doch Wobels selbst von einem Veraten über die beabsichtigte Veränderung. Weil Wobels aber auch sagte, die Dinge müßten allemal erst ihren Höhepunkt erreichen, ehe man zu entscheidenden Maßnahmen greifen kann“, wurde fast allgemein angenommen, daß ohne äußeren Anlaß nach dem Jenaer Parteitage die „Vorwärts“-Frage nicht würde aufgelöst werden!“

Wenn die Redaktion die Denkschrift nochmals gründlich durchliest, dazu die gestrige Erklärung im „Vorwärts“, wird sie ihr Urteil, das von falschen Voraussetzungen ausgeht, wohl stark umformen müssen. Die inneren Verhältnisse haben die Dinge auf den Höhepunkt getrieben. Gerade da wäre es unehrlich gewesen, erst einen äußeren Anlaß als Vorwand abzuwarten. — Mehrere Parteiblätter erklären, daß sie erst in der nächsten Nummer Stellung nehmen können.

Unwürdige Intriguen. Der Parteivorstand hatte bekanntlich den Genossen empfohlen, der „Enthüllung“ der „Berliner Volkszeitung“ über angeblich vorgelommene Skandale in der Fünfgemein-Kommmission mit dem Schweigen der Berachtung zu begegnen. Die Erklärung des Parteivorstandes betonte, daß er diese Mahnung nach Prüfung des Sachverhalts im Einverständnis mit den Genossen Eisner und Ströbel ausspreche. Man hätte also füglich erwarten sollen, daß die gesamte Parteipresse nunmehr darauf verzichtet hätte, die „Affäre“ im Stille der „Berliner Volkszeitung“ gegen die Genossen Kautsky, Mehrling und Ströbel auszuschlachten. Es fanden sich jedoch wider Erwarten einige Parteiblätter, denen die Erklärung des Parteivorstandes erst recht Veranlassung gab, ein ungeheuerliches, parteischädigendes Verurteilungssystem hinter dem Vorgehen des Parteivorstandes zu wittern und unter Aufrechterhaltung ihrer Verurteilungen pathetisch volle Aufklärung zu verlangen. Dies parteiretterische Gebaren gab nur der „Leipziger Volkszeitung“ Veranlassung, eine Darstellung des Vorgehens zu geben, die den furchtbaren Verdacht unheilvoller Seelen glatt niederzuschlug. Man hätte nun wiederum erwarten müssen, daß gerade diejenigen Blätter, die so heftig nach Aufklärung gerufen hatten, die Darlegungen der „Leipziger Volkszeitung“ abgedruckt hätten, um ihren Lesern das so stürmisch verlangte Material zu unterbreiten. Aber gerade diese Blätter wurden nun mit einem Male still. Sie ignorieren die Aufklärung der „Leipziger Volkszeitung“ vollständig.

Da begann plötzlich seit der Kündigung der 6 „Vorwärts“-Redakteure auch die berühmte „Blamage“ der Genossen Ströbel, Mehrling und Kautsky wieder in verschiedenen Blättern zu spülen. Man erging sich namentlich gegen den Genossen Ströbel in schr. ähnden Herabsetzungen, gerade als ob man sich zur Zeit der Darlegung der „Leipziger Volkszeitung“ auf dem Monde befunden hätte. Die Urheberin dieser erneuten Kampagne war eine der berühmten „Informationen“ der 6 Redakteure. In einem Briefe der sechs an den Parteivorstand war nämlich die Angelegenheit in geschäftlich entstellter Form wieder ausgeschlachtet worden. Von diesem Briefe dem Genossen Ströbel irgend welche Kenntnis zu geben, hatte man für vollständig überflüssig gehalten, dagegen hatte man nicht das geringste Bedenken getragen, ihn zur Information und Inspiration an die Parteipresse im Lande zu versenden. Wenn wir dem melodramatischen Stille der sechs Geschmad abgewinnen könnten, würden wir diesen groben Verstoß gegen die Disziplin, den Bruch einer gemeinsam getroffenen Vereinbarung als Verstoß einer „heimlichen Abwägung“ bezeichnen müssen. Wir begnügen uns jedoch mit der Aufdeckung dieser Intrigue und überlassen die moralische Qualifikation eines solchen Vorgehens dem Urteile der Parteigenossen.

Zu den Differenzen.
Nach dem vom Genossen Wegler bezüglich seiner Ausführungen als richtig anerkannten Bericht über die Versammlung im Goppeischen Saale am Sonntagabend hat er ausgeführt:
Daß der Kündigung keine sachlichen Differenzen zu Grunde lagen, das sei ihm, dem Redner, klar geworden, als er die Namen der Nachfolger der entlassenen Redakteure kennen lernte. Dieweil sei gewiß ein tüchtiger und kenntnisreicher Parteigenosse. Er habe aber zum Vergarbeiterfreil eine Haltung eingenommen und öffentlich vertreten, die im Gegensatz stand zu der Haltung, welche der „Vorwärts“ in Uebereinstimmung mit dem Parteivorstand und der Gemeinlichkeitspresse zum Vergarbeiterfreil, besonders zur Taktik des Vergarbeiterverbandes, eingenommen habe. Dieweil sei der Führer der Opposition gegen den Vergarbeiterverband (!) gewesen, er habe auch dem „Vorwärts“ einen Artikel in dieser Angelegenheit gesandt. Redner, in dessen Ressort dieser Artikel gehörte, habe seine abweichende Meinung dem Genossen Diewell in einem Privatbriefe mitgeteilt und darin auch gesagt, wir seien noch nicht so weit, daß wir die christlichen Arbeiter gegen ihre Führer auspielen können. Diesen Brief habe Diewell veröffentlicht und so dem Zentrum gezeigt, wie ein Redakteur des „Vorwärts“ über die christlichen Arbeiter denkt.
Merkwürdig! Ungefähr $\frac{1}{4}$ von dem, was der „Vorwärts“ zum Vergarbeiterfreil veröffentlichte, habe ich geschrieben. Der Genosse Wegler, in dessen Ressort das gehörte, scheint sehr spät zur Einsicht gekommen zu sein, daß das, was der „Vorwärts“ zum Streik veröffentlichte, mit der Ansicht des „Vorwärts“ sich nicht deckte. — Wahrheit ist, daß der von mir in Nr. 3 des „Vorwärts“ vom 4. Januar 1905 veröffentlichte Artikel „Die Ursachen der Gärung im Ruhrgebiet“, in dem die äußeren und psychologischen Ursachen der Bewegung erörtert werden, die Grundlage für die Haltung der Parteipresse gegeben hat und daß die bürgerliche Presse, so weit sie sich auf die Seite der Arbeiter stellte, später genau in Gedankengängen der von mir gezogenen Schlußfolgerungen sich anlehnte. Auch den Artikel, der über den Streikfabrik berichtet, habe ich dem „Vorwärts“ geliefert. Dann erging sich der „Vorwärts“ in Siegestaumelen. Ich war über den materiellen Erfolg des Streiks anderer Ansicht als der „Vorwärts“ und wagte auch, ohne des Genossen Weglers Genehmigung einzuholen, an anderer Stelle meine Meinung auszusprechen. Und ich war so objektiv, daß keines der vielen Blätter, für welche ich arbeitete, meine Artikel zurückzuweisen Veranlassung fand; die Mitarbeit für den „Vorwärts“ stellte ich selbst ein. Wer in Beurteilung des materiellen Erfolges recht hatte, darüber braucht man heute ja nicht mehr zu streiten. „Steine statt Brot“ hat man den Vergarbeitern gegeben“, so schrieb in letzter Zeit wiederholt — die „Vergarbeiter-Zeitung“. Ich bin auch so wenig Eitelkeit, daß ich nicht nur eventl. andere Meinung vertritt, als der Parteivorstand, wie Genosse Wegler zu konstatieren die Liebesswürdigkeit hatte, ich war auch so frei, wiederum ohne Genehmigung einzuholen, meine Ansicht über die taktische Haltung der Streikleitung, die der Auffassung des Genossen Wegler entgegenstand, auszuspochen. Aber das geschah nach Abbruch des Streiks, vorher habe ich kein kritisches Wort geäußert.
Genosse Wegler stempelt mich nun zu einem Gegner des Vergarbeiter-Verbandes und zu einem Führer der Opposition gegen den Vergarbeiter-Verband. Solche Demagogentüme sind ja nicht neu, sie erwachsen aus der Stimmung einzelner Genossen, die in der geringsten kritischen Äußerung über ihre Taktik einen Angriff auf die Partei, auf die Bewegung erblicken — kurz, solche Demagogentüme werden von Leuten angewandt, in denen unbewußt das Gefühl stark geworden ist: die Partei, die Bewegung ist unrettbar, da, wer unsere heilige Person verlegt ist. Gegen den abgemachten Vorwurf, Gegner des Vergarbeiter-Verbandes zu sein, brauche ich mich natürlich nicht zu wehren. Genosse Wegler brachte es damals sodann fertig, eine Erklärung zu veröffentlichen, in der mir unwahrer Wein, persönliche Angriffe u. v. vorgeworfen wurden. Einer Verichtigung gegen diese Erklärung hat der Genosse Wegler, der Hüter der Meinungsfreiheit, die Aufnahme verweigert! Und das, obwohl die „L. S. Ztg.“ schon durch Zitate nachgewiesen hatte, daß in der Erklärung Unwahres behauptet worden war, z. B. ich hätte dem Genossen Sachse in der „Leipziger Volkszeitung“ den Vorwurf gemacht, er hätte Verbandsmitglieder verhaften lassen. In Wahrheit hatte ich den Genossen Sachse gegen die diesbezüglichen Vorwürfe in der bürgerlichen Presse in Schutz genommen! Obwohl, wie bemerkt, dem Genossen Wegler das durch Anführung der Zitate bekannt war, lehnte er, der Wahrheitshater und Meinungsfreiheitskämpfer, eine Verichtigung ab. Ja noch mehr! Genosse Wegler brachte es sogar fertig, die Behauptung, ich hätte persönlich angegriffen, nach einigen Tagen ausdrücklich als richtig zu bestätigen. Das tat derselbe Genosse Wegler, der mir vorher in einem Geschäftsbriefe ungefragt bestätigt hatte, daß meine Haltung von nach seiner Meinung allerdings falschen taktischen Erwägungen diktiert sei. Daß ich die doppelte Meinung des Genossen Wegler nicht in die geheimen Bücher meines Herzens einschloß, daß ich mich gegen die Mundstummungsdiktatur des Genossen Wegler zu wehren wußte, erklärt ja wohl seine gereizte Stimmung. Also Milderungsgründe sind vorhanden. Wenn er nun aber die pyramidalen, „hochbedeutende“ Entdeckung machte, daß durch den Nachweis der doppelten Weglerschen Meinung das Zentrum erfahren habe, wie ein (sareklich) Redakteur des „Vorwärts“ über die christlichen Arbeiter denkt, so nehme ich das wirklich nicht tragisch. Ich beneide den Genossen Wegler um seine Naivität, wenn er wirklich glaubt, er könnte den Zentrumsschneitern noch etwas über unsere Gedanken und Absichten veratzen. Aber solche Naivität ist wirklich ein schlechter Bundesgenosse im Kampfe gegen die mit allen diplomatischen Deuten gefalteten ultramontanen Demagogen.

Richtigstellung. In den letzten Tagen sind in der bürgerlichen Presse wie in einigen Parteiblättern mehrfach scharfe Angriffe gegen uns erfolgt. Auf diese noch jetzt zu antworten, nachdem inzwischen die Denkschrift des Parteivorstandes und der Prehkommmission erschienen ist, lohnt sich nicht der Mühe. Daß die bürgerliche Presse von der „Krenz-Zeitung“ bis zur „Frankfurter Zeitung“, und der „Morgenpost“ für uns keine Sympathien verleiht, sondern ostentativ die ausgeschiedenen sechs Redaktionskollegen unter ihre schützenden Fittiche nimmt, halten wir für ganz selbstverständlich und natürlich. Sie folgt dabei lediglich ihrem politischen Instinkt. Und gegen diejenigen Parteiblätter, die sich über unser Verhalten erhitzen haben, zu polemisieren, verpönen wir um so weniger Reizung, als wir wissen, daß diese Entrüstung nicht in eigenem Produkt ist, sondern sie damit von der bekannten Groß-Lichterfelder Parteinennungs-Redaktionsanstalt verfertigt worden sind. Allerdings hätten sie sich bei einiger Unparteilichkeit selbst sagen müssen,

Da begann plötzlich seit der Kündigung der 6 „Vorwärts“-Redakteure auch die berühmte „Blamage“ der Genossen Ströbel, Mehrling und Kautsky wieder in verschiedenen Blättern zu spülen. Man erging sich namentlich gegen den Genossen Ströbel in schr. ähnden Herabsetzungen, gerade als ob man sich zur Zeit der Darlegung der „Leipziger Volkszeitung“ auf dem Monde befunden hätte. Die Urheberin dieser erneuten Kampagne war eine der berühmten „Informationen“ der 6 Redakteure. In einem Briefe der sechs an den Parteivorstand war nämlich die Angelegenheit in geschäftlich entstellter Form wieder ausgeschlachtet worden. Von diesem Briefe dem Genossen Ströbel irgend welche Kenntnis zu geben, hatte man für vollständig überflüssig gehalten, dagegen hatte man nicht das geringste Bedenken getragen, ihn zur Information und Inspiration an die Parteipresse im Lande zu versenden. Wenn wir dem melodramatischen Stille der sechs Geschmad abgewinnen könnten, würden wir diesen groben Verstoß gegen die Disziplin, den Bruch einer gemeinsam getroffenen Vereinbarung als Verstoß einer „heimlichen Abwägung“ bezeichnen müssen. Wir begnügen uns jedoch mit der Aufdeckung dieser Intrigue und überlassen die moralische Qualifikation eines solchen Vorgehens dem Urteile der Parteigenossen.

Zu den Differenzen.
Nach dem vom Genossen Wegler bezüglich seiner Ausführungen als richtig anerkannten Bericht über die Versammlung im Goppeischen Saale am Sonntagabend hat er ausgeführt:
Daß der Kündigung keine sachlichen Differenzen zu Grunde lagen, das sei ihm, dem Redner, klar geworden, als er die Namen der Nachfolger der entlassenen Redakteure kennen lernte. Dieweil sei gewiß ein tüchtiger und kenntnisreicher Parteigenosse. Er habe aber zum Vergarbeiterfreil eine Haltung eingenommen und öffentlich vertreten, die im Gegensatz stand zu der Haltung, welche der „Vorwärts“ in Uebereinstimmung mit dem Parteivorstand und der Gemeinlichkeitspresse zum Vergarbeiterfreil, besonders zur Taktik des Vergarbeiterverbandes, eingenommen habe. Dieweil sei der Führer der Opposition gegen den Vergarbeiterverband (!) gewesen, er habe auch dem „Vorwärts“ einen Artikel in dieser Angelegenheit gesandt. Redner, in dessen Ressort dieser Artikel gehörte, habe seine abweichende Meinung dem Genossen Diewell in einem Privatbriefe mitgeteilt und darin auch gesagt, wir seien noch nicht so weit, daß wir die christlichen Arbeiter gegen ihre Führer auspielen können. Diesen Brief habe Diewell veröffentlicht und so dem Zentrum gezeigt, wie ein Redakteur des „Vorwärts“ über die christlichen Arbeiter denkt.

Merkwürdig! Ungefähr $\frac{1}{4}$ von dem, was der „Vorwärts“ zum Vergarbeiterfreil veröffentlichte, habe ich geschrieben. Der Genosse Wegler, in dessen Ressort das gehörte, scheint sehr spät zur Einsicht gekommen zu sein, daß das, was der „Vorwärts“ zum Streik veröffentlichte, mit der Ansicht des „Vorwärts“ sich nicht deckte. — Wahrheit ist, daß der von mir in Nr. 3 des „Vorwärts“ vom 4. Januar 1905 veröffentlichte Artikel „Die Ursachen der Gärung im Ruhrgebiet“, in dem die äußeren und psychologischen Ursachen der Bewegung erörtert werden, die Grundlage für die Haltung der Parteipresse gegeben hat und daß die bürgerliche Presse, so weit sie sich auf die Seite der Arbeiter stellte, später genau in Gedankengängen der von mir gezogenen Schlußfolgerungen sich anlehnte. Auch den Artikel, der über den Streikfabrik berichtet, habe ich dem „Vorwärts“ geliefert. Dann erging sich der „Vorwärts“ in Siegestaumelen. Ich war über den materiellen Erfolg des Streiks anderer Ansicht als der „Vorwärts“ und wagte auch, ohne des Genossen Weglers Genehmigung einzuholen, an anderer Stelle meine Meinung auszusprechen. Und ich war so objektiv, daß keines der vielen Blätter, für welche ich arbeitete, meine Artikel zurückzuweisen Veranlassung fand; die Mitarbeit für den „Vorwärts“ stellte ich selbst ein. Wer in Beurteilung des materiellen Erfolges recht hatte, darüber braucht man heute ja nicht mehr zu streiten. „Steine statt Brot“ hat man den Vergarbeitern gegeben“, so schrieb in letzter Zeit wiederholt — die „Vergarbeiter-Zeitung“. Ich bin auch so wenig Eitelkeit, daß ich nicht nur eventl. andere Meinung vertritt, als der Parteivorstand, wie Genosse Wegler zu konstatieren die Liebesswürdigkeit hatte, ich war auch so frei, wiederum ohne Genehmigung einzuholen, meine Ansicht über die taktische Haltung der Streikleitung, die der Auffassung des Genossen Wegler entgegenstand, auszuspochen. Aber das geschah nach Abbruch des Streiks, vorher habe ich kein kritisches Wort geäußert.

Genosse Wegler stempelt mich nun zu einem Gegner des Vergarbeiter-Verbandes und zu einem Führer der Opposition gegen den Vergarbeiter-Verband. Solche Demagogentüme sind ja nicht neu, sie erwachsen aus der Stimmung einzelner Genossen, die in der geringsten kritischen Äußerung über ihre Taktik einen Angriff auf die Partei, auf die Bewegung erblicken — kurz, solche Demagogentüme werden von Leuten angewandt, in denen unbewußt das Gefühl stark geworden ist: die Partei, die Bewegung ist unrettbar, da, wer unsere heilige Person verlegt ist. Gegen den abgemachten Vorwurf, Gegner des Vergarbeiter-Verbandes zu sein, brauche ich mich natürlich nicht zu wehren. Genosse Wegler brachte es damals sodann fertig, eine Erklärung zu veröffentlichen, in der mir unwahrer Wein, persönliche Angriffe u. v. vorgeworfen wurden. Einer Verichtigung gegen diese Erklärung hat der Genosse Wegler, der Hüter der Meinungsfreiheit, die Aufnahme verweigert! Und das, obwohl die „L. S. Ztg.“ schon durch Zitate nachgewiesen hatte, daß in der Erklärung Unwahres behauptet worden war, z. B. ich hätte dem Genossen Sachse in der „Leipziger Volkszeitung“ den Vorwurf gemacht, er hätte Verbandsmitglieder verhaften lassen. In Wahrheit hatte ich den Genossen Sachse gegen die diesbezüglichen Vorwürfe in der bürgerlichen Presse in Schutz genommen! Obwohl, wie bemerkt, dem Genossen Wegler das durch Anführung der Zitate bekannt war, lehnte er, der Wahrheitshater und Meinungsfreiheitskämpfer, eine Verichtigung ab. Ja noch mehr! Genosse Wegler brachte es sogar fertig, die Behauptung, ich hätte persönlich angegriffen, nach einigen Tagen ausdrücklich als richtig zu bestätigen. Das tat derselbe Genosse Wegler, der mir vorher in einem Geschäftsbriefe ungefragt bestätigt hatte, daß meine Haltung von nach seiner Meinung allerdings falschen taktischen Erwägungen diktiert sei. Daß ich die doppelte Meinung des Genossen Wegler nicht in die geheimen Bücher meines Herzens einschloß, daß ich mich gegen die Mundstummungsdiktatur des Genossen Wegler zu wehren wußte, erklärt ja wohl seine gereizte Stimmung. Also Milderungsgründe sind vorhanden. Wenn er nun aber die pyramidalen, „hochbedeutende“ Entdeckung machte, daß durch den Nachweis der doppelten Weglerschen Meinung das Zentrum erfahren habe, wie ein (sareklich) Redakteur des „Vorwärts“ über die christlichen Arbeiter denkt, so nehme ich das wirklich nicht tragisch. Ich beneide den Genossen Wegler um seine Naivität, wenn er wirklich glaubt, er könnte den Zentrumsschneitern noch etwas über unsere Gedanken und Absichten veratzen. Aber solche Naivität ist wirklich ein schlechter Bundesgenosse im Kampfe gegen die mit allen diplomatischen Deuten gefalteten ultramontanen Demagogen.

Richtigstellung. In den letzten Tagen sind in der bürgerlichen Presse wie in einigen Parteiblättern mehrfach scharfe Angriffe gegen uns erfolgt. Auf diese noch jetzt zu antworten, nachdem inzwischen die Denkschrift des Parteivorstandes und der Prehkommmission erschienen ist, lohnt sich nicht der Mühe. Daß die bürgerliche Presse von der „Krenz-Zeitung“ bis zur „Frankfurter Zeitung“, und der „Morgenpost“ für uns keine Sympathien verleiht, sondern ostentativ die ausgeschiedenen sechs Redaktionskollegen unter ihre schützenden Fittiche nimmt, halten wir für ganz selbstverständlich und natürlich. Sie folgt dabei lediglich ihrem politischen Instinkt. Und gegen diejenigen Parteiblätter, die sich über unser Verhalten erhitzen haben, zu polemisieren, verpönen wir um so weniger Reizung, als wir wissen, daß diese Entrüstung nicht in eigenem Produkt ist, sondern sie damit von der bekannten Groß-Lichterfelder Parteinennungs-Redaktionsanstalt verfertigt worden sind. Allerdings hätten sie sich bei einiger Unparteilichkeit selbst sagen müssen,

Das, wenn von circa 80 Parteivorstandsmitgliedern, Reichstags- Abgeordneten und Berliner Funktionären, von denen manche seit Jahrzehnten in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung stehen und hohe Ehrenämter bekleiden, nur 8 Personen gegen die Kündigung der früheren Redaktionskollegen stimmten, doch die Sache etwas anders liegen muß, als ihnen aus Groß-Zücherfeld mitgeteilt worden ist. Nur auf eine vom Genossen Südekum für die „Frankfurter Volkstimme“ verfasste Mitteilung, die auch in einige andere Parteiblätter übergegangen ist, möchten wir ein paar Worte entgegen. Südekum schreibt:

„Die sechs Redakteure, die gekündigt haben, wollten am Donnerstagabend durch eine neue Erklärung weiter zur Aufklärung der Sache beitragen; diese Erklärung war bereits gefaßt worden, Eisner und Gradnauer, die auch nach ihrer Kündigung bis zum Augenblick ihrer Entlassung aus dem Redaktionsverband das unbedingte Recht haben, in dem von ihnen redigierten Teile des „Vorwärts“ ihre Notizen zu veröffentlichen, hatten in Uebereinstimmung mit ihren Kollegen von der bisherigen Weisheit die Veröffentlichung angeordnet. Als sie aber die Redaktion in später Abendstunde verlassen hatten, sind, wie mir bestimmt berichtet worden ist, die Redakteure Cunow und Ströbel in die Druckerei des „Vorwärts“ gegangen und haben die Einrückung in das Blatt verhindert. Selbstverständlich hinter dem Rücken der Verfasser!“

Demgegenüber stellen wir fest:

1. Es war nicht eine einfache Erklärung „zur Aufklärung der Sache“, deren Abdruck wir verhindern haben, sondern die betreffende Notiz enthielt nach einer kurzen Beschränkung über das sogenannte Schwelgebrot einen beleidigenden Vergleich des Verhaltens des Parteivorstandes mit der Auffassung der „Post“. Tatsache ist denn auch, daß, obgleich von dieser Notiz eine Reihe Abzüge (wohl 40 bis 50) an unsere Parteipresse zum Abdruck versandt worden sind, nur einige wenige Blätter die betreffende Notiz aufgenommen haben. Bei den anderen müssen sich also doch wohl Bedenken eingestellt haben.

2. Die sechs ausgeschiedenen Redakteure hatten keineswegs, wie Südekum behauptet, das „unbedingte Recht“, die Veröffentlichung anzuordnen. Ein früherer gemeinsamer Parteivorstand und der Preßkommission in im Einverständnis mit der Redaktion gefaßter Beschluß bestimmt, daß alle Artikel, Notizen usw., die grundsätzliche oder tatsächliche Parteifragen betreffen, der Gesamtkommission vorgelegt und auf Einspruch von drei Redakteuren den beiden vorgenannten Anstalten zur Beschlußfassung überwiesen werden müssen. Die ausgeschiedenen Redakteure hatten sich aber über diesen Beschluß einfach hinweggesetzt und die Notiz nicht der Gesamtkommission vorgelegt. Wir waren deshalb völlig im Recht, den Abdruck der betreffenden Notiz zu verhindern.

Auf die Verächtlichkeiten, die Südekum an seine obige unrichtige Darstellung knüpft, antworten wir nicht. Wir legen das zum übrigen und überlassen das Urteil den Genossen, denen die Partei noch etwas mehr gilt, als persönliche Machtinteressen. Doch dürfen wir wohl erwarten, daß die Parteiblätter, welche den Südekumschen Angriff gebracht haben, nun auch unsere Richtigstellung veröffentlichen.

Cunow, Ströbel.

Aus den Parteiorganisationen. Im Wahlkreis Reichenbach-Neurode bestehen sechs Wahlvereine, davon hat der Langenbiersauer Verein 865 Mitglieder und 1400 M. Vermögen, der Verein in Peterswaldau hat 370 Mitglieder und sein Kampffonds beträgt 430 M., Reichenbach hat 826 Mitglieder und 456,25 M. Kasienbestand, Weigelsdorf zählt 125 Mitglieder und besitzt 100 M., während Weilau 96 Mitglieder und 66 M. Vermögen hat. In Neurode sind etwa 100 organisierte Genossen vorhanden. Außerdem zählen noch einige Genossen auf Karten, so daß der Wahlkreis rund 2000 Genossen zählt, die regelmäßig durch Zahlung eines Beitrages ihre Pflicht gegenüber der Partei erfüllen.

Auf 1200 Mitglieder hat es jetzt der Sozialdemokratische Verein in Görlitz gebracht. Der Fortschritt wird auf die Einführung des Einflusses zurückgeführt.

Eine Landeskonferenz in Verburg beschloß die Gründung eines Kreisvereins für die beiden Wahlkreise Verburg-Nätschen und Dessau-Jerbst. Jedes Mitglied hat an die Kreisvereinskasse monatlich 10 Pf. zu zahlen. Für die Bedürfnisse der lokalen Zweigorganisationen sind Lokalzuschläge zu erheben.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Au die Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend!

Da das Gespenst der Tabaksteuer-Erhöhung greifbare Gestalt anzunehmen droht, so ist die Notwendigkeit gegeben, sich mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gegen die heranrückende Gefahr zur Wehre zu setzen. Zur Beratung der hierzu notwendigen Schritte ist seitens der Vertrauensleute Berlins eine Versammlung zu morgen, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, bei Wille, Brunnenstr. 188 (nahe dem Rosenthaler Thor) berufen, welche zunächst durch einen Vortrag über: „Die soziale Lage der Tabakarbeiter gegenüber der drohenden Mehrbelastung des Tabaks“ eingeleitet wird.

Es ergeht an die Kollegen und Kolleginnen das dringende Ersuchen, an der Beratung über die notwendig erscheinenden Schritte teilzunehmen. (Siehe Inserat in der heutigen Nummer.) Die Vertrauensleute. J. A.: Karl Dutry.

Kittus, Schlosser und Schmiede!

Die Firma Otto Grafen in Magdeburg läßt von der Berliner Firma Steffen u. Rölle in Magdeburg einen Neubau errichten, auf welchem 10 Schlosser beim Schmiede beschäftigt sind. Bei dieser äußerst gefährlichen und anstrengenden Arbeit erhielten die Schlosser und Schmiede nur einen Stundenlohn von 85 Pf. Die Kollegen verlangten eine Aufbesserung des Lohnes auf 40 Pf. Die bisherige bestehende Forderung wurde abgewiesen und den Leuten ein Fernmitz zugewilligt. Die Verhandlungen durch den Vertreter des Metallarbeiter-Verbandes hatten keinen Erfolg und legten die Kollegen insofern die Arbeit nieder. Der Kommerz will nunmehr bei der Firma anfragen, ob 40 Pf. gezahlt werden sollen oder ob von Berlin aus Schlosser nach Magdeburg geschickt werden.

Wir ersuchen die Kollegen, darauf acht zu geben und bitten, Zugang fernzuhalten.

Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Zum Streik der Berliner Kupferschmiede ist mitzuteilen, daß nun der erste Arbeitswillige für die Firma Hedmann, Görlitzer Ufer 9, vom Arbeitsnachweis der Hamburger Metallindustriellen am Krainlamp angelangt ist. Hier weitere sollen unterwegs sein. Es gelang, den ersten von seinem Vorhaben abzubringen und nach Hamburg zurückzuführen. Da der Streik die zweite Woche währt, ist anzunehmen, daß die Arbeitgeber auch an anderen Orten auf den Gang nach Arbeitswilligen gehen werden. Wir ersuchen unsere Kollegen allerorts, besonders in den großen Städten mit Kümmern-Arbeitsnachweisen, auf diese ein wachsame Auge zu haben und zu verhindern, daß Kollegen aus angeblicher Unwissenheit Arbeit nach Berlin nehmen. — Alle arbeiterfreundlichen Zeitungen werden um Abdruck dieser Zeilen gebeten.

Der Vorstand des Verbandes der Kupferschmiede Deutschlands. Filiale Berlin.

Die Hausdiener und Bader der Berliner Buchbinderei Witten u. Co., G. m. b. H., Wilhelmstraße, traten am Dienstag morgen in den Ausstand, da trotz wiederholter Verhandlungen der Hausdiener „sais“ des Arbeiterausschusses mit der Geschäftsleitung eine

Bezahlung der Überstunden prinzipiell für die Hausdiener abgelehnt wurde. Es sollte eine Pauschalvergütung stattfinden, welche aber die Hausdiener nicht annehmen konnten, da die Zugeständnisse der Firma eine Bezahlung der Überstunden mit 20 bis 25 Pf. bedeuteten. Die Firma beschäftigt seit Jahren größtenteils jüngere Kräfte für 19 M. Wochenlohn, der in seinem Verhältnis zu der zu leistenden Arbeit steht. In dem Anstellungsverhältnis hatte die Firma die Klausel eingefügt: „Kündigung keine, beiderseits Entlassungen nur Sonnabends.“ Die Kommission der Hausdiener hatte auf Wunsch der Geschäftsleitung der Firma am Montag abend neue Vorschläge unterbreiten sollen. Dies geschah. Doch wurde die Kommission nicht gehört, sondern in der schroffen Form bei sofortiger Entlassung abgewiesen. Auf diese Artigkeit traten die Hausdiener am Dienstag morgen in den Ausstand. Am ersten Tage des Ausstandes wurde dem Vertreter der Organisation ein Verhandlungsgewährt, doch lehnte die Firma am zweiten Tage schriftlich die Wiedereinstellung der Ausständigen ab unter der Begründung des Kontraktbruchs. Die Firma erklärte unter anderem, es wäre fraglich, ob man nötig hätte, wegen der „Hausdiener“ zu verhandeln. Wurde doch bereits dem Arbeiterausschuss bei den Verhandlungen erklärt, es sei fraglich, ob er kompetent sei, Verhandlungen der „Hausdiener“ zu betreiben. Die Firma läßt durch Buchbindergehilfen, Hilfsarbeiter sowie Lehrlinge die Arbeiten der Hausdiener verrichten, und macht den Versuch, Hausdiener aus Leipzig anzuwerben, da auch die Buchbindergehilfen größtenteils aus Sachsen sind. — Zugang ist fernzuhalten.

Buchbinder und Buchbinderei-Arbeiterinnen. Der Ausstand bei der Firma H. D. Ludwig ist beigelegt und die Sperre aufgehoben. Die Forderungen der Arbeiter sind anerkannt.

Die Ortsverwaltung.

Zur Fensterfrage der Stukkateure. Die Bewegung der Stukkateure, ihre Tarifbestimmung und damit auch die Polizeiverordnung über die Verpflegung der Fenster überall zur Geltung zu bringen, hat gestern mit voller Kraft eingesetzt. Am Vormittag fand eine sehr zahlreich besuchte außerordentliche Mitgliederversammlung der Filiale des Verbandes statt, in der die gedruckten vorliegenden Regeln für die Durchführung der Bewegung endgültig festgestellt wurden. Sodann wurde eine Statistik über das zurzeit erzielte Ergebnis aufgenommen. Es wurde festgestellt, daß 347 Stukkateure bei 64 Arbeitgebern auf 102 Bauten unter tariflichen Verhältnissen, also in zugewiesenen und gegen Frost geschützten Räumen arbeiten. Dagegen haben 93 Stukkateure bei 30 Arbeitgebern auf 35 Bauten die Arbeit eingestellt, weil jene Bedingungen nicht erfüllt sind. Außerdem sind 101 Arbeitslose vorhanden, die nun als durch die Arbeitsniederlegung in Mitleidenschaft gezogen betrachtet werden.

Die Arbeiter der übrigen Lauberkufe werden ersucht, das Vorgehen der Stukkateure nach Möglichkeit zu unterstützen.

Der Streik der Rohrer ist beendet. Gestern abend besaßte sich eine außerordentliche Mitgliederversammlung der Rohrer erneut mit der Frage, ob es unter den obwaltenden Umständen tattisch noch zweckmäßig sei, den Streik noch weiter zu führen oder aufzuheben. Die Lohnkommission empfahl auch diesmal die Aufhebung des Streiks, weil die Eigenart des Berufes dies unbedenklich gestatte, ohne daß sich die Streikenden irgend etwas dabei verbeugen. Man müsse die Arbeitgeber von einer anderen Seite ansprechen, nachdem alle Verhandlungsversuche — auch die vom letzten Montag — resultatlos verlaufen seien. Nach längerer Debatte wurde sodann mit allen gegen 3 Stimmen folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung nimmt Kenntnis von dem Stand des Streiks und erklärt: Nachdem über 200 Kollegen zu den neuen Bedingungen arbeiten und nur noch 40 Kollegen im Streik stehen, erklärt die Versammlung den Streik für aufgehoben. In Anbetracht dessen, daß das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts die Rohrer auch noch zu Unrecht für tarifbrüchig erklärt hat, obgleich die Lohnkommission den alten Tarif form- und freigelegt gesundigt hatte, legt die Versammlung auf den Abschluß eines neuen Tarifvertrages keinen Wert mehr und beschließt, von jetzt ab nur nach freier Vereinbarung der Arbeitsbedingungen zu arbeiten. Die Versammlung ist sich klar darüber, daß unter einem bestimmten Mindestlohn nicht gearbeitet werden darf und verpflichtet sich dieselben daher, hierin die Beschlüsse der Organisation unter allen Umständen innezuhalten.“

Im Anschluß an diese Resolution wurde ferner beschlossen:

1. Die bei den bewilligten Firmen arbeitenden Kollegen haben unter allen Umständen den jetzt erzwungenen Lohn ausrecht zu erhalten.

2. Die Kollegen, welche in Arbeit treten, sollen nach freier Vereinbarung anfangen, jedoch nicht unter 16 Pf. pro Quadratmeter.

3. Die Arbeitszeit darf die des alten Tarifs nicht überschreiten.

4. Jeder in Arbeit getretene Kollege hat sofort an den Arbeitsnachweis mitzuteilen, auf welchem Bau und zu welchem Lohn er arbeitet.

Vorstehende Direktiven sollen in einer späteren Versammlung noch näher präzisiert werden.

Sodann wurde über die Firmen A. Krause, A. Ingold und C. Woina nebst deren Bauten die Sperre verhängt.

Deutsches Reich.

Auf die Vereinfachung der Versammlungsfreiheit haben es nunmehr die Grubengewaltigen des Ruhrreviers abgesehen. Erst raubten sie den Bergleuten durch Verhängung der Sperre die Versammlungsfreiheit, dann suchten sie den Bergleuten die neue Arbeitsordnung, durch welche die Bergleute gegen bisher bedeutend schlechter gestellt werden, aufzuwickeln, um jetzt, wo es sich unter den Bergleuten wieder mächtig regt, die Protestbewegung zu ersticken durch gewalttätige Vereinfachung der Versammlungsfreiheit. Ein solcher Fall ereignete sich am letzten Sonntag in Kaiserlautern, wo König, Dortmund in einer Belegschaftsversammlung der Zeche „Courl“ sprechen sollte. Ehe aber die Bergleute kamen, waren die Eingänge des Lokals schon besetzt von einem großen Beamtenaufgebot der Zeche „Courl“, das unter Führung des Betriebsführers Rabenschlag angeordnet war. Große Trupps Steiger patrouillierten rechts und links vom Lokal, vor der Mitte des Lokals ging der Betriebsführer auf und ab, jeden Ankommenden musternd.

Die zuerst ankommenden Bergleute, meist Kolonienbewohner, waren bei dem Anblicke des Beamtenaufgebots sehr bestürzt und geängstigt; sie zogen deshalb am Lokal vorbei zu einer anderen Wirtenschaft. Einige Weberzetter blieben aber schließlich stehen, um denen sich dann ein größerer Trupp sammelte. An Verschiedene trat der Betriebsführer heran und sagte: „Was wollen Sie hier? Machen Sie, daß Sie nach Hause kommen!“ Zu einem Vergwamm sagte er: „Mach“, daß Du fortkommst, sonst trete ich dich in...“ Die anwesende Polizei sagte nichts zu dem geschwätzigen Treiben der Herren Beamten! Was würde sie wohl getan haben, wenn sich Streikende auch nur den zehnten Teil von dem Angeführten gegen Streikbrecher erlaubt hätten? Was den Fall noch besonders interessant macht, ist, daß Aufsichtsrat der „Courl“ der Oberbürgermeister Schmieding, der Polizeichef der Stadt Dortmund ist; derselbe Herr, den die rheinisch-westfälischen Scharfmacher zum Nachfolger Röllers ausserloren hatten.

Von der Versammlung ist noch zu berichten, daß alles Bemühen der Beamten doch vergeblich gewesen ist. Resolut: Männer hatten etwa 500 Mann gefammelt, die entschlossen vorrückten und das Lokal einnahmen. So konnte die Versammlung der Beamten zum Trost doch noch stattfinden. Das Referat Königs war eine äußerst scharfe Kritik der brutalen Gewaltmaßregeln des Internementums.

Es wird notwendig sein, diese Dinge auch noch an anderer Stelle zur Sprache zu bringen, und die Regierung wird erklären müssen, wie sie das Versammlungsrecht der Bergarbeiter einem brutalen Internementum gegenüber zu schätzen denkt. Wenn das so weiter gehen wird mit Gewaltmaßregeln der rheinisch-westfälischen Kohlenbarone, dann können wir noch was erleben. Die Stimmung der Bergleute ist ohnehin gereizt genug.

Aus Industrie und Handel.

Deutsche Bank. Der Aufsichtsrat der Deutschen Bank beschloß in seiner gestrigen Sitzung, der auf den 27. November einzuberufenden außerordentlichen Generalversammlung die Erhöhung des Grundkapitals um nominal 20 000 000 M. zur Ver Stärkung der Betriebsmittel in Vorschlag zu bringen. Die neuen Aktien, welche für das Jahr 1906 bis zu 4 Proz. auf den Nennwert nach Maßgabe der Höhe und des Zeitpunktes der Einzahlungen, deren Einberufung mit Durchschnittswaluta 1. Juli 1906 beabsichtigt ist, dividendenberechtigt sein sollen, werden durch Vermittlung eines Bankenkonjunkturs zu einem vom Aufsichtsrat noch festzusetzenden Kurse den Aktionären derart zum Bezuge angeboten werden, daß auf je 10 800 M. alte Aktien 1200 M. neue entfallen. Die Uebernahme durch das Konfortium soll 6 1/2 Proz. unter dem Angebotskurse erfolgen mit der Verpflichtung für das Konfortium, die mit der Ausgabe der neuen Aktien verbundenen Stempelkosten und Spesen, welche insgesamt ungefähr 4 1/2 Proz. betragen, zu bestreiten. — Gleichzeitig wird bekannt, daß der Direktor der Bank, Steinthal, aus Gesundheitsrücksichten aus dem Vorstande der Bank, dem er seit 32 Jahren ununterbrochen angehört, ausgeschieden; er avanciert natürlich in den Aufsichtsrat.

Ueber die Fusion des Schweizer Bergwerkvereins und der Deutsch-Engenburg, Bergw. und Hütten-Alt.-Ges. teilte in der vorgestrigen Generalversammlung der erigamenten Gesellschaft der Vorsitzende derselben mit, daß Verhandlungen im Gange seien, die aber über vertrauliche Vorbesprechungen noch nicht gebrochen seien.“ Ein Anschlag an den Aachener Hütten-Aktienverein Note Urbe (Oeffentlich-rechtliche Bergwerks-Aktien-Gesellschaft) oder ein Anlauf durch den bayerischen Staat sei „vorläufig“ ausgeschlossen.

Einigung in der Zementindustrie. Wie die „N. N. W. Z.“ erfährt, ist in der am 30. Oktober in Hannover stattgehabten Versammlung der Verbände Rheinland-Westfalen, Süddeutschland, Mitteldeutschland, Hannover und Unterelben eine Einigung für die gegenseitigen Gebiete zustande gekommen.

Aus der Frauenbewegung.

Der Ersatz der männlichen Bureauangestellten durch weibliche Kräfte und zwar aus für die Frauen ehrenvollen Gründen, wird von den Arbeitgebern in New York, besonders den großen Gesellschaften mit zahlreichen Angestellten, in letzter Zeit in einer Weise bevorzugt, daß in den Kreisen der männlichen Angestellten erste Besorgnisse für die Zukunft laut werden. Die Arbeitgeber erklären, die weiblichen Bureauangestellten seien ebenso tüchtig wie Männer und dabei noch genauer, ehrlicher und zuverlässiger. Außerdem hätten sie den Vorzug, daß sie nicht trinken oder spielen, wenn sie auch gelegentlich ein bißchen an der Börse spekulierten. U. a. hat bisher die Equitable-Lebensversicherungsgesellschaft nur männliche Angestellte beschäftigt, in den letzten Monaten jedoch hat sie gegen 50 junge Damen eingestellt. Ein leitender Beamter einer anderen großen Gesellschaft, der Mutual, erklärte: „Wir stellen keine männlichen Bureau-Angestellten mehr ein, wir ziehen Damen vor.“ Ein Beamter der New York Lebensversicherungsgesellschaft äußerte sich folgendermaßen: „Die weiblichen Bureau-Angestellten sind tüchtiger, schneller und zuverlässiger und sie erschöpfen unsere Geduld und unsere Zeit nicht in der Weise wie Männer. Es ist sehr wahrscheinlich, daß in ein bis zwei Jahren so gut wie alle Kontorstellungen bei uns und bei anderen Gesellschaften mit Frauen besetzt sein werden.“ Die Metropolitan-Lebensversicherungsgesellschaft beschäftigt bereits 1700 Frauen bei einem Kontorpersonal von 2500 Köpfen. Unter ihren Beamtinnen sind so ziemlich alle Nationen der Erde, ausgenommen China, vertreten. In dieser Entwicklung der Dinge trägt auch die Tätigkeit der Frauenvereine viel bei, so hat beispielsweise in kurzer Zeit der Verein christlicher junger Mädchen in New York 4000 weibliche Angestellte untergebracht, von denen ein Drittel Männer aus ihren Stellungen verdrängten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zum Eisenbahner-Ausstand in Oesterreich.

Prag, 1. November. (B. S.) Das Personal der Buzschader Eisenbahn beschloß, am 3. November ebenfalls in den Streik einzutreten.

Wahlrechtsdemonstration in Prag.

Prag, 1. November. (B. S. U.) Heute abend fand auf dem Graben eine sozialdemokratische Kundgebung zugunsten des allgemeinen Wahlrechts statt, an der sich mehr als 2000 Personen beteiligten.

Die Sozialdemokratie hält Wacht!

Warschau, 1. November. (B. S. U.) Die Stadt war den ganzen Tag sehr belebt. Unter dem Einfluß der Sozialdemokratie veranstalteten die Massen zahlreiche Kundgebungen für Annahme und allgemeines Wahlrecht. Auf Straßen und Plätzen wurden Reden gehalten. Zahlreiche unbedeutende Zusammenkünfte mit dem Militär erfolgten. Abends 6 Uhr ist der Kriegszustand aufgehoben und politische Annahme zugelassen worden.

Schon regt sich die Reaktion.

Warschau, 1. November. (B. S. U.) Die Mitteilung, der Kriegszustand sei aufgehoben, ist dahin eingeschränkt, daß er nur den hiesigen Kundgebungen gegenüber außer Anwendung gesetzt wurde.

Generalausstand in Finnland.

Lübeck, 1. November. (B. S. U.) Die hiesige Finnlandrederei Klingstroem empfing aus Kolla ein Telegramm, wonach mittags 12 Uhr der politische Generalausstand für Finnland proklamiert worden ist. Der Verkehr von Post, Zeitungen, Telephon und Binnenlandstelegraph ist stillgelegt. Der Auslandsstelegraph über Helsingfors wird von den Ausständigen vorläufig geduldet. Entwaffnung der Gendarmen.

Tornea (Finnland), 1. November. (Meldung des Bureau Ricau.) Heute mittag fanden sich bei dem Gendarmeriechef Grafen Kamenski eine aus 40 Personen bestehende Abordnung ein, welche ihn zur Auslieferung der Waffen der Gendarmen aufforderte. Nach kurzer Verhandlung erklärte sich der Chef hiermit einverstanden, worauf alle Waffen der Gendarmen der Abordnung übergeben wurden. Die Gendarmen erhielten außerdem Befehl, auf drei Tage die Stadt zu verlassen. Auf diese Weise wurde mit der Gendarmerie in Tornea verfahren. Die Zahl der Gendarmen in Tornea beträgt sieben, die der in Kemi sechs. Heute abend finden in Tornea Versammlungen statt.

Grubengewalt auf Zeche „Zentrum“.

Böhm, 1. November. (B. S. U.) Gestern abend fand auf Schacht 1-3 der Zeche „Zentrum“ infolge eines Sprengschusses in einem Röhren eine Kohlenrauberexplosion statt, durch die vier Bergleute ansehend leicht verletzt wurden.

Vertrauensamt oder Brotstelle.

Es ist in den letzten Tagen in unseren Reihen viel über die Grundprinzipien der Demokratie gesprochen und geschrieben worden, die angeblich bei uns gefährdet seien.

Eines der unentbehrlichsten Grundprinzipien der Demokratie, ohne das sie nicht zu sein, was sie ist, bleibt das Recht des Volkes, seine Vertrauensmänner jederzeit oder doch wenigstens in kürzeren Zwischenräumen wechseln zu können; das Recht immer nur diejenigen in solche Ämter wählen und in solchen Ämtern lassen zu können, denen es vollstes Vertrauen schenkt. Aus welchen Gründen es dies tut, darüber ist es niemand Rechenschaft schuldig. Hörne meinte einmal, wenn dem Volke die Nase des Königs nicht gefällt, so sei es dadurch schon berechtigt, ihn fortzujagen. Des Volkes Wille ist das höchste Gesetz.

Wir gehen nicht so weit wie manche bürgerliche Demokraten, die da meinen, des Volkes Wille bedeute stets die höchste Weisheit. Das Volk, das heißt seine Majorität, braucht nicht immer erleuchteter oder weitersehender zu sein als die Mäner, denen es sein Vertrauen versagt. Aber es gibt keine Staatsform, die Unfehlbarkeit garantierte, auf jeden Fall aber bildet die Demokratie die einzige Staatsform, in der das Proletariat sich entwickeln, zu einer Macht werden, dem Staat und der Gesellschaft seinen Willen aufzwingen kann. Deshalb und nicht weil wir das Volk für unfehlbar halten, sind wir Demokraten und beugen uns dem Willen des Volkes auch dort, wo wir ihn für falsch halten und ihn im Rahmen der Demokratie und mit den Mitteln der Demokratie besänftigen.

Wenn das Volk einigen seiner Vertrauensmänner sein Vertrauen entzieht und sie dadurch, bei demokratischer Verfassung, zwingt, ihre Vertrauensposten zu verlassen, so dürfen wir ihm das Recht dazu nie bestreiten, auch dann nicht, wenn wir diesen Vorgang für verfehlt und verderblich halten. Wir haben das Recht, ihn zu kritisieren und zu versuchen, das Volk von der Fügigkeit seiner Maßnahmen zu überzeugen. Aber das Recht zu dieser Maßnahme bestreiten, heißt die Demokratie selbst in Frage stellen.

Dadurch unterscheidet sich eben die Demokratie von anderen Regierungsformen, daß sie dem Volke stets die Möglichkeit gibt, seine Vertrauensmänner zu wechseln. Das Volk kann den Staat nicht selbst verwalten, es kann das nur durch Vertrauensleute besorgen lassen, und hat es nicht die Möglichkeit, diese zu wechseln, dann dankt es ab, dann verleiht es den einmal eingefetzten Vertrauensleuten die ganze Macht des Staates und macht sie aus seinen Dienern zu seinen Herren. Das tritt am auffallendsten hervor in der Monarchie, auch dort, wo diese nicht Erb-, sondern Wahlmonarchie ist. Dort hat das Volk wohl das Recht, seinen obersten Vertrauensmann zu wählen, nicht aber das Recht, ihn abzusetzen.

Die Notwendigkeit für die Demokratie, jederzeit ihre Vertrauensmänner wechseln zu können, braucht sich jedoch nicht auf die ganze Beamtenenschaft des Staates zu erstrecken. Es gibt eine ganze Reihe von Tätigkeiten, die jeder mit durchschnittlicher Fähigkeit und Ehrlichkeit sowie entsprechender Vorbildung begabte Mensch zweckmäßig versehen kann, welches immer seine politischen Anschauungen und Begabungen. Es widerspricht nicht dem demokratischen Prinzip, daß man diese Posten einer Bürokratie übergibt, deren Mitglieder unabhängig sind von den wechselnden Majoritäten im Staate, und die, welches immer ihre Gesinnungen sein mögen, ihre Stellungen nicht verlieren, in ihrem Vorrücken nicht geschädigt werden dürfen, so lange sie ihr Amt sachgemäß verwalten. Es ist eine der Ursachen der amerikanischen Korruption, daß die Vereinigten Staaten eine solche Bürokratie nicht kennen und alle Beamtenstellen im Staate, bis zum letzten Landbriefträger, eine Beute der jeweilig herrschenden Partei und damit ein unermesslicher Korruptionsfonds sind.

Aber neben diesen Posten gibt es stets auch solche, bei denen die politische Anschauung und Begabung das Entscheidende ist, die nicht von jedem entsprechend Gebildeten versehen werden können, sondern nur von Leuten, die untereinander sowie mit der Mehrheit des Volkes in vollständiger politischer Uebereinstimmung stehen, weil es nur auf diese Weise ermöglicht wird, daß die Leitung des Staates eine einheitliche und dem Volkswillen entsprechende ist. Diese Posten, das sind jene Vertrauensposten, deren Inhaber wechseln zu können das Volk oder dessen Vertreter jederzeit in der Lage sein muß. Es gehören dazu die höchsten und wichtigsten Posten im Staate.

Es bedeutet bereits eine Beeinträchtigung der Demokratie, wenn die Abgeordneten zu den Vertretungskörpern für einen längeren Zeitraum gewählt werden. Unerlässlich ist es überall, daß das Volk oder seine Vertreter die Macht haben, die Regierung, das Ministerium zu wechseln, so daß es keine Minister gibt, welche die Möglichkeit haben, sich im Gegensatz zu dem Willen des Volkes oder seiner Vertreter zu behaupten.

Was von der demokratischen Staatsverfassung, gilt auch von der demokratischen Parteiverfassung, es wurde auch in unserer Partei stets anerkannt.

Kein Vertrauensmann, auch kein Mitglied des Parteivorstandes, hat ein Anrecht auf seinen Posten. Ist seine kurzfristige Amtszeit abgelaufen, so kann man einen anderen an seine Stelle wählen, auch wenn er schon 30 Jahre oder 50 Jahre der Partei dient, ohne lange Verhandlungen. Das Recht dazu bedeutet nicht eine Verletzung unserer Parteiverfassung, es bildet eines ihrer Grundprinzipien.

Daran ändert sich nichts, wenn das Vertrauensamt ein bezahltes wird. Jedes Vertrauensamt, das den ganzen Menschen in Anspruch nimmt, muß in der Demokratie bezahlt werden, da es sonst zu einem Privilegium der Wohlhabenden würde. Aber diese Bezahlung ist kein Arbeitslohn, sie macht den Bezahlten nicht zum Lohnarbeiter, sie bildet für ihn nur die materielle Grundlage, die ihm sein Schaffen ermöglicht.

Der Lohnarbeiter verkauft seine Arbeitskraft, um davon zu leben. Die Hauptsache ist für ihn der Lohn, die Arbeit ist ihm Nebensache. Erfielte er den Lohn ohne Arbeit, würde er nichts dagegen einzuwenden haben.

Der befahrene Vertrauensmann erhält seine Bezahlung, um arbeiten, um seine ganze Arbeitskraft seinem Posten widmen zu können. Die Hauptsache ist für ihn seine Arbeit, nicht sein Lohn. Wenn er in der Lage dazu wäre, würde er die Parteiarbeit auch ohne Vergütung leisten.

Bisher rechneten wir auch die Journalisten der Parteipresse zu den Vertrauensmännern der Partei und

nicht zu Lohnarbeitern. Wir zählten sie zu den Leuten, für deren Anstellung und Entlassung ähnliche Grundsätze zu gelten hätten, wie für die von Ministern und nicht die Grundsätze, die wir für die Anstellung und Entlassung etwa von Briefträgern fordern.

Gerade in den Kreisen der Parteijournalisten ist aber jetzt die Anschauung aufgetaucht, als entspreche dieser Standpunkt nicht der „Würde“ der Journalistik und auch nicht der Prinzipien der Demokratie, die da unumschränkte Meinungsfreiheit fordern und jede Maßregelung wegen politischer Anschauungen verurteilen.

So schreibt z. B. F. Stämpfer in der „Münchener Post“ in einem Artikel „Zur prinzipiellen Klärung“:

„Stellt es sich heraus, daß er (der Parteiredakteur) sich über die Art seiner Redaktionsführung in dauernder Nichtübereinstimmung mit seinen Aufsichtsinstanzen befindet, so wird er nicht zögern, sein Amt freiwillig niederzulegen. Wie aber, wenn eine solche Nichtübereinstimmung für seine Arbeitgeber einen rechtmäßigen Entlassungsgrund abgeben. Sollten sozialdemokratische Parteinstanzen die von ihnen angestellten Zeitungsredakteure entlassen, weil sich diese erkläre haben, in Parteifragen ihre eigene Meinung zu haben, so wäre auch das ein schwerer Verstoß gegen die sozialdemokratischen Parteigrundsätze und eine arge Entwürdigung der Partei.“

Damit werden also sozialdemokratische Zeitungsredakteure unabsehbar gemacht. Wenn sie nicht freiwillig gehen, muß man sie als Herren der Parteipresse dulden. Niemand hat das Recht, sie abzusetzen. Was wir jedem König, jedem Minister gegenüber in Anspruch nehmen, soll dem Zeitungsredakteur gegenüber nicht gelten. Das erhebt anscheinend für unsere Anschauungen ihre Stellung weit über die von Ministern und Königen, in der Tat aber drückt es sie tief unter die Position der Lohnarbeiterschaft herab.

Dem welche Gründe werden vorgeführt, um diese Lebenslänglichkeit der Redakteurposten zu rechtfertigen? Der Artikel fährt fort:

„Wohin würden wir geraten, wenn sozialdemokratische Parteiredakteure aus Rücksicht auf Erhaltung ihrer Brotstellen ihre wirkliche Meinung verschweigen würden, wenn über der Meinungsfreiheit der Parteipresse das Damoklesschwert des vierteljährigen Kündigungsrechts hingeliege?“

Stämpfer hält es also für möglich, daß es in unserer Parteipresse Lumpen gibt — anders kann man solche Leute nicht nennen, die die Redaktionsstellen als Brotstellen betrachten; die fähig wären, zur Erhaltung dieser Brotstellen ihre wirkliche Meinung zu unterdrücken. Wir haben eine bessere Meinung von der Parteipresse. Wir meinen, Parteijournalisten sind Leute, die den Mut haben, um ihrer Ueberzeugung willen jeder Gefahr, jeder Verfolgung zu trotzen, nicht Leute, die sich bloß dann zu ihrer Ueberzeugung bekennen, wenn sie dafür bezahlt werden. Wenn es etwas gibt, was geeignet ist, die Würde der Parteijournalistik zu untergraben, ist es die Anschauung, das vierteljährige Kündigungsrecht beeinflusst die Meinungsäußerungen eines nennenswerten Teils der Parteiredakteure.

Sollte aber dieses Recht in so verhängnisvoller Weise die Charakterlosigkeit züchten, dann müßte es nicht bloß für die Parteiredakteure, sondern auch für alle befahrenden Parteiämter beseitigt und auch die jährliche Neuwahl der höheren Parteibeamten abgeschafft werden, denn sonst könnte die Rücksicht auf die „Erhaltung ihrer Brotstellen“ sie alle in gleicher Weise korrumpieren!

Aber dann wollen wir auch gleich die Erwählung oder Ernennung der Redakteure abschaffen, denn auch schon die Bewerbung um eine Brotstelle kann zur Verschweigung der wirklichen Meinungen, zur „Einschränkung der Meinungsfreiheit“ führen. Diese und damit unsere Parteigrundsätze wären für die Parteijournalistik offenbar nur dann gewahrt, wenn man den Parteiredakteuren das Recht gäbe, sich selbst zu Parteiredakteuren zu wählen, das heißt, wenn die Parteizeitungen Privatunternehmungen der Journalistenwürden. Das allein würde die „volle Meinungsfreiheit“ der Parteijournalisten im Stämpferschen Sinne wahren. Das ist aber nicht eine sozialdemokratische, sondern eine liberale und anarchische Anschauung.

Dann aber soll die Entlassung eines Parteiredakteurs unzulässig sein als Maßregelung eines Lohnarbeiters wegen seiner Gesinnung — etwas, was unsere Partei doch prinzipiell verwerfen muß.

Sicher verwerfen wir solche Maßregelungen, aber die Frage ist ja die, ob wir die Parteiredakteure als Lohnarbeiter betrachten dürfen. So wie in der Staatsverwaltung müssen wir auch in der Parteiverwaltung zwei Arten von Stellen unterscheiden: solche, bei denen es nur auf Zuverlässigkeit, Gewissenhaftigkeit, Sachkenntnis und Eifer ankommt, und solche, bei denen auch die Arbeit und Art seiner politischen Anschauungen eine entscheidende Rolle spielt.

Ein erprobtes, tüchtiges Mitglied des technischen Personals eines Parteibetriebes wegen politischer Meinungsverschiedenheiten zu entlassen, erschiene auch uns unzulässig. Er ist als Schriftführer oder Buchhalter oder Expedient oder dergleichen angestellt und nicht als Politiker; er kann seine Pflicht gleich gut erfüllen, ob er Revisionist oder Radikaler ist, ob ein theoretisch durchgebildeter Kopf oder ein Konfusionsrat.

Dagegen sind die Redakteure gerade zu politischen Zwecken angestellt, um bestimmte Anschauungen in bestimmter Art zu veröffentlichen. Tun sie das nicht in zweckmäßiger Weise, dann sind sie schädlich und müssen entfernt werden. Die Entscheidung darüber, ob sie das sind, kann man aber doch nicht ihnen selbst, sondern nur der Parteiorganisation überlassen, die über das Blatt verfügt und dafür der Partei verantwortlich ist.

Betrachtet man die Parteiredakteure als Lohnarbeiter, dann setzt man sie nicht auf dieselbe Stufe mit diesen, sondern drückt sie unter deren Niveau herab. Denn die Arbeit, die der Lohnarbeiter leistet, das ist bestimmt technische Arbeit, Schneimerarbeit, Schlosserarbeit, Schneiderarbeit etc. Wenn er seine Arbeit für Lohn verkauft, so verkauft er dabei nie das Produzieren einer bestimmten Gesinnung.

Die Arbeit des Journalisten besteht dagegen gerade in dem Produzieren und Verfassen bestimmter Gesinnungen. Nimmt man an, daß er diese Arbeit gegen Lohn verkauft, dann nimmt man an, daß er vom Verkauf seiner Gesinnung und der Fähigkeit, sie zu erfassen, lebt, etwas, was nach den sittlichen Begriffen gerade des Proletariats ihn nicht unter die Lohnarbeiter einreicht, sondern unter die Soldner und Landsknechte. Will man seine

Würde retten, darf man ihn nicht der Kategorie der Leute zählen, die vom Verkauf ihrer körperlichen oder geistigen Leistungen leben, sondern zu den Leuten rechnen, die ohne Rücksicht auf die Bezahlung, die sie dafür erlangen können, ihre Arbeit leisten, ihre Gesinnung veröffentlichen. Die Bezahlung, die sie von der Partei erlangen, ist für sie nicht Arbeitslohn, sondern eine Aufwendung, welche die Partei macht, um es ihnen zu ermöglichen, vom Arbeiten für Arbeitslohn abzusehen. Der Parteiredakteur als Vertrauensmann der Partei wird durch seine Bezahlung ebenso wenig ein Lohnarbeiter, wie der Abgeordnete durch seine Diäten, der Minister durch sein Gehalt.

Betrachtet man aber die Redakteure der Partei als ihre Vertrauensleute, dann wird es völlig unsinnig, von einer Maßregelung von Lohnarbeitern wegen ihrer Gesinnung zu reden, wenn in einem besonderen Falle einem oder mehreren solcher Vertrauensleute das Vertrauen und damit die Basis ihrer Tätigkeit entzogen wird.

Das hat mit dem kapitalistischen Herrenstandpunkt gar nichts zu tun, das ist vielmehr die notwendige Konsequenz der Demokratie.

Für Redakteure, denen die „Erhaltung ihrer Brotstellen“ das Wichtigste ist, mag es freilich vorteilhafter erscheinen, wenn man sie unter das technische Personal und nicht unter die Vertrauensleute der Partei einrechnet. Aber gerade jene unserer Kollegen, die am eifrigsten über der Würde und dem Ansehen ihres Berufes wachen, werden am energischsten diesen Standpunkt zurückweisen. Wir wollen nichts anderes sein als die Vertrauensleute der Partei, und akzeptieren nicht bloß die Rechte, sondern auch alle die Pflichten, die aus diesem Verhältnis erwachsen, darunter nicht als letzte die, sofort zu gehen, sobald wir das Vertrauen der Genossen verlieren, die von der Partei berufen sind, uns einzusetzen und zu überwachen.

Gesamtparteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

Zweiter Verhandlungstag.

Wien, 31. Oktober 1905.

Die Debatte über die „Parlamentarische Tätigkeit“ wird fortgesetzt.

Sanet-Drinn wendet sich gegen die Vorwürfe, die gestern den Kritikern an der parlamentarischen Tätigkeit der Fraktion in einem Ton und in einer Art zuteil wurden, die bisher nicht üblich waren. Niemand habe Lärmgeschrei oder die Anwendung körperlicher Zwangsmittel gegen den Präsidenten verlangt. Aber weshalb habe man die Galerie des Reichsrats nicht besetzt? (Rufe: Sie ist nicht zugänglich.) Die Wiener Genossen sind schon feindsig genug, um sich Eingang zu verschaffen! Niemand denke daran, alles gegen Wien aufzustacheln. Mit solchen Vorwürfen erzeuge man nur eine künstliche Erbitterung zwischen Deutschen und Tschechen. Früher hätten die Wiener die Fraktion kritisiert, jetzt möchten sie Front dagegen, weil die Kritik von den Tschechen käme. Möge man doch nach sachlichen Gesichtspunkten urteilen! (Bravo!)

Daschinski-Kratou: Die Auspreisung der öffentlichen Meinung war notwendig und wirksam. Und diese Erregung ist von den Abgeordneten hervorgeufen worden. Dazu braucht man aber keine Lärmgeschreie im Parlament. Die letzte kurze Session hat den Kontroll der Regierung des Gausch erwiesen. Jede Hoffnung für Gausch, die deutsche und die tschechische Bourgeoisie unter ein Dach zusammenzufassen, ist geschwunden. Wozu sollten wir diese Untüchtigkeit durch irgend welches Geschrei fördern? Wenn etwas verkauft, vor unseren Augen steht — nur für ungebildete Beobachter nicht sichtbar —, dann sollen wir eine tragische Pose annehmen und rufen: Du, der du an allgemeinen österreichischen Unmöglichkeiten stirbst, du stirbst an unseren Dolchen. (Große Beifall.)

Rudalek-Wien: Seit einigen Jahren werde von Wien aus nur noch gedreht, und damit seien auch eine Anzahl deutscher Genossen nicht einverstanden. Wer behaupte, die tschechischen Genossen würden gegen die deutschen verhetzt, der sage bewußt die Unwahrheit.

Dr. Ader-Wien: Die Fraktion ist hier mehrfach angegriffen worden, aber auch die Abwehr ist genügend erfolgt. Die tschechischen Genossen dürfen sich nicht belagern, daß sich die Abwehr gegen sie gemeinschaftlich richtet. Das auch nur einer von ihnen die Fraktion verteidigt? Und diese geschlossene Haltung der Tschechen richtet sich nicht nur gegen die Fraktion, sondern auch gegen die deutschen Genossen als solche. (Lebh. Rufe: So ist es!) Das sagen wir Ihnen (zu den Tschechen) in aller Freundschaft, Ruhe und Besinnlichkeit: Damit sind Sie gründlich auf dem Holzwege! (Lebhafter Beifall.) Das schwere nationale Problem, das gefährlich ist in jedem einzelnen Punkte, kann nur überwunden werden durch einen hohen Grad von Einigkeit, Selbsterleuchtung (Rufe von den Tschechen: Aber beiderseits!) — gewiß beiderseits! — und Verantwortlichkeitsgefühl (Lebhafter Beifall.) für jedes Wort, das gesprochen wird. (So ist es!) Wir Sozialdemokraten können uns rühmen, die einzigen zu sein, die die Möglichkeit haben, mit dem nationalen Problem fertig zu werden. Aber wir sind damit noch nicht fertig! Wir wissen, daß hundert Streitfälle, hundert Reibungsflächen noch zu überwinden sind. Aber an Selbsterleuchtung, an internationaler Disziplin haben es die Deutschen nicht fehlen lassen. (Lebhafter Beifall.) Ja, vielleicht verdienen sie den Vorwurf in einzelnen Punkten, es damit zu weit getrieben zu haben. (Rufe: So ist es!) Aber, Genossen (zu den Tschechen), überspannen Sie nicht die Anforderungen an unsere Selbsterleuchtung (Bewegung bei den Tschechen) und überspannen Sie sie nicht in diesem Moment. (Lebhafter Beifall.) Besonders Rudalek hat Dinge herbeigezogen, die nicht hierher gehören.

Auf die Schulfrage eingegangen lehne ich ab. Diese schwierigen, heißen Dinge dürfen nicht nebenbei behandelt werden. Hoffentlich werden diese keinen Explosionen, die nebenher gehen, und nicht hindern, gemeinsam zu marschieren. Die da glauben, daß aus diesen kleinen Unbilligkeiten Schwierigkeiten entstehen können, täuschen sich. Immerhin hat alles sein Maß, und ich denke: wir sind der G r e n z e dieses Maßes sehr nahe. (Lebhafter Beifall.)

Kemec-Prag: Der Ton, den wir in dieser Debatte gehört haben, zeigt, wozu wir treiben. Er ist von Austerlich angeblasen worden. Gerade von ihm und Adler hätten wir das nicht erwartet. Das Gefährlichste waren die Worte Adlers, daß wir unsere Ansprüche an die Selbstbeherrschung der Deutschen nicht zu hoch spannen sollten! Was ist mit dieser Drohung eigentlich gemeint? Wir fürchten uns nicht, wir fragen nur, welchen Zweck haben solche Drohungen? Wir verlangen nichts, was den Prinzipien der internationalen Sozialdemokratie widerspräche. Aber wir haben es satt, den Anstoß zu spielen, wir sind und bleiben internationale Sozialdemokraten. (Stürmischer Beifall bei den Tschechen.)

Krisau-Kriegl beantragt, diese Debatte zu schließen, da man von ihr genug habe. Dieser Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen.

In einem kurzen Schlusswort weist Bernerstorffer einige Angriffe gegen die Fraktion zurück. Zu der Debatte zwischen Tschechen und Deutschen sagt er: Erträglich war es nicht. Aber der geschichtliche Augenblick wird uns darüber hinwegbringen. Wir müssen alle, daß wir eine einzige Masse sein müssen, daß wir uns unter der roten Fahne zu sammeln haben und Sturm auf den Privilegienwall der Wegner. (Stürmischer Beifall.)

Darauf wird ein Verleumdungsbuch für die Fraktion ein-
stimmig angenommen. (Lebhafte Beifall.)

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist: Die öster-
reichische Krise und das Wahlrecht. Als Referenten
sind Ellenbogen und Remece bestellt.

Ellenbogen weist in einem geschichtlichen Rückblick nach,
dass der mittelalterliche Heiratsgüterkomplex Österreich von Geburt
an an einem immanenten Widerspruch gelitten hätte. Die Ver-
fassung stellt ein trostloses Nidwert, unharmonische Teile dar, eine
lächerliche Sammlung von Anachronismen, über welche die Ver-
waltungspraxis bereits hinweggeht. Österreich, das zur Zeit, als
die Verfassung gegeben wurde, noch ein Agrarstaat war, ist jetzt ein
ausgeprägter Industriestaat. Sein Privilegienparlament ist ein
prähistorisches Verfeinerungsprodukt geworden. Inzwischen aber
geht die Weltgeschichte ihren Gang und schafft neue wirtschaftliche
Gebilde und Tendenzen, die von dem glühenden Bunde befehle
sind, dass dieser ihrer weiteren Entwicklung im Wege stehende
Kette von Parlament endlich beseitigt werde. (Lebhafte Beifall.)

Das Parlament demonstriert auf der Straße, die Bourgeoisie treibt
Obstruktion. Diese Obstruktion, in der der bürgerliche Klassen-
instinkt revoltiert, stellt die Unmöglichkeit des Privilegienparlamentes
klar und lähmt die staatliche Tätigkeit auf allen Gebieten. So
liegt die österreichische Konstitution in den letzten Jügen. Es gibt
nur noch die Alternative: nackter Absolutismus oder allgemeines
gleiches Wahlrecht. (Lebhafte Beifall.)

Aber in einer Zeit, wo
gerade Großfürstentümern auf der Straße liegen, da denkt niemand
an die Einführung des Absolutismus. (Stürmischer Beifall.) Wie
die Krone denkt, hat sie schon gesagt. Sie hat sich im Konflikt mit
Ungarn schon entschieden, dass die politische Entrechtung der breiten
Volksschichten ein Ende haben muss. (Stürmischer Beifall.) Die Tat-
sache, dass das allgemeine Wahlrecht von der Krone zu einem
Programmumpunkt gemacht worden ist, entscheidet über die Dinge
nicht für Ungarn allein. (Lebhafte Zustimmung.) Hat man den
richtigen Ausweg für Ungarn zu finden gewollt, so hat man kein
Recht mehr, sich für Österreich blind zu stellen. (Weiterer
lebhafte Beifall.) Formale Schwierigkeiten können nie die Ursache
sein, einen großen, historisch notwendig gewordenen Gedanken
an der Durchführung zu verhindern. Die künstliche Fortsetzung
des vergiftenden nationalen Gezänkes durch die Nationalisten dient
nur der Absicht, Verwirrung in die geschlossenen Reihen des
Proletariats zu tragen und uns gegeneinander auszuspielen.

Aber solange nur noch ein Hauch
sozialdemokratischen Denkens in uns lebendig ist, solange in einem
Winkel unseres Herzens auch nur ein Funken proletarischen
Empfindens lebt, werden wir auf diesen Schwandel nicht hinein-
fallen. (Stürmischer allgemeiner Beifall.) Wie kommt es aber,
dass wir „Vaterlandslosen“ den Staat hassen wollen? Gewiss sind
wir Gegner dieser Gesellschaftsordnung und ihrer Ausdrucksform,
des modernen Staates. Aber wir stehen auf dem Boden der Tat-
sachen. Der moderne Staat ist ein notwendiger Durchgangs-
zustand, und er wird, ob er will oder nicht, zum Schwingbreit für
unsere Ziele. Der Staat ist ein Instrument in den Händen der
bestimmten Klassen, aber gegen deren Willen wird er zum In-
strument politischer Weiterentwicklung. So wollen wir auch in
Österreich den faulen, alten Staat nicht länger dulden.

Wir hämmern jung das alte, moribide Ding, den Staat,
die wir von Gottes Boten sind bis jetzt das Proletariat!
(Stürmischer Beifall.)

Kings um uns greifen die Völker nach den höchsten Helsen:
Deutschland hat sich an die Spitze der industriellen Entwicklung
gestellt. Im Norden hat sich ein uraltes Bauernvolk von der Ab-
hängigkeit von Schweden befreit. In Italien haben die Bauern und
Arbeiter in heißen Ringen um soziale Verbesserungen gekämpft.
Und drüben im finsternen Osten wird es Tag, und ein schöner Völkers-
schicksal bricht an. (Stürmischer Beifall.) Die Ketten sind zer-
schmettert, und vom Caspische bis zum Kaukasus droht der Ruf der
Freiheit. (Wrausender Beifall.) In Russland siegt der Gedanke des
allgemeinen Wahlrechts, und da sollen wir verflucht sein, den
Schimpf und die Schande eines mittelalterlichen Ständeparlamentes
noch länger zu tragen? (Stürmischer wiederholter Beifall.) Wenn
unverantwortliche Weiber und Männer als Ratgeber in ihrer Vor-
narrtheit es wagen sollten, der geschichtlichen Entwicklung in die
Arme zu fallen, dann werden wir am Platze erscheinen, um dem
Volke zu geben, was des Volkes ist. (Stürmischer Beifall.) Dann
wird das Volk selber kommen, um die Händler und Wucherer mit
Waldrecht aus dem Tempel zu jagen. (Erneuter Beifall.) Wir
sind die ungeheure Mehrheit, die Arbeit unserer Hirne und Hände
schafft alle Güter, wir lassen unser Blut auf den Schlachtfeldern,
wir sind die Träger und Erhalter des ganzen Gebäudes der Kultur,
und da will man uns verwehren, unser eigenes Geschick selber zu
bestimmen!

In Russland ist das allgemeine Wahlrecht auf dem Marsche.
Redner verliest die Hauptstellen aus dem Manifest des Jaren. Nach
den Sagen: „Alle Volksschichten, welche jetzt vom Wahlrecht ausge-
schlossen sind, sind zur Teilnahme an der Duma berufen.“ Die
Ausgestaltung des Prinzips des allgemeinen Wahlrechts ist der
Regelung durch die neue gesetzgebende Körperschaft zu überlassen.
„Kein Gesetz kann ohne Zustimmung der Duma Geltung erlangen“,
bricht minutenlang, stürmischer Beifall aus. Die Freude über den
Sieg der russischen Revolution reicht alles mit sich fort, und die
Begeisterung flutet minutenlang über die Verhandlungen fort. Alle
Delegierten sind von den Plätzen aufgestanden, die Slawen singen
den ersten Vers der „Roten Fahne“, und die Deutschen stimmen die
Arbeitermarzelliane an. Von neuem brechen Hodesrufe aus, als der
Referent ein Schreiben der Redaktion der „Jörg“ verliest, worin es
heißt: „Wir begrüßen die österreichische Bruderpartei, die auch vor
schweren politischen Kämpfen steht und die stets der russischen
Sozialdemokratie ihre hilfreiche Hand geboten hat. Mit freudiger
Hoffnung blicken wir der Zukunft entgegen. Hoch die internationale
Sozialdemokratie! Hoch die Revolution!“ Dieser Ruf wird von
der Versammlung aufgenommen und begeistert wiederholt.

Erst nach einer Weile kann Ellenbogen seine Rede beenden. Er
schließt: Wir werden uns nicht bloß mit dem Kampf im Parla-
ment, mit Demonstrationen auf der Straße begnügen. Wenn die
Vorherrschend unserer Gegner nicht anders zu besiegen ist, dann
werden wir das Proletariat an seine letzte, stärkste, entscheidende
Waffe erinnern: an den Massenstreik. (Stürmischer Beifall.), der
eben ein tausend Jahre altes despotisches Reich in seinen Grund-
festen erschüttert hat. Wenn man so nicht hören will, dann wird
unser gemühtliches, ruhiges, besonnenes Proletariat russisch zu
reden wissen! (Stürmischer Beifall.) Wir haben kein Recht, die
entsetzliche Leidenschaft unserer Brüder in der Werkstatt länger
zurückzuhalten, wenn sie hervorbrechen will, um das Wahlrecht zu
erobern. Ob unser Weg nun zur Nacht oder zur Sonne führt, der
Augenblick der Kleinen Mittel ist vorüber, es gilt, die stärkste
Waffe anzuwenden und den entscheidenden Schlag zu tun. Darum
richten wir an alle unsere Brüder das Mahnwort: Seid würdig des
großen Moments, haltet Euch bereit, das letzte an Euer gutes,
heiliges Recht zu wagen. Hervor österreichisches Proletariat und
bezeuge Deine weltgeschichtliche und weltbewegende Kraft! (Stür-
mischer minutenlang Beifall.)

Die Resolution, die der Referent vorschlägt, hat folgenden
Wortlaut:

„Die österreichische Krise, die die Kraft der Völker ver-
wüster, die Reich, Staat und Länder bis zur Lebensunfähigkeit
lähmt, kann nicht überwunden werden, ohne dass Kurienparlament
und Kurienlandtage beseitigt werden und Raum geschaffen wird
für die Volksvertretung in Staat und Land auf Grund
des allgemeinen, gleichen, direkten und ge-
heimen Wahlrechts.“

Die sogenannte Interessenvertretung ist von der sozialdemo-
kratischen Arbeiterschaft stets als Unrecht und als Vergewaltigung
gebrandmarkt worden, sie ist heute von allen politisch Denkenden
als ein überlebter Bahnhofs, als ein Verbrechen an den Völkern
und am Staate erkannt. Das Nidwert der fünften Kurie hat
das Recht nicht hergesteilt und hat den inneren Widerstand und die
Arbeitsunfähigkeit dieser Kurienparlamente von parlamentarischen
Körperschaften nur gesteigert. Die Lebenslage der Völker Öster-
reichs: die Herstellung nationaler Ordnung und nationaler Fried-

dens durch die eheliche Anerkennung des Rechtes aller Nationen
auf Selbständigkeit und ungehemmte Entwicklung, kann nur ge-
löst werden von einer wirklichen Volksvertretung, die allein den
Mut und die Kraft haben wird, über volksfeindliche Privilegien
und Klientelinteressen hinwegzuschreiten und Raum zu schaffen
für die Umgestaltung und Neugestaltung dieses Staates, dessen
Grundlage, soll er leben können, nur die durchgängige Demokratie
in Gesetzgebung und Verwaltung, dessen Zukunft nur der freie
Nationalitäten-Bundesstaat sein kann.

Der entscheidende Augenblick ist gekommen.
Das gegenwärtige Parlament wird in Kürze sein unrühmliches
Dasein beenden haben. Alles kommt darauf an, ihm die
reitende Tat der Wahlreform abzurufen, die einzige,
die es leisten kann und leisten muß. Das allgemeine,
gleiche Wahlrecht ist von der Krone für Ungarn als notwendiges
Prinzip anerkannt; sie kann die Anerkennung dieser Notwendig-
keit den Völkern Österreichs nicht verweigern. Die Re-
gierung des Herrn Gautsch hat die Wahl, entweder den
engstirnigen Eigenwillen bürokratischer Borniertheit zu über-
winden und selbst die Initiative zur Einführung des gleichen
Wahlrechts zu ergreifen, oder von einem Posten zu verschwinden,
dessen Verantwortung zu tragen sie geistig und moralisch unfähig
ist. In den Tagen, wo die Gewalt Herrschaft des zarischen Abso-
lutismus zusammenbricht unter der Wucht der Empörung der
Völker, die für ihr heiliges Recht kämpfen, könnte in Österreich
nur eine Regierung, die mit verdrehter Verblendung ge-
schlagen wäre, sich unterfangen, dem Anspruch des arbeitenden
Volkes auf das gleiche Recht entgegenzutreten.

In diesem Augenblick erkennt es der Gesamtparteitag als
oberste und heiligste Pflicht der Sozialdemokratie, alles zu tun
und kein Opfer zu scheuen, um zu verhindern, dass diese Stunde
ungenützt verstreiche; um zu verhindern, dass über die Völker
Österreichs der Schreden komme, dass nochmals Neuwahlen ein
Kurienparlament erzeugen, das nochmals die Gefahr entstehe,
dass sechs im Leben der Völker unerfegliche Jahre dem absurd
gewordenen Privilegienparlament geopfert werden.

Der Gesamtparteitag erwartet darum vom Verband der
sozialdemokratischen Abgeordneten, dass er alles daransetzen werde,
um die Wahlreform auf die Tagesordnung des Abgeordneten-
hauses zu setzen, wie sie der einzige Gegenstand ist, der heute
auf der Tagesordnung der österreichischen Öffentlichkeit steht.
Er erwartet, dass die sozialdemokratischen Abgeordneten, wenn es
sein kann, im Einvernehmen mit jenen bürgerlichen Parteien, die
sich ehrlich zum gleichen Wahlrecht bekannt haben, alle parla-
mentarischen Mittel anwenden werden, um dem Parlament und
der Regierung das Gewissen zu schärfen und sie zu veranlassen,
ihre unabwendliche und unvermeidliche Pflicht zu tun: Die Wahl-
reform, das allgemeine und gleiche Wahlrecht, in Angriff zu
nehmen und zu Ende zu führen.

Der Gesamtparteitag fordert zugleich die sozialdemokratische
Arbeiterschaft aller Zungen auf, die parlamentarische Aktion ihrer
Abgeordneten mit aller Kraft zu unterstützen, die Wahlrechts-
bewegung, deren Größe und Wucht von Tag zu Tag wächst,
nicht erlahmen zu lassen, sondern zu steigern.

Der Parteitag fordert die Parteigenossen auf, die Massen-
agitation für das gleiche Recht überall mit stets wachsender Energie
weiterzuführen,

kein Mittel zu verabsäumen, das klare Bewußtsein von
der Notwendigkeit des entscheidenden Kampfes in die Masse zu
tragen,

ihre im Gange befindliche Bewegung rege zu erhalten und
die Energie ihres Entschlusses zu festigen, jedes Opfer zu bringen,
um dem Proletariat die Bedingung seiner politischen, wirtschaft-
lichen und kulturellen Fortentwicklung zu erringen,
schließlich sich bereit zu halten, falls die Herrschenden durch
Einsichtslosigkeit und feige Unfähigkeit, das Notwendige zu tun,
es unumvermeidlich machen sollten, auch den Massenstreik ein-
zutreten zu lassen.

Der Parteitag ist sich der schweren Verantwortung voll
bewußt, die diese Stunde der Entscheidung dem Klassenbewußten
Proletariat Österreichs auferlegt, und erwartet, dass es mit Mut,
Schlagfertigkeit und Ausdauer seine Pflicht tun werde, zum Heile
aller Völker, die nicht länger dulden können, dass
der heutige Zustand sie selbst wie den Staat zu unrühmlichem
Zugrundegehen verdammt.

Dr. Soutub-Prag beantragt angesichts des Sieges der russischen
Revolution diese Resolution, sobald der zweite Referent gesprochen
hat, ohne Diskussion anzunehmen, morgen noch das Referat über
den Massenstreik entgegenzunehmen und dann sofort den Parteitag
zu schließen. (Lebhafte Beifall.) Die Parteiresolution müsse
nun sofort zusammengetreten und beschließen, was zu geschehen habe.

Reichstagsabgeordneter Schumacher-Wien: Die Parteiresolution
hat bereits entschieden! Der Worte sind genug gewechselt, wir
müssen nun zu Taten schreiten! (Stürmischer Beifall.) Seit die
Nachrichten aus Russland vorliegen, ist unser Platz nicht mehr
hier, sondern auf den Straßen Wiens! (Stürmischer minuten-
langer Beifall.) Wir können nicht mehr warten bis zum Zu-
sammentritt des Parlamentes am 21. November. Die Ereignisse
rufen uns s r ü h e r. Wir haben hier nichts mehr zu reden, hinaus,
dorthin, wohin wir gehören, hinaus ins Volk, das wir aufrufen
zur befreienden Tat! (Stürmischer Beifall.)

Dr. Soutub: Wir müssen sofort hinaus in die Fabriken, auf die
Straße, vor das Parlament, vor die Burg! (Stürmischer Beifall.)

Auf Vorschlag des Vorsitzenden Tomšid wird die Sitzung
unterbrochen und sofort eine Sitzung der Gesamtleitung der Partei
abgehalten. In der Pause werden die neuesten Meldungen aus
Russland verlesen und mit hellem Jubel begrüßt.

Nach einer Stunde eröffnet Tomšid die Sitzung wieder mit
folgender Mitteilung: Die Beschlüsse der Exekutive sind gefaßt. Für
heute abend ist eine Demonstration in den Straßen Wiens be-
schlossen. (Stürmischer Beifall.) Gewiß wird keiner von uns fehlen.
(Rufe: Wo kommen wir zusammen?) Wo wir zusammenkommen?
Am Ringe, vor der Burg! (Stürmischer Beifall.)

Remece dankt den Wienern für die Eröffnung des Kampfes.
Auf die Tische könnten sie sich verlassen, sie würden ihnen treu
zur Seite stehen. (Stürmischer Beifall.)

Reichstagsabgeordneter Bernerstorfer: Kein Zweifel mehr, die
russische Revolution hat glorreich gesiegt. Alle Prophezeiungen
der Finsterlinge sind zerschanden geworden. Das russische Volk
hat den Weg zur Freiheit gefunden, er kann ihm nicht mehr ver-
rammelt werden. Wir fiebernden Herzen haben wir den drei-
vierteljährigen Bergweilungskampf verfolgt. Wir im Westen
wissen nur das Allergeringste von diesen Taten der Hingebung, der
Aufopferung, der revolutionären Energie. Nun könnte jemand
kommen und sagen: Na, das ist Russland! Was wollt ihr in
Österreich machen? Nun, der Unterschied ist gar nicht so groß.
War es in Russland brutale Gewalt, so bei uns Hinterlist und
Betrug! (Stürmischer Beifall.) Der Kampf in Russland war ein
Kampf für uns. Der große Sieg im Osten ist ein Sieg auch für
die Völker des Westens. (Stürmischer Beifall.), besonders für die
Österreich-Ungarns. Wir werden in den nächsten Tagen zu zeigen
haben, ob in uns genug ursprüngliche Kraft vorhanden, daß der
Gedanke der Solidarität und der Internationalität stärker ist als
alle Differenzen, daß sich alle Völker Österreichs als gemeinsam
bedrückte Brüder fühlen. (Stürmischer Beifall.)

Im Namen der Gesamtfraktion stellt Redner folgenden Antrag:
„Der Gesamtparteitag der sozialdemokratischen Arbeiter-
partei Österreichs fordert die sofortige Einberufung des öster-
reichischen Reichsrates, dessen Abgeordnetenhaus in dem gegen-
wärtigen Augenblick keine andere Aufgabe hat, als das lang-
jährige Unrecht seiner Existenz zu fühlen und an die Stelle
eines verabscheuungswürdigen Privilegienparlamentes eine wirk-
liche Volksvertretung, aufgebaut auf dem Grundsatze des all-
gemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts zu setzen.“

Der Parteitag erklärt, daß nach dem glorreichen Siege der
russischen Revolution das österreichische Parlament aller Zungen
das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht mit aller Energie
fordern und einschließen ist, allen Versäppungsversuchen, wenn
es sein muß, auch mit den äußersten Mitteln entgegenzutreten.“

Reichstagsabgeordneter Taschnski spricht zunächst polnisch, dann
deutsch folgendes: Parteigenossen! Erlebt haben wir den Augen-
blick, auf den so viele Geschlechter, so viel Kämpfer, so viel Millionen
so lange und so sehnsüchtig gewartet haben. Den Augenblick, wo die
Gewaltherrschaft des Jaren ins Grab sinkt. Und es ergreift uns
ein unermeßliches Gefühl der Erleichterung. Tränen der Freude
möchten wir an diesem Grabe vergießen, wenn wir nicht auch
wüßten, daß diese Tränen sich mit dem frischen Blute unserer
Besten und Edelsten vermischen. (Stürmischer Beifall.) unserer
Besten und Edelsten vermischen. (Stürmischer Beifall.), unserer
haben, deren Galgen nicht durchs Holz bleiben, sondern zu heiligen
Räumen der Freiheit erblühen werden, deren Gefängnisse und
surchtbareren Verbannungsorte zu Bürgersstätten für die künftige freie
Menschheit werden werden. (Stürmischer Beifall.) In den gewal-
tigen Strom der Zeit, den wir jetzt, wir Glücklichen, miterleben,
wird auch der Jammerstaat Österreich wider seinen Willen ge-
schoben. Dieses Österreich der Anechtung, des Unrechtes und der
wilden Ausbrüche eines bösserordenen Chauvinismus (Stür-
mischer Beifall.) muß zu Grabe getragen werden. Für das, was
zu tun ist, können wir keinen besseren Ausdruck finden, als den
Antrag Bernerstorfer: Heraus das Parlament und heraus das
Proletariat auf die Straße! (Stürmischer Beifall.)

Es folgen Ansprachen Bittinis (Italiener), Puschingers
(Ungar) und Melens (Ruthene), die in den Sprachen ihrer Völker
denselben Empfindungen wie der Redner Ausdruck geben. Dann
wird die Resolution der Referenten, ebenso die Resolution
Bernerstorfer einstimmig angenommen.

Die Nachricht läuft ein, daß sich die Wiener Arbeiter schon jetzt
in Massen vor der Redaktion der „Arbeiterzeitung“ sammeln. Auch
aus Brünn kommt die Meldung, daß die Arbeiter auf die Straße
steigen. Diese Mitteilungen werden mit Jubel aufgenommen.
Unter dem Gesang des Sozialistenmarsches und den Rufen: „Auf
Wiedersehen vor der Burg!“ schließt die Sitzung.

Kurz vor Redaktionsschluss erhalten wir folgendes Spezial-
Telegramm aus Wien:

Der Parteitag hat einstimmig beschlossen, daß der Massenstreik
proklamiert wird, wenn das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht noch
länger verweigert wird. 500 Wiener Vertrauensleute beschlossen
einstimmig, daß am Tage der Parlamentseröffnung, am 21. November,
die Wiener Arbeiterschaft unter allgemeiner und vollständiger
Arbeitsruhe eine Kundendemonstration durchzuführen habe. Dies
Beispiel wird auch in anderen Städten befolgt werden. In be-
geisteter Kriegsstimmung wird der Parteitag sodann geschlossen.

Der französische Parteitag.

Chälou-sur-Saône, 20. Oktober.

Der zweite Parteitag des geeinigten französischen Sozialismus
tagt in einer industriellen Gegend, deren Proletariat sich in den
letzten Jahren (seit 1899) zu energischen Klassenaktionen auf-
gerafft hat. In wenigen Jahren ist es gelungen, im Departement
Saône-et-Loire eine der kräftigsten und leistungsfähigsten Organi-
sationen aufzubauen. Der sozialistische Mittelpunkt der Gegend
ist freilich nicht Chälou, sondern Montceau-les-Mines, wo die Berg-
arbeiter den Gemeinderat beherrschen und einen der Jhren, den
Genossen Vouber, in die Deputiertenkammer geschickt haben.

Chälou-sur-Saône ist der Schauplatz der Arbeiterrevue von
1900 (Niederstichung einiger manifestierender Streikenden durch
Bauern). Die Wahl der Stadt zum Parteitagort geschah mit
Rücksicht auf jenes blutige Ereignis. Die geeinigte Partei wollte
gleich bei ihrer Gründung den geprüften Proletariats von Saône-
et-Loire einen Beweis ihrer besonderen Teilnahme und An-
erkennung geben, wie andererseits den Versuch mit einer trübten Ver-
gangenheit markieren, da ein „sozialistischer“ Minister, Herr
Millerand, die Verantwortlichkeit für die Revolte von Chälou mit
übernehmen durfte. Die Arbeiter von Chälou um Umgebung
haben denn auch dem Parteitage einen besonders herzlichen Empfang
bereitet. Die mit dem Abendzug ankommenden Delegierten wurden
am Bahnhof von einer zahlreichen Menge abgeholt, um in einem
Straßenumzug mit klingendem Spiel, zwei lebenden roten
Fahnen und unter dem Absingen der „Internationale“ nach dem
Vorsatz der Versammlung begleitet zu werden.

Die Versammlung

nahm einen glänzenden Verlauf. In der zweiten Zirkushalle war
alles, selbst die Stehplätze, voll. Die Ansprachen der Redner, der
Führer aller ehemaligen Sonderparteien, wurden mit stürmischem,
lebenshaftem Applaus aufgenommen. Der Gedanke der Einig-
keit, der sich wie ein roter Faden durch alle Ansprachen zog,
sah übrigens beim Publikum von Chälou besonders empfängliche
Ohren, da die hiesigen Organisationen ihrer Jugend wegen an den
alten Streitigkeiten fast ganz unbeteiligt waren und keiner der
alten Sonderorganisationen angehört haben. Neben dem
Einigkeitsgedanken galten die Ansprachen namentlich
den kommenden Kammerwahlen und der russischen
Revolution!

Der Vorsitzende Journoud, Sekretär der Föderation von
Saône-et-Loire, erteilte zunächst das Wort zu einer kurzen Be-
grüßung dem Abgeordneten Vouber. Dann verweist Re-
nauvel auf die besondere Bedeutung der Wahlen von 1900
und betont, daß die geeinigte Partei in der Wahlkampagne das
sozialistische Ziel, die Bergesellschaftung der Produktions-
mittel, schärfer denn je in den Vordergrund rücken
werde.

Alle mane feiert die sozialistische Einigkeit als den Motor der
boransreitenden Revolution: Die bürgerlichen Parteien hoffen
vergebens auf unsere Spaltung. Die wenigen Kameraden, die noch
abseits bleiben, werden nicht mehr lange säuankeln. In den nächsten
Wochen werden unsere Gegner die Wirkungen unserer Einigkeit
zu spüren bekommen.

Paul Lafargue begrüßt die Einigkeit als einer der
Älten: Die Einigkeit bietet dem Graulösen die Gewähr, daß auch
sie noch die Wozgenröte der sozialen Revolution erleben werden.
Weiter bespricht Lafargue die Niederlage des Jarrismus im öst-
afrikanischen Kriege und den nahen Sturz der russischen Despotie.
Mit dem Sturz des Jarrismus wird auch die französische Bourgeoisie
in ihrer Position geschwächt. Die 11 Milliarden, die dem Jarentum
geliehen wurden, bekommt das französische Vürgerium nicht mehr
zurück! Die Schuld aber am Ruin der kleinen Inhaber russischer
Papiere tragen die Nationalisten und die bürgerlichen Re-
publikaner aller Richtungen, da sie alle die Republik vor dem Jaren
erniedrigt und aus angeblichem „Patriotismus“ die Allianz mit
dem Despotismus verberichtet haben. Nur die sozialistische Partei
hat gegen die Allianz protestiert, und das französische Volk kann
sich jetzt überzeugen, daß die Sozialisten richtig gehandelt haben.
Damit gewinnt der Sozialismus die Möglichkeit, wirklich eine
nationale Partei, d. h. die Vertretung der ganzen Nation zu
werden. Die Einigkeit wird die Hoffnung zur Wahrheit machen.

Vaillant begrüßt die Einigkeit als das Werkzeug der
sozialen Befreiung. Auch die russische Revolution, die fortan un-
besiegbar ist, wird ebenfalls sozialer wie politischer Natur sein.
Ihr Sieg, der durch die in der Menschheitsgeschichte bisher noch
niemals erreichte Aufopferungsfähigkeit der russischen Revolutionäre
verbürgt wird, muß zur Folge haben: den Untergang der militärisch-
reaktionären Mächte, die Russland umgeben, der Reaktion in
Deutschland, die schon von innen her bedroht ist, und in Öster-
reich, wo eben ein energischer Kampf für das allgemeine Wahlrecht
eingeleitet wird. Die russische Revolution wird für die Revolution
des internationalen Proletariats dieselbe Bedeutung gewinnen, wie
die französische Revolution von 1789 für die Revolution des
Vürgeriums. Werden aber wir Franzosen in der herausfordernden
Entscheidungsstunde unseren Mann stellen können? Die Einig-
keit gibt uns die Gewähr dafür. Trotz des relativen ökonomischen
Rückstandes unseres Landes dürfen wir auf die Aktion eines immer
wachsenden Proletariats rechnen; denn neben dem in verschiedenen

Gegenüber gestreuten industriellen Proletariat haben wir in den letzten Jahren eine aufsteigende Bewegung des ländlichen Proletariats! Die Winger- und Forstarbeiter namentlich haben sich bereits ganz der industriellen Arbeiterbewegung angeschlossen. Dann ist bei uns im Eulengebiet eine Wasserkräft-Industrie, die derjenigen der Kohlengebiete nicht nachsehen und Frankreich mit einem Gürtel neuer proletarischer Herde umgeben wird. Saillant schließt mit der festen Hoffnung auf die nahe internationale Revolution des Proletariats, deren wirksamstes Werkzeug in Frankreich die sozialistische Einigkeit sein wird.

Jaurès schließt sich den revolutionären Hoffnungen der Vorkämpfer an: Das proletarische Bewusstsein wird immer stärker, immer zielbewusster. Das Proletariat trägt das Lebensprinzip in der neuen Gesellschaft bereit, in sich. Es verkörpert die Kraft der Arbeit und die Verehrung der Wissenschaft. Das Proletariat ist imstande, die neue Gesellschaft, die auf der durch die Wissenschaft geregelten Arbeit beruhen wird, ins Leben zu rufen. Dadurch würde das Proletariat zugleich die gesamte Menschheit befreien. Man kann sagen, daß fast alle Menschen, ja, daß alle Menschen unter dem kapitalistischen Regime leiden. Der Sozialismus wird also alle Menschen befreien. Aber im Proletariat ruht der Mittelpunkt des allgemeinen Leidens. Deshalb wird die Arbeiterklasse zur Klasse der universellen Revolution, der universellen Zivilisation. In der auswärtigen Politik ist das Eingreifen des Proletariats von höchster Bedeutung. Saillant hat die europäische Lage treffend gezeichnet. Es ist in der Tat eine europäische Revolution im Anzuge. Ueberall erstarkt der Kampf um die Demokratie. Trotzdem sehen wir gleichzeitig überall — in England wie in Deutschland, in Deutschland wie in Frankreich — ein Heben zum Krieg! Durch den Krieg will man eben die europäische Revolution durchkreuzen! Wenn wir den Krieg verwerfen, so nicht aus Feigheit, aus Furcht, sondern weil wir nicht die Geschäfte der herrschenden Klassen besorgen wollen, die — um sich vor dem Untergang zu retten — der Revolution durch den Krieg vorbeugen möchten. (Stürmischer Beifall.) In diesem Sinne, zum Zweck der sozialen und allgemein-menschlichen Befreiung haben wir die sozialistische Einigkeit begründet als eine Sektion und ein Organ der proletarischen Internationale. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Will man begrüßt die Einigkeit und die russische Revolution. Jules Guesde betont den Gedanken, daß die Einigkeit das französische Proletariat dringender denn je verpflichtet, die nötige Energie zu entwickeln: Wie lange werden noch die Arbeiter auf Reformen warten, anstatt sie selbst zu machen? Sie haben doch dazu alle Mittel in der Hand. Ein Bourgeois vor 1848 würde unmöglich begriffen haben, wenn man ihm gesagt hätte, daß das Proletariat das allgemeine Wahlrecht dazu benutzen werde, die Herrschaft der Bourgeoisie zu befestigen, ihre ökonomische Herrschaft in politische umschlagen zu lassen, den Herrn der Fabrik auch noch zum Herrn des Parlaments, der Regierung, der Gerichtsgewalt zu machen. Das Proletariat braucht nur zu wollen, um durch den Stimmzettel die Reform der Reformen zu verwirklichen: — die politische Enteignung der Bourgeoisie. Die Erreichung dieses Zweckes wird durch die Einigkeit erleichtert. Guesde schließt mit der Hoffnung, daß die nächste Wahlkampf, dank der Einigkeit, mindestens das Vorbild des proletarischen Endzieles sein wird. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Die imposante Versammlung endete hier unter den Klängen der „Internationale“.

Erster Tag, Vormittags 10 Uhr.
Die Tagesordnung

- enthält folgende Punkte:
1. Bericht des Nationalrates.
 2. Bericht der sozialistischen Kammerfraktion.
 3. Die Wahlaktion der Partei: die Senats- und Kammerwahlen von 1906.
 4. Der Achtstundentag, der 1. Mai.
 5. Organisation der Propaganda.
 6. Wahl des ständigen Ausschusses.
 7. Sitz des nächsten Parteitag.
- Der Kongreß beginnt seine Arbeiten mit dem einstimmigen Votum einer Sympathie-Adresse an das russische und polnische Proletariat, deren Text von Lorfargue verfaßt wurde. Nach Erledigung einiger geschäftlichen Angelegenheiten entspinnt sich eine längere Debatte über den Vorschlag von Rappoport: für die Öffentlichkeit der Kongreßverhandlungen. Der ständige Ver-

waltungsausschuß hat beschloffen, nur die Parteipresse zu den Verhandlungen zuzulassen, im übrigen den Vorkämpfern offizielle Mitteilungen zuzulassen. Die Abstimmung soll vorgenommen werden, nachdem die Mandatsprüfungskommission ihren Bericht fertiggestellt hat. Es sind bisher 296 Mandate geprüft und für gültig erklärt. (Die Abstimmung geschieht nach Mandaten.) Die Öffentlichkeit der Kongreßverhandlungen wird sodann mit 179 gegen 101 Mandaten beschloffen.

Begrüßung sind eingegangen von der deutschen Sozialdemokratie, vom Internationalen Sozialistischen Bureau, von der Italienischen Sozialistischen Partei, vom Genossen Enrico Ferri, von der russischen Sozialdemokratie („Mehrheit“) und vom ausländischen Komitee des Jüdischen Arbeiterbundes.

Erster Tag, Nachmittags 2 1/2 Uhr.
Bericht des Nationalrates.

Der Bericht ist in der letzten Nummer des „Socialiste“ veröffentlicht und unter den Delegierten verteilt worden. An der Hand der Tatsachen zeigt der Bericht den guten Fortschritt des Einigungswerkes. Die bekannte Abspaltung eines Teiles der sozialistischen Kammerfraktion hat tatsächlich keinerlei erheblichen spaltenden Einfluß auf die Organisationen ausgeübt. Der Partei sind übrigens 88 Deputierte beigetreten, bei einer Gesamtzahl von 51 sozialistischen Deputierten. Seit dem Einigungskongreß vom April 1905 beträgt die Zahl der beitragenden Mitglieder 34 688, welche insgesamt für 5552 Fr. 80 Cts. Mitglieds-Jahresarten und Monatsmarken gelöst haben. Die Parteigruppen haben dem wöchentlichen Zentralorgan „Socialiste“ 1548 Abonnements verschafft. An Wahlerfolgen bezieht der Bericht namentlich die Wahl des Genossen Roblin durch die Forstarbeiter der Nièvre, die große Stimmzahl des Genossen Bélin in Valenciennes und die Wahl von vier Genossen in den Gemeinderat von Toulouse, was die Erhebung des ganzen Gemeinderats zum Raßteil der Radikalen erhoffen läßt.

Die Partei besitzt 40 Zeitungen in 36 Föderationen, darunter ein Tagesblatt in Grenoble, drei zweimal wöchentlich, ein zweimal im Monat erscheinendes; alle übrigen sind Wochenblätter. Die Gesamtauflage dieser Mäglichkeiten wird auf rund 100 000 angegeben.

An der Agitation hat sich der Nationalrat in erheblichem Maße beteiligt. Auf seine Initiative oder unter seiner Mitwirkung sind in der kurzen Zeit 255 Versammlungen, d. h. nahezu 2 täglich, organisiert worden. Die meisten Versammlungen (57) hat Renaudel abgehalten, dann folgen Mager mit 30, Guesde mit 29, Roland mit 19, Meslier mit 16, Uhr mit 14, Dubreuilh, Grollet mit je 13, Grac mit 12 Versammlungen usw. Auch der Nationalrat funktioniert zur allgemeinen Zufriedenheit. Der Zusammenhang der Gesamtpartei wird durch den Nationalrat wirksam gefördert. In den zwei Plenarversammlungen vom Juli und September haben sich 30 Föderationen durch ihre eigenen Deute (nicht durch Pariser Ersatzmänner) trotz der damit verbundenen Verhauungen beteiligt. Zum Schluß verweist der Bericht auf die internationale Aktion der Partei, namentlich auf das Eintreten von Jaurès und Saillant im Internationalen Sozialistischen Bureau für eine gemeinsame internationale Aktion gegen den Krieg, sowie auf die Agitation der Partei gegen den Jaurismus.

Dubreuilh, Parteisekretär, gibt ein paar kurze mündliche Ergänzungen zum gedruckten Bericht.

Nach kurzer Debatte wird der Bericht einstimmig genehmigt. Die Debatte über die Loire-Streitigkeiten wird verschoben bis zur Ankunft der dortigen Parteidelegierten.

Bericht der Kammerfraktion.

Abg. Déjeante verliest einen kurzen schriftlichen Bericht. Er verweist im einzelnen auf die erfolgreichen Bemühungen der Fraktion, gegen kriegerische Stimmungen zu wirken, auf ihre Aktion in Gemeinschaft mit der Gruppe des Pariser Gemeinderats gegen die Absichten der Regierung: die Pariser Arbeitsbüros zu schließen, sowie auf die Entsendung des Genossen Jaurès nach Berlin zur Protestversammlung gegen die bourgeoise Kriegshatz. Der summarische Bericht erregt eine lebhaftige Debatte. Erstens wird moniert, daß die Fraktion den Statuten zuwider ihren Bericht nicht rechtzeitig in gedruckter Form den Föderationen zugestellt hat. Besonders energisch aber wird von mehreren Delegierten (früheren Bundesdeputierten) die allgemeine Haltung der Fraktion kritisiert. Ihr wird vorgeworfen, sich nicht deutlich genug von den Bloc-Gruppen zu unterscheiden, die Arbeiterfragen zu vernachlässigen, die Gewalttaten der Regierung gegen die Arbeiterklasse nicht mit dem nötigen Nachdruck oder gar nicht zur Sprache zu bringen. Ferner wird

die mangelhafte Beteiligung der Fraktion an der Agitation moniert. Den Kritikern antworten die Abg. Contant und Saillant: Letzterer verweist auf die von der Fraktion eingebrachten Interpellationen über antiproletarische Gewalttaten der Regierung sowie auf die sozialpolitische Tätigkeit der Fraktion. Die Kritiker, meint Saillant, hätten offenbar die Parlamentsdebatten nachlässig verfolgt. Die Debatte schließt mit der Genehmigung des Fraktionsberichts, worauf folgende Anträge votiert werden:

1. Antrag Dormoh, der die Fraktion einladet, eine Interpellation über die Verfolgung der antimilitaristischen Aktion einzubringen.
2. Antrag Laprofilère, der die Kammerdebatte über die Verfolgung der Arbeitsbüros mit dem nötigen Nachdruck geführt sehen will.
3. Antrag Grados und Osmin, der in Gemäßheit der Parteiprinzipien verlangt, daß die parlamentarische Aktion im gleichen revolutionären Geiste gehalten werde wie die Aktion im Lande und daß sie namentlich jeder parlamentarischen Intrigue und jeder ministeriellen Kombination fernbleibe.
4. Ein Antrag, der die Fraktion einladet, die Abschaffung der Ausnahme-gesetze von 1893 und 1894 (gegen die „Anarchisten“) von neuem zu verlangen, nachdem jene Gesetze soeben gegen die antimilitaristische Aktion in Anwendung gebracht worden sind!

Der Vorsitzende verliest Begrüßungsdepeschen der spanischen Partei, der russischen Partei, der Sozialisten-Revolutionäre, des Genossen Plechanoff und mehrere französischer Parteigenossen. — Der Organisationsstreit im Loire-Departement führt zu einer ausgedehnten Debatte, die zum Teil einen erregten Verlauf nimmt. Schließlich wird der Beschluß des Partei-Ausschusses zum Kongreßbeschluß erhoben mit der Maßgabe, daß der Ausschuß den Delegierten der autonomen Föderation Aufschluß zu geben hat über die statutenmäßigen Bedingungen des Beitritts zur Partei.

Den Finanzbericht erstattet Camélinat: Seit dem 1. Mai d. J. wurden verkauft rund 12 000 Jahres-Mitgliedsarten und 90 000 Monatsmarken. Bilanz der Parteibuchhaltung: Einnahmen 2152 Fr. 40 Cts., Ausgaben 1404 Fr. 50 Cts. Der „Socialiste“ dagegen ergibt ein Defizit von 825 Fr. 65 Cts. Und zwar hatte das Zentralorgan 6263 Fr. 25 Cts. Einnahmen, andererseits Ausgaben im Betrage von 4987 Fr. 70 Cts. und Schäden im Betrage von 2100 Fr. Die Gesamtbilanz seit dem 1. Mai 1905: Aktiva 6463 Fr. 55 Cts., Passiva 7444 Fr. 55 Cts. Im Vergleich mit dem Stand der Finanzen vor einem halben Jahre ist eine Verminderung des Defizits um 445 Fr. zu verzeichnen. Das Defizit wird übrigens durch die ausstehenden Beiträge der Kammerfraktion gedeckt. (1)

Der Finanzbericht wird nach kurzer Debatte genehmigt und auf den Antrag von Lafargue wird für die Zukunft beschloffen: durch den Nationalrat eine Kontrollkommission ernennen zu lassen, die vor dem Parteitag den Kassenstand zu prüfen hat.

Vor Schluß der Sitzung wird unter anderem noch ein Antrag zugunsten des Koalitionsrechts aller Staatsbeamten votiert.

Schluß der Sitzung 5 1/2 Uhr.

Verband der Eisenbahnen Deutschlands, Zweigverein Berlin und Vorort. Donnerstag, den 2. d. M., abends 10 Uhr, im „Rosenhäger Hof“, Rosenhägerstr. 11/12: Kombinierte General-Versammlung.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der holländischen Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 65-70 pr. 100 Pfund, IIa 57-64, IIIa 50-55, IVa 40-48. Kalbfleisch Ia 85-90, IIa 73-82, IIIa 58-70, Hammelfleisch Ia 63-73, IIa 48-58, Schweinefleisch 68-75. Rotwild I 45-53 II. Gänse 3,50-4,00, klein 1,75-3,00. Raminchen I 0,50-1,00. Krammetvögel 0,25 Bf. Rebhühner, junge Ia 0,20 bis 1,20, junge IIa 0,90-0,00, junge Reine 0,00-0,00, alte Ia 0,65-0,80, alte IIa 0,00-0,00. Dohner, alte 0,90-1,70, junge 1,00-1,20 das Stüd. Tauben, junge 0,45-0,60, alte 0,35-0,47. Enten, junge 1,25-2,45. Gänse Ia, 3,50-5,00, IIa 2,50-3,50 der Stüd, Ia 0,25-0,63, IIa 0,41-0,55 per Pfund. Rechte 75-82 R. Schelle, unkerl. 100 R. Kote, groß 00-00, mittel 75 R. Wähen 00-00 R. Karpen 73-74 R. Lachs 106 R. Schellfische 24-25 R. Runder 00 R. pro 100 Pfund. Schottische Vollbringe (gelassen) 35-38 R. Krebse, Reine, Schod 4,00 R., unkerlert 0,00 R. Eier, Schod 0,00. Butter pro 100 Pfund Ia 120-124, IIa 114-120, IIIa 110-114, abfallende 100-110. Kartoffeln pr. 100 Bf. rote 2,00-2,20, Rotein 0,00-0,00 blaue 0,00-0,00, runde weiße 1,80-2,00. Weizenmehl pr. Schod 4,00-8,00, Weizenmehl 6,00-8,00, Koltsch 4,00-8,00, holl. 0,00-0,00 R. Saure Gurken, neue, Schod 2,-.

Wasserstand am 31. Oktober. Elbe bei Wusth + 0,25 Meter, bei Dresden - 1,14 Meter, bei Magdeburg + 1,78 Meter. — Untrui bei Straubhüt + 1,40 Meter. — Oder bei Halber + 1,20 Meter, bei Breslau Oberpegel + 4,96 Meter, bei Breslau Unterpegel - 1,18 Meter, bei Frankfurt + 1,35 Meter. — Weichsel bei Braunschwand + 2,84 Meter. — Warthe bei Posen + 0,72 Meter. — Nebe bei Wsh + 1,12 Meter.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Todes-Anzeige.
Am 30. Oktober verstarb unser Mitglied, der Zimmermann
Robert Riegel
Geburtsort: 8.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags um 3 Uhr, vom Trauerhause aus nach dem Dankehof, Wankelstraße, statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
250/10 Der Vorstand.

Am Dienstag, den 31. Oktober, morgens 2 1/2 Uhr, entschlief nach langen schweren Leiden meine liebe Frau und unsere gute Mutter
Auguste Zabel
im 51. Lebensjahre.
Dies zeigen bekräftigt mit der Bitte um stille Teilnahme an
Max Zabel u. Kinder.
Berlin, den 1. November 1905.
Lieserstr. 12. 1316
Die Beerdigung findet am Freitag, den 3. November, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Dankehof-Kirchhofes, Reinholdsdorf-West, Wankelstraße, aus statt.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler.
Ordnungsverwaltung Berlin II.
Hierdurch zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Malerarbeiter
Otto Arndt
am Montag, den 30. Oktober, sanft entschlafen ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 2. November, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes in Rudow aus statt.
184/17
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Die Ordnungsverwaltung.

Orts-Krankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute u. Apotheker.
Freitag, den 10. November 1905, abends 8 1/2 Uhr, in Frankes Postallen, Sebastianstr. 39:
Ordentliche General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Genehmigung von Beiträgen.
2. Wahl der Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung für 1905.
3. Wahl von:
a) 4 Vorstandsmitgliedern aus den Reihen der Arbeitnehmer bis Ende 1906.
b) 2 Vorstandsmitgliedern aus den Reihen der Arbeitgeber bis Ende 1906.
4. Erlohnwahl von 1 Vorstandsmitglied aus den Reihen der Arbeitnehmer bis Ende 1906.
5. Verschiedene Mitteilungen.
Der Vorstand. 1185
R. Ränberg, G. Philippsohn, Vorsitzender, Schriftführer.

Verein der Töpfer Berlins u. Umgegend
Die Vertrauensmänner-Sitzung fällt wegen der am Freitag, den 3. November, stattfindenden öffentlichen Versammlung aus.
Gleichzeitig werden die Kollegen, die Mitglieder des Gesangsvereins „Frei“ sind, ersucht, die Übungsstunde am Freitag ausfallen zu lassen.
Hübners Weg.
Zähne 2 M.
an — Umarbeitung (schmerzlos) Gebisse.
Reparaturen. Kronen 1,50 R. Zahnoperationen mit deutscher Beläubung 1 R. Zahnärztliche Annehmlichkeiten. Beliebige Teilzahlung.
Garantie für tabellofen Sitz. **Emil Schaefer.**
Seit 9 Jahren nur Urbanstr. 133. vis-a-vis der Reichsbank.
4702L

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer.
(E. S. Nr. 2, Hamburg.)
Todes-Anzeige.
Am Montag verstarb unser Mitglied
Robert Riegel
im Alter von 31 Jahren.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 3. November, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause Köhlnerstraße 8 aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
250/13 Der Vorstand.

Berliner Kranken-Unterstützungs- und Begräbnis-Verein für Frauen und Mädchen.
Am 31. Oktober verstarb unser langjähriges treues Mitglied, Frau
Auguste Zabel
im Alter von 50 Jahren.
Ehre ihrem Andenken!
Der Vorstand.
J. H.: Karl Müller, Vorsitzender, Waldemarstr. 43.

Dankjagung.
Für die herzliche Teilnahme sowie die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres guten Vaters
49022
Hermann Miellitz
lagen mir allen Teilnehmern, insbesondere den Herren Karl Müller, G. S. Schüpe, Kimpel u. Friedrich, dem Deutschen Holzarbeiter-Verband, dem Spar- und Vorschuß-Verein „Sozialia“, unserer herzlichsten Dank.
Witwe Miellitz nebst Kindern.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Vaters lagen mir allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie dem Tischlerverein unseren herzlichsten Dank.
1216
Die Kinder des entschlossenen Herrn Diesener.

Arm und Reich
4892L
Alles gleich!
Jeder raucht sie mit Behag. 500 Stok. mit so sehr bel. Havannillo, 9 cm lang, ff. Sumatra u. Java, vorzügl. im Brand und Geschmack, versende von jetzt ab bis Weihnachten 1 nur 7 Mk. geg. Nachn. franko! Ueber 2500 Lohschreiben aus allen Ständen sind mir zugegangen. Garantie: Rücknahme. Adr. lautet:
Hud. Tresp, Zigarrenf., Neustadt W.-Pr. Postf. Nr. 300
Preislisten grat u. franko!

„Stoffe“ Fertige Röcke.
Stoffe zu Kostümen, Regenröcken, Sportröcken.
♦♦ Stoffe zu Damenpaletots, Eskimo, Astrachan, Breitschwanz, ♦♦ fertige Paletots kaufen Sie billig in der Werkstatt Pankstr. 16a, I, kein Laden.
Steppdecken
4893L
Gelegenheitskauf!
Bunt Kattun Ersatz f. Deckbett 2⁵⁰
Similiseide in den Farben 4⁸⁵ 6⁷⁵
Wollatlas rot, blau, oliv 5²⁵ 7⁵⁰
Bunte Normal-Schlafdecken 1⁵⁰ 2⁵⁰ 3⁵⁰
Wolldecken ganz dick 3⁰⁰ 4⁰⁰ fehlertreu 3⁰⁰ 4⁰⁰
Spezial-Haus **Emil Lefevre,** Oranienstraße 158, Berlin S.

Verein der Zimmerer Berlins und Umgegend.
Todes-Anzeige.
Am Dienstag, den 31. v. M., verstarb unser langjähriges Mitglied
Robert Riegel
(Zahlstelle Wedding).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 3. d. M., nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause Köhlnerstr. 8, aus nach dem Dankehof-Kirchhof in Reinholdsdorf-West statt.
Abzahlreiche Beteiligung erwartet
258/12 Der Vorstand.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.
Ordnungsverwaltung Berlin.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Frau unseres Kollegen
Zabel,
Lieser-Str. 12, am 31. Oktober verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 3. November, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Dankehof-Kirchhofes, Wankelstraße, Reinholdsdorf-West, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
70/7 Die Ordnungsverwaltung, J. H.: Emil Kerfing.

Reichel's Hustentropfen
unübertroffen wirksam gegen
Kuften, Heiserkeit, Verschleimung Halsschmerz, sowie alle Beschwerden der Atmungsorgane. 50 Pfg.
Gibt nur wenn mit Waite, „Medico“ verschrieben. Erhältlich in den Drogerien und bei
Otto Reichel, Eberhardstr. 4

Zahn-Klinik. Preise beliebige Teilzahlung. Invalidentherapie.
Olga Jacobson, Preisliste grat u. franko! StraÙe 145.

Sichere Existenz f. Parteigenossen!
Ein in Brandenburg a. H. seit 32 Jahren bestehendes, vom Inhaber seit 18 Jahren selbst betriebenes **Restaurations-Grundstück** nebst Inventar ist unantastbar für den Preis von 24 000 R. sofort zu verkaufen. Anzahlung 5-6000 R. Restantien belieben Anfragen unter C. F. 1000 an H. Gosspodar, Annoncen-Expedit., Brandenburg a. H., einzulenden.
Bier her!
Culmbacher . . . 30 Bf. 3.- R.
Deutscher Porter . . . 16 „ 3.- „
Märzen-Vorsand . . . 30 „ 2,25 „
Tafel-Malz, bezgl. empf. 30 „ 3.- „
ff. Weißbier (G. Landes) 30 „ 2,25 „
Weizenmalz (H. Wern) 30 „ 2,25 „
Tafelb. ff. (Gümb. W.) 30 „ 2,50 „
Berl. Bst. gemälte Grundb. Wandfrei.
Bierkellerei Alexandrinerstr. 5a.
* Telefon IV, 8171.
Kranz- und Blumenbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2, Vereins-Straße, Balken- u. Blumenarrangements, Tafelb., Günstanden, usw. werden fein u. preiswert geliefert

WARENHAUS A. WERTHEIM

Gemüse-Konserven

Stangen-Spargel extra stark	1/2 Dose 1.75 Mk.	Schoten extra fein	1/2 Dose 90 Pf.	Wachsbohnen	1/2 " 45 Pf.
Stangen-Spargel extra stark	1/2 " 93 Pf.	Schoten I	1/2 " 80 Pf.	Stangen-Spargel II	1/2 Dose 1.20
Stangen-Spargel Ia	1/2 " 1.35 Mk.	Schoten I	1/2 " 45 Pf.	Feine Schoten	1/2 " 52 Pf.
Stangen-Spargel Ia	1/2 " 73 Pf.	Schoten	1/2 " 38 Pf.	Junge Schoten	1/2 " 48 Pf.
Riesenbruchspargel	1/2 " 1.35 Mk.	Gemischtes Gemüse	1/2 " 65 Pf.	Stangen-Spargel III	1/2 " 80 Pf.
Riesenbruchspargel	1/2 " 73 Pf.	Gemischtes Gemüse	1/2 " 38 Pf.	Stangen-Spargel III	1/2 " 45 Pf.
Bruchspargel extra stark	1/2 " 1.20 Mk.	Gemischtes Gemüse I	1/2 " 95 Pf.	Bruchspargel I	1/2 " 85 Pf.
Bruchspargel extra stark	1/2 " 65 Pf.	Gemischtes Gemüse I	1/2 " 53 Pf.	Bruchspargel I	1/2 " 48 Pf.
Bruchspargel	1/2 " 70 Pf.	Gemischtes Gemüse extra fein	1/2 " 1.25 Mk.	Spinat	1/2 " 45 Pf.
Bruchspargel ohne Köpfe	1/2 " 58 Pf.	Gemischtes Gemüse extra fein	1/2 " 68 Pf.	Spinat	1/2 " 28 Pf.
Bruchspargel ohne Köpfe	1/2 " 34 Pf.	Wirsingkohl	1/2 " 35 Pf.	Pfefferlinge	1/2 " 48 Pf.
Abschnittspargel	1/2 " 38 Pf.	Wirsingkohl	1/2 " 23 Pf.		
Abschnittspargel	1/2 " 24 Pf.	Weisskohl	1/2 " 35 Pf.		
Brech- u. Schneidebohnen	1/2 " 24 Pf.	Weisskohl	1/2 " 23 Pf.		
Brech- u. Schneidebohnen	ca. 3 Pfd. 35 Pf.	Tomatenpuree	1/2 " 70 Pf.		
Brech- u. Schneidebohnen	ca. 5 Pfd. 58 Pf.	Tomatenpuree	1/2 " 40 Pf.		
Schoten u. Karotten	1/2 Dose 60 Pf.	Tomaten ganze Frucht	1/2 " 70 Pf.		
Schoten u. Karotten	1/2 " 35 Pf.	Tomaten ganze Frucht	1/2 " 40 Pf.		

Früchte-Konserven

Saure Kirschen ohne Steine	1/2 Dose 95 Pf.	Johannisbeeren rot	1/2 Dose 68 Pf.	Dunstfrüchte mit Zucker	
Saure Kirschen ohne Steine	1/2 " 53 Pf.	Johannisbeeren rot	1/2 " 40 Pf.	Kirschen ohne Steine	Glas 72 Pf.
Saure Kirschen mit Steinen	1/2 " 65 Pf.	Heidelbeeren	1/2 " 58 Pf.	Himbeeren	Glas 90 Pf.
Saure Kirschen mit Steinen	1/2 " 38 Pf.	Heidelbeeren	1/2 " 35 Pf.	Aprikosen halbe Frucht	Glas 1.40 Mk.
Himbeeren	1/2 " 1.20	Stachelbeeren	1/2 " 65 Pf.	Pfirsiche halbe Frucht	Glas 1.40 Mk.
Himbeeren	1/2 " 65 Pf.	Stachelbeeren	1/2 " 38 Pf.		
Aprikosen halbe Frucht	1/2 " 1.20	Birnen weiss und rot	1/2 " 65 Pf.	Deutsche Marmelade	Aprikosen, Himbeer,
Aprikosen halbe Frucht	1/2 " 65 Pf.	Birnen weiss und rot	1/2 " 38 Pf.	Erdbeer, Johannisbeer, à Topf	
Melange Früchte	1/2 " 1.10	Pflaumen ganze Frucht	1/2 " 45 Pf.	Zwetschen u. Kirschen, ca. 1 Pfd.	58 Pf.
Melange Früchte	1/2 " 60 Pf.	Preisselbeeren	1/2 " 65 Pf.	Gemischte Marmelade	Kasserollen ca. 3 Pfund 90 Pf.
Mirabellen	1/2 " 65 Pf.	Dunstfrüchte	Stachelbeeren, Johannisbeeren, rot, Pflaumen ohne Steine, Kirschen mit Steinen, Heidelbeeren, Birnen Glas 55 Pf.	Rheinisch Kraut Dose ca. 1 Pfund	45 Pf.
Mirabellen	1/2 " 38 Pf.			Pflaumen in Zucker	1/2 Glas 50 Pf.

Fisch-Konserven

Französische Oelsardinen:	Oelsardinen „Martell“	1/2 Dose 45 Pf.	Delikatess-Heringe	1/2 Dose 52 Pf.	
Marke „Chancerelles Frères“	1/2 Dose 85 Pf.		Russ. Sardinen u. Anchovis	Glas 25 Pf.	
Marke „Chancerelles Frères“	1/2 " 1.40 Mk.	Bratheringe	Dose 47 Pf.	Appetit Sild	Dose 40 Pf.
Marke „Amieux Frères“	1/2 " 90 Pf.	Bismarckheringe	" 47 Pf.	Neunaugen	" 95 Pf.
Marke „Amieux Frères“	1/2 " 1.50 Mk.	Heringe in Aspik	" 40 Pf.	Nordseekrabben	1/2 Dose 65 Pf.
Oelsardinen „La Rose“	1/2 " 35 Pf.	Delikatess-Heringe	1/2 Dose 83 Pf.	Nordseekrabben	1/2 " 35 Pf.

Dörrgemüse

Bohnen	Pfund 1.60	Grünkohl	Pfund 90 Pf.
Julienne I	Pfund 1 Mk.	Wirsingkohl	Pfund 1.10
Julienne II	Pfund 60 Pf.	Spinat	Pfund 1.80
Karotten	Pfund 50 Pf.	Russische Schoten	Pfund 1.80

Gebrannter Kaffee	in 1/2 und 1/3 Pfund-Packung		
	Mischung II	III	IV
	Pfund 95 Pf.	1.10	1.35

Deutscher Kakao	Pfund 90 Pf.	1.15 Mk.
Holländischer Kakao	Pfund 1.80,	2.10 Mk.

Junge Gänse
Pfund 60 u. 63 Pf.

Cervelatwurst in Rinddarm Pfd. 1.25
Salamiwurst in Rinddarm Pfd. 1.25

Ananas Pfund 68 Pf.

In den Geschäftshäusern Leipziger u. Rosenthaler Strasse sind die neuen Verkaufsräume der Lebensmittel-Abteilung eröffnet.

Die Kommunal-Wahlen.

Eine Kommunalwähler-Versammlung für den 20. und 21. Kommunal-Wahlbezirk tagte am 31. Oktober im Etablissement „Alhambra“ in der Wallnertheaterstraße. Stadtv. Schubert, der das Referat übernommen hatte, übte scharfe Kritik an unserem veralteten Städte-recht, das sich angesichts der ungeheuren wirtschaftspolitischen Entwicklung des letzten halben Jahrhunderts längst überlebt habe. Eingehend auf das sozialdemokratische Kommunalprogramm, behandelte Redner namentlich das Schulwesen. Er begründete in trefflichen Ausführungen die Forderungen einer allgemeinen und wirklichen Volksschule, wie sie die Sozialdemokratie wünscht. Diefen und den anderen, dem Ausbau des Volksschulwesens dienenden Bestrebungen der kulturfördernden Sozialdemokratie hält er entgegen die Gleichgültigkeit der herrschenden Kreise gegen-über den Kindern des Volkes, für deren Bildung und Erziehung nach ihrem Willen möglichst wenig gesorgt würde. Die liberale Mehrheit im Berliner „Roten Hause“ kam bei den kritischen Darlegungen des Redners, dies Gebiet betreffend, schlecht weg. Dem Berlin mit seinem Millionenetat für Kindererholungsheime einige hundert Mark ausgeben solle, dann werde erst lange gerechnet, ob die Großstadt dies auch vertragen könne; aber 20 000 M. und noch viel mehr würden mit geradezu staunenswerter Konkalanzen fortgegeben, wenn es sich darum handelte, Fürsichtleiten, die dem Berliner Hofe einen privaten Besuch abstatteten, festlich zu empfangen. Zum Schluß feuerte Genosse Schubert in herediten Worten die Versammlung dazu an, dafür zu sorgen, daß die dritte Abteilung der Sozialdemokratie zusalle, daß Männer gewählt würden, die dem Empfinden des Volkes nahe ständen; im 20. Bezirk der Genosse Waldeck Ranasse und im 21. Bezirk der Genosse Wille. (Großer Beifall.)

Genosse Waldeck Ranasse als Kandidat des 20. Bezirks hielt dann eine begeisterte Ansprache, in der er hervorhob, daß es sich bei der Wahl nicht um die Person handle. Wer für ihn stimme, der wähle damit ein bestimmtes Prinzip, eine Schlaglinie, die sozialdemokratische. Dem Freisinn als einer politischen Zwischenstufe prophezeite er, daß er gerieben werden würde, soweit es noch nicht der Fall wäre, und daß man schon jetzt sagen könne, der vorwärtsdrängenden Sozialdemokratie stehe eine einzige reaktionäre Masse gegenüber. Er betonte unter anderem auch, wie ungeheuerlich es sei, daß man auf Grund der Gemeindegeseßgebung den noch mit dem Verluste des Wahlrechts bestrafe, der im Dienste des Kapitalismus krank geworden oder sonst durch die Schuld der heutigen Gesellschaft in Not geraten sei. Nachdem Ranasse mit eindringlicher Rede dafür eingetreten war, daß alles, was Menschenanständig trage, die Sonnenfeste des Lebens beitreten und auch die gleiche Bildung des Wissens und Charakters erhalten solle, wandte er sich noch der Kritik eines Flugblattes zu, das für seinen Gegner im Bezirk eintritt. Es werde darin eine Art positiver Bismarckerei betrieben, indem aufgeführt werde, was Babel auf dem Dresdener Parteitag gesagt habe. Das habe denn das mit diesem Kommunalwahlkampf zu tun. Neben dem großen gewaltigen Ziel für die Zukunft habe ja die Sozialdemokratie das Ziel, mitzuwirken innerhalb der heutigen Gesellschaft, soweit es geht. Und da greife auch unser Gemeindeprogramm ein. Mit einem begeisterten Aufruf zum Wahlkampf schloß Genosse Ranasse unter lebhaftem Beifall.

Genosse Wittenberg wandte sich an die anwesenden kaufmännischen Angestellten, indem er ihnen unter ihrer Zustimmung vorführte, daß gerade die Sozialdemokratie stets ihre Interessen gewahrt habe. — Darauf trat nach einigen Mitteilungen bezüglich der Wahlbewegung Schluß der Versammlung ein.

30. Kommunal-Wahlbezirk. In der öffentlichen Wählerver-sammlung, die am Dienstag in den Poruffia-Sälen in der Ader-strasse tagte, hielt Stadtverordneter Dr. Behl einen lehrreichen, besonders auch grundsätzliche Aufklärung bietenden Vortrag über „Die Herren im roten Hause“, die äußerlich wohl nach Fraktionen ge-trennt, sich keineswegs durch prinzipielle Auffassung der Kommunal-politik unterscheiden, und, sobald es sich um prinzipielle Fragen handelt, alle einig sind in der krämerhaften Geldsackpolitik, die Interessen einzelner über das allgemeine Interesse der Bevölkerung zu stellen, entgegen dem Grundfah der Sozialdemokratie, wonach die Gemeinde als eine soziale Gemeinschaft aufzufassen ist. Als auf ein treffendes Beispiel dieser Tatsache, wies der Redner darauf hin, daß sämtliche bürgerliche Stadtverordnete mit einer ein-zigen Ausnahme gegen den während der Aussperrung in der Elektri-zitätsindustrie von unseren Parteigenossen gestellten Antrag, die Feuerwehreute nicht im Interesse der Unternehmer zu verwenden, gestimmt haben, obwohl doch dieser Antrag nichts anderes als strengste Unparteilichkeit verlangte, und daß unter denen, die da-gegen stimmten, auch der Stadtverordnete war, der jetzt noch den 30. Bezirk vertritt. In diesem Bezirk gilt es nun wiederum, gegen einen freisinnigen und gegen einen anti-semitischen Kandidaten zu kämpfen; gelingt es nicht, im ersten Wahl-gang zu siegen, so werden diese beiden Scheingegner gemeinsame Sache machen. Darum, führte der Redner zum Schluß aus, muß umfomehr alle Kraft eingesetzt werden, um den Kandidaten der Sozialdemokratie auf den ersten Schlag zum Siege zu bringen. — Nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag nahm, da Gegner sich nicht meldeten, der Kandidat, Genosse Sassenbach, das Wort. Anschließend an die Ausführungen des Referenten be-merkte er, daß ein arger Unfug mit den Worten „freisinnig“ und „liberal“ getrieben wird, indem unsere Gegner den Wählern ein-zubilden suchen, daß hinter diesen Worten tatsächlich parteipolitische Begriffe stecken, während doch diese Berliner Kommunalfreisinnigen eigentlich Konserbative sind. Erinnerung an das Wort des Rainers Gato: „Im übrigen bin ich der Meinung, daß Karthago fallen muß.“ erklärte der Redner, müsse auch die Arbeiterschaft nun mit voller Kraft die Meinung zur Geltung bringen, daß der 30. Bezirk ihr zusallen muß.

Zum Schluß forderte der Vorsitzende Vittorf ebenfalls zu energischer Beteiligung an der Wahlarbeit sowie an der Flugblatt-verbreitung am Sonntag auf.

Für den 33. Wahlbezirk fand am Dienstag eine Versammlung in den Perolina-Sälen statt. Genosse John hielt das einleitende Referat, indem er an der Hand unserer Forderungen die Sünden der freisinnigen Stadtverordnetenmajorität geißelte. Er ging ins-besondere ein auf die Schulfrage, auf die Ungünstigkeit der Kranken-und Jrenzpflege und schilderte schließlich die jämmerliche Haltung der Stadt in bezug auf das Verkehrs-wesen. Man trete der „Großen Berliner“ mit papiernen Protesten entgegen und fördere sie dann wieder durch eigene Untätigkeit auf dem Gebiete des öffentlichen Ver-kehrs. Das Nord-Südbahn-Projekt „schwebt“ schon seit Jahren. Auch sonst tue man nichts. Statt der Großen Berliner durch eigene Automobil-Draisinen das Wasser abzugraben, überlasse man dies wieder einer Privatgesellschaft und sehe ruhig der Entwicklung einer neuen „Großen Berliner“ ohne Schienen zu. Ein Har-burger Unternehmer sei eigens mit einem Dampfer nach Berlin ge-fahren, auf der Spree Probefahrten zu machen. Auch auf dem Gebiete des Omnibusboot-Verkehrs überlasse man die Initiative dem Privatkapital. Dabei lasse sich mit wenigen hunderttausend Mark eine Motorbootlinie zwischen der Gegend an der Vörze und dem Hauptquartier herstellen, d. h. eine Verbindung zwischen dem Haupt-geschäftsquartier und einem neuerstandenen Wohnviertel, zwischen denen dann die Felten als Erholungsort liegen. Dann geißelte Redner

die Bewilligung der 20000 M. aus öffentlichen Mitteln zum Empfang des spanischen Königs. Wenn das Berliner Proletariat irgend einen Monarchen einen Empfang bereiten wollte, dann wäre er viel-leicht der Selbstherrlicher aller Reichen gewesen, der an diesem Empfange noch lange gedacht hätte. (Lebhafte Bewegung und Sehr-richtig!) Redner schloß: „Sorgen Sie dafür, daß das außen rote Haus auch von innen rot werde!“ — Dann nahm das Wort der Kandidat des Kreises, Stadtverordneter Koblenzer. Er zer-pflückte in seiner Rede namentlich ein freisinniges Flugblatt und forderte auf, daß auch bei dieser Wahl der Sozialdemokrat wieder zum Siege gelange. — Genosse Grohmann forderte dann noch auf, sich an der Kleinarbeit recht zahlreich zu beteiligen. — Mit einem kräftigen Hoch auf die Bewegung schloß die Versammlung.

Für den 38., 40. und 46. Kommunal-Wahlbezirk hatten die Ge-nossen des 6. Wahlkreises zu Dienstag eine öffentliche Wählerver-sammlung nach dem „Kolberger Salon“ einberufen, die von Männern und Frauen so gut besucht war, daß sämtliche Tische aus dem Saal entfernt werden mußten. Das Referat hielt der Genosse Singer. Redner ging besonders auf die grundsätzliche Verschiedenheit der liberalen und sozialdemokratischen Auffassung und Betätigung sowohl in kommunalwirtschaftlicher als auch in kommunalpolitischer Be-ziehung ein und wies, gestützt auf langjährige eigene Erfahrungen, an konkreten Beispielen nach, daß es erst immer des vorwärtsstreiben-den Einflusses der sozialdemokratischen Fraktion im roten Hause bedurft, um die verhältnöcherie liberale Majorität auf sozialem Gebiet wenigstens etwas weiter zu schieben. Um diesen anerkannten Ein-fluß der Sozialdemokratie im Gemeininteresse noch fernerhin so weit wie möglich zu stärken, sei es Pflicht der Arbeiterschaft, die Kan-didaten der Partei hier in den sicheren Besitzständen des Nordens nicht nur wiederzuzuwählen, sondern eine möglichst große Stimmenzahl auf sie zu bereinigen. (Lebhafter Beifall.) In der Diskussion sprachen sodann die Kandidaten resp. die bisherigen Inhaber der Mandate, die Genossen Leo Arons und August Hinke, letzterer be-sonders die mangelhafte städtische Armenpflege beleuchtend. Gegner meldeten sich nicht zum Worte. Der Vorsitzende Eugen Ernst schloß darauf die vom besten Geiste besetzte Versammlung mit einem Hoch auf die Partei.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Ch. G. Klagen Sie Ihre Forderung beim Gewerbegericht ein. Der Erfolg der Klage wird freilich eventuell von einem Eid des Beklagten ab-hängen. — W. S. 56. Binden Sie sich an die Versicherungsanstalt, städtischer Karl. Die Versicherungsanstalt ist berechtigt, nicht verpflichtet, Jahnegebisse zwecks Verhütung vorzeitiger Annullität zu liefern. — G. V. in R. Das bairische Gericht ist zuständig. Es empfiehlt sich die Bevoll-mächtigung eines dortigen Anwalts. — G. G. R. Der Arbeitgeber, bei dem die Aufwartefrau ihre erste Arbeit in der Woche macht, ist steh-verpflichtet. — P. R. 100. Die Lohnbeschlagnahme wegen der Alimente für ein arbeitsfähiges Kind ist zulässig, sofern Eltern der notdürftige Unter-halt für die und der Standesmäßige für ihre Frau und Kinder verbietet. Bietet Eltern zu lassen ist, ist von Fall zu Fall zu entscheiden. Eine Be-strafung wegen Nichtzahlung der Alimente für arbeitsfähige Kinder ist un-zulässig. — J. S. 54. Der Wirt ist berechtigt, alle Mieträume Miets-lustigen zu setzen. Falls der Mieter die Beuhichtigung innerhalb der betrag-lich festgelegten (eventuell innerhalb der angemessenen) Zeit nicht gestattet, macht er sich schuldenerpflichtig. — S. 73. Beschämern Sie sich bei der Steuerdeputation über das beleidigende Verhalten des Beamten und stellen Sie eventuell Strafantrag wegen Beleidigung. Von dem Erfolg Ihrer Schritte setzen Sie uns wohl in Kenntnis. — H. S. Unterbreitet ein Zeuge vor dem Termin schriftlich dem Gericht die Bitte, ihn nicht nach seinen Strafen zu befragen, die er schriftlich mitteilt, so wird solches Gesuch nicht erfüllt. In der Regel werden Zeugen nur befragt, ob Sie wegen Reini-eides bestraft sind. — M. W. Nicht mehr möglich. — A. J. Leider.

H. Greifenhagen Nachf.

Brunnen-Str. 17-18
Veteranen-Str. 1-2

Donnerstag, Freitag, Sonnabend

verabfolgen wir bei einem Einkauf von 5 Mark an

Photographie - Bons gratis.

Als besonders preiswert empfehlen wir:

- Ein Posten Kleiderstoffe, Nouveautés Mtr. 95 Pf.
- Ein Posten Blusenstoffe, sonstiger Preis bis 1.85 Mtr. 1.35 Mk.
- Ein Posten Seidenstoffe für Blusen, sonstiger Preis bis 3.75 Mtr. 1.45, 1.75, 1.95 Mk.
- Ein Posten Seidene Blusen, weiss, crème, schwarz, hellblau . 3.25 und 4.50 Mk.
- Ein Posten Damen-Automobil-Mützen Stück 1.45 Mk.

Schwarze Seidenstoff-Reste in schweren Qualitäten jeder Rest 1.75 Mk. zu Schürzen passend

Nur den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 2. November.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Cyberhaus. Symphoniekonzert.
Mittags 12 Uhr: Symphonie-
malinee.
Schauspielhaus. Durchs Ohr. —
Die gelehrten Frauen.
Neues. Ein Sommernachtsstraum.
Wesken. Der Opernball.
Deutsches. Der Kammerfänger. —
Die Neuwahlmänner.
Berliner. Andalusia.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater).
Der Traum ein Leben.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-
städtisches Theater). Der Veilchen-
fresser.
Festung. Stein unter Steinen.
Zentral. Der indische Witwe.
Reichens. Der Prinzgemahl.
Kleines. Das vierte Gebot.
Trianon. Der letzte Troubadour.
Lustspielhaus. Der Familien-
tag. Bis sich um Hilfe!
Carl Weiß. In Berlin ist was los.
Luffen. Einmal.
Deutsch-Amerikanisches. Aber,
Herr Herzog!
Metropol. Auf — ins Metropol!
Kaffee. Das Opferlamm.
Apollo. Frau Luna. — Spezial-
itäten.
Walhalla. Eine tolle Nacht.
Herrnsfeld. Die Meyerhains.
Wintergarten. Ein Abend in einem
amerikanischen Tengel-Tempel. —
Spezialitäten.
Folies Caprice. Nach dem Zapfen-
streich. Soll und Haben. —
Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Vogel. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Alpen- und Wüsten-
fahrten im Ballon.

Berliner Theater.

Charlottenstr. 90/92.
Andalusia.
Dramatisches Gedicht in 5 Akten von
Morian Endl. Anfang 7 1/2 Uhr.
Freitag: Andalusia. Sonnabend,
Sonntag, Montag: Kiwito. Sonntag
nachmittag: Andalusia.

Neues Theater.

Anfang 7 1/2 Uhr.
Ein Sommernachtsstraum.
Morgen u. folgende Tage:
Ein Sommernachtsstraum.

Kleines Theater.

Abends 8 Uhr:
Das vierte Gebot.
Freitag: Nachtsyl.

Zentral-Theater

8 Uhr: **Indische Witwe.**
täglich: Operette in 3 Akten v. Oscar Strauß.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:
Simson.
Freitag: Zum 1. Male: Veilchen-
fresser.
Sonnabend: Die Kinder der Er-
zellers.
Sonntag nachmittag: Pech-Schulze.
Sonntag abends: Faust.
Montag: Simson.

Trianon-Theater.

Zum erstenmal:
Der letzte Troubadour.
Lustspiel in 3 Akten von Fred Gröfac
und Pierre Jodet.
Deutsch von Alfred Palm.
Anfang 8 Uhr.

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Prinzgemahl.
Lustspiel in 3 Akten von L. Kancol
und J. Chancel.
Deutsch von Wilhelm Thal.
Sonntag nachmittag 3 Uhr: Her-
kuleskämpfe.

Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.
Täglich 8 Uhr:
In Berlin ist was los.
Gr. Aufstufungspoffen-Revue mit Ge-
sang und Tanz in 6 Bildern von
B. Bajanz.
Sonnabend 4 Uhr: Dornröschen.
Sonnabend abends: Faust.

Walden a. D. x Giampietro

Bender x Josephi x Massary
Frid-Frid x Steidl x Lilly Walter
Rauchen in all. Räumen gestattet.
Anfang 8 Uhr.

Kasino-Theater

Lothringersstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Das Opferlamm.
Schwank in 3 Akten von Walter
und Stein.
Vorher: Im Spreewald. Operette.
Der berühmte Kapitän Martens etc.
Sonntag nachmittag 4 Uhr: „Der
Adolsnarr.“

Gebrüder Herrnsfeld-Theater.

Letzte Woche!
Der unverwundliche Schläger:
Die Meyerhains.
Komödie in drei Akten mit den
Autoren
Anton und Donat Herrnsfeld
in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr.
Vorher: 11-2 Uhr, Theaterkaffe.
Sonnabend, den 4. November:
Premiere der Novität:
Familiengtag
im Hause Prellstein.
Komödie in 3 Akten von
Anton und Donat Herrnsfeld.
Vorverkauf für die Premiere: ab
heute an der Theaterkasse sowie
bei H. Wertheim und im In-
validenpark.

WINTERGARTEN

ANNE DANCREY
OTÉRO
Und ein auserlesenes
Künstler-Programm.

Urania

Tauben-
str. 48/49.
8 Uhr:
Spellerinis Alpen- und Wüstenfahrten
im Ballon.
Hörsaal 8 Uhr: Dr. Theising:
Gegenseitige Hilfe in der Entwicklung

Sternwarte

Invaliden-
str. 57/62.
P. CASTAN'S
PANOPTICUM.
Friedrichstr. 165.

Joëls Traum.

!! Pompeji !!
Die Ehre des Vaters!
Restaurant:
Dresdener Sänger.

Apollo-Theater.

9 1/2. Debüts 9 1/2
der Attraktionen des neuen
November-Programms.
Vorher 8 Uhr:
Frau Luna
von Paul Lincke.
Sonntag, 5. Nov., nachm. 3 Uhr:
Frühlingsluft u. Spezialitäten.
Bedeutend ermäßigte Preise!

Metropol-Theater

Präzise 8 Uhr zum 55. Male:
!Auf — in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u.
Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Dirigent Kapellmeister Max Roth.
In Szene gesetzt vom Direktor
Richard Schultz.

Walden a. D. x Giampietro

Bender x Josephi x Massary
Frid-Frid x Steidl x Lilly Walter
Rauchen in all. Räumen gestattet.
Anfang 8 Uhr.

Kasino-Theater

Lothringersstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Das Opferlamm.
Schwank in 3 Akten von Walter
und Stein.
Vorher: Im Spreewald. Operette.
Der berühmte Kapitän Martens etc.
Sonntag nachmittag 4 Uhr: „Der
Adolsnarr.“

Gebrüder Herrnsfeld-Theater.

Letzte Woche!
Der unverwundliche Schläger:
Die Meyerhains.
Komödie in drei Akten mit den
Autoren
Anton und Donat Herrnsfeld
in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr.
Vorher: 11-2 Uhr, Theaterkaffe.
Sonnabend, den 4. November:
Premiere der Novität:
Familiengtag
im Hause Prellstein.
Komödie in 3 Akten von
Anton und Donat Herrnsfeld.
Vorverkauf für die Premiere: ab
heute an der Theaterkasse sowie
bei H. Wertheim und im In-
validenpark.

Walden a. D. x Giampietro

Bender x Josephi x Massary
Frid-Frid x Steidl x Lilly Walter
Rauchen in all. Räumen gestattet.
Anfang 8 Uhr.

Kasino-Theater

Lothringersstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Das Opferlamm.
Schwank in 3 Akten von Walter
und Stein.
Vorher: Im Spreewald. Operette.
Der berühmte Kapitän Martens etc.
Sonntag nachmittag 4 Uhr: „Der
Adolsnarr.“

Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.
Täglich 8 Uhr:
In Berlin ist was los.
Gr. Aufstufungspoffen-Revue mit Ge-
sang und Tanz in 6 Bildern von
B. Bajanz.
Sonnabend 4 Uhr: Dornröschen.
Sonnabend abends: Faust.

Walden a. D. x Giampietro

Bender x Josephi x Massary
Frid-Frid x Steidl x Lilly Walter
Rauchen in all. Räumen gestattet.
Anfang 8 Uhr.

Kasino-Theater

Lothringersstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Das Opferlamm.
Schwank in 3 Akten von Walter
und Stein.
Vorher: Im Spreewald. Operette.
Der berühmte Kapitän Martens etc.
Sonntag nachmittag 4 Uhr: „Der
Adolsnarr.“

Gebrüder Herrnsfeld-Theater.

Letzte Woche!
Der unverwundliche Schläger:
Die Meyerhains.
Komödie in drei Akten mit den
Autoren
Anton und Donat Herrnsfeld
in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr.
Vorher: 11-2 Uhr, Theaterkaffe.
Sonnabend, den 4. November:
Premiere der Novität:
Familiengtag
im Hause Prellstein.
Komödie in 3 Akten von
Anton und Donat Herrnsfeld.
Vorverkauf für die Premiere: ab
heute an der Theaterkasse sowie
bei H. Wertheim und im In-
validenpark.

Walden a. D. x Giampietro

Bender x Josephi x Massary
Frid-Frid x Steidl x Lilly Walter
Rauchen in all. Räumen gestattet.
Anfang 8 Uhr.

Kasino-Theater

Lothringersstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Das Opferlamm.
Schwank in 3 Akten von Walter
und Stein.
Vorher: Im Spreewald. Operette.
Der berühmte Kapitän Martens etc.
Sonntag nachmittag 4 Uhr: „Der
Adolsnarr.“

Gebrüder Herrnsfeld-Theater.

Letzte Woche!
Der unverwundliche Schläger:
Die Meyerhains.
Komödie in drei Akten mit den
Autoren
Anton und Donat Herrnsfeld
in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr.
Vorher: 11-2 Uhr, Theaterkaffe.
Sonnabend, den 4. November:
Premiere der Novität:
Familiengtag
im Hause Prellstein.
Komödie in 3 Akten von
Anton und Donat Herrnsfeld.
Vorverkauf für die Premiere: ab
heute an der Theaterkasse sowie
bei H. Wertheim und im In-
validenpark.

Walden a. D. x Giampietro

Bender x Josephi x Massary
Frid-Frid x Steidl x Lilly Walter
Rauchen in all. Räumen gestattet.
Anfang 8 Uhr.

Kasino-Theater

Lothringersstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Das Opferlamm.
Schwank in 3 Akten von Walter
und Stein.
Vorher: Im Spreewald. Operette.
Der berühmte Kapitän Martens etc.
Sonntag nachmittag 4 Uhr: „Der
Adolsnarr.“

Gebrüder Herrnsfeld-Theater.

Letzte Woche!
Der unverwundliche Schläger:
Die Meyerhains.
Komödie in drei Akten mit den
Autoren
Anton und Donat Herrnsfeld
in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr.
Vorher: 11-2 Uhr, Theaterkaffe.
Sonnabend, den 4. November:
Premiere der Novität:
Familiengtag
im Hause Prellstein.
Komödie in 3 Akten von
Anton und Donat Herrnsfeld.
Vorverkauf für die Premiere: ab
heute an der Theaterkasse sowie
bei H. Wertheim und im In-
validenpark.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Traum ein Leben.
Dramatisches Märchen in 4 Aufzügen
von Franz Grillparzer.
Freitag, abends 8 Uhr:
Hofgunst.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Traum ein Leben.
Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Veilchenfresser.
Lustspiel in 4 Akten von
Gustav v. Majer.
Freitag, abends 8 Uhr:
Ein Wintermärchen.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Flachsmann als Erzieher.

Freie Volksbühne.

Anfang 8 1/2 Uhr:
Metropol-Theater,
I. 2. Abteilung
Die Wölffin
und
Fräulein Freschholzen.
Carl Weiß-Theater,
14./15. Abteilung
Egmont.
Trauerspiel in 5 Akten von
W. Goethe.

10. Kunst-Abend

Mittwoch, den 15. November cr., abends 8 1/2 Uhr,
Frau Klossok-Müller:
Internationaler Volksliederabend.
Einlaßkarton a 30 Pf. in den bekannten 9 Zahlstellen.

Winterfest.

Sonnabend, den 25. November
in der
Brauerei „Friedrichshain“.
Internationaler Schelmenabend.
Hans Sachs — Macchiavelli — Cervantes.
Einakter — Schelmenstücke.
Madrigalvereinigung:
Margarete Freund, Eva Pilchowska, Anni Boettcher (Sopran);
Emmi Rintelen, Sonja Beeg (Alt); Karl Weiß, Ludwig Schubert
(Tenor); Felix Lederer-Prina, A. N. Harzen-Müller (Baß).
Leitung: Arthur Barth.
Festmarken in allen Zahlstellen a 60 Pfennig.
230/2 Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

Kunst-Abend

der
Arbeiter-Bildungsschule Berlin
am Sonntag, den 5. November 1905
im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15.
Vortrag mit pianistischen u. gesanglichen Erläuterungen
von Dr. Leopold Hirschberg.
1. Das Volkslied im Altertum. 2. Der Minnesang und
Meistersang. 3. Das Volkslied des Mittelalters. 4. Verfall des
Volksliedes; die Kanapee- und Perlekenzeit. 5. Wiederaufleben
des Volksliedes in der Neuzeit.
Eröffnung 6 Uhr. Beginn 7 Uhr. Eintritt 30 Pf. inklus. Garderobe.
Nachdem: TANZ.
Billoties sind in der Schule, bei Herach, Engel-Ufer 15, Gottfried
Schulz, Kottbuser Platz, Vogel, Demminerstr. 31, sowie an der Kasse
zu haben.

Turnverein „Fichte“, Berlin.

Sonnabend, den 4. November 1905:
Künstler-Konzert
in den Konzert-Sälen der
Aktien-Brauerei „Friedrichshain“ (am Königstor).
Mitwirkende:
Berliner Sinfonie-Orchester.
Dir. Herr Kapellmstr. M. Fischer.
Berliner Lieder-Quartett.
Dir. Herr R. Fiering.
Herr E. von Winterstein (Rezitation).
Anfang präzise 8 1/2 Uhr. — Eintritt 50 Pf.
Die Saaltüren bleiben während des Konzerts ge-
schlossen, auch ist das Rauchen strengstens verboten.
Nach dem Konzert: **Tanz** in beiden Sälen.
Das Komitee.

Dresdener-Colosseum

Dresdener-
straße 97. **Colosseum** Dresdener-
straße 97.
Die besten deutschen Komiker
und **Soubretten** in noch nie dagewesener Vereinigung.

Litte Carlsen
Marlin Bendix
Walter Bährmann
Hugo Hochgemuth
Oskar Fürst
The Marcellys
Les Amados
Fanny Behrens
Trudy Truth
Paulotte van Roy
Wally Walkberg
Lucia Ravello
Miß Robin
16 humorist. Spezialitäten.

Anfang 8 Uhr. Sonn- und Festtage 7 Uhr.
Jeden Sonntag nachm. 3 Uhr, jeder Platz 40 Pf.,
ein Kind frei.
Im Konzertsaal 2 Kapellen bis 1 Uhr nachts.
Schrammeln mit Sängern und Ungar. Magyaren-Kapelle.

Zirkus Albert Schumann

Heute abend brägle 7 1/2 Uhr:
Elite-Abend. Gala-Programm.
Sensation. Erfolg der neuen Debüts,
u. a. zum 1. Male in Europa: Willie
Hale, der Mann mit dem Wunder-
globus. Miß Francis. The Wally-
Hoste-Trio. Prolongiert: Die größte
Attraktion der Gegenwart! Die
9 heiligen Chunchusen
Die vorzüglichste Javaner-Truppe.
Die phän. Freres John u. Louis Soller.
Neu! La Pisse Romaine.
Neu! Arkadin, der ausgezeichnete
Tischerfechter vom Leib-Regiment
des Jaren. Das einzig existierende
einen halben
Saltomortale schlagende Pferd.
Ferner sämtliche Spezialitäten und
Direktor Alb. Schumanns neue und
moderne Dressuren.
Zum Schluss: Kesselfeder Erfolg!
Der Tag des
Englischen Derby.

Passage-Theater.

Das durchaus neue Programm
bringt an der Spitze die glän-
zendsten Humoristen d. deutschen
Variétébühne:
Bozena Bradsky,
mit ihrer entzückenden Duncan-
Parodie.
Paul Jülich,
den unvernünftigen Humoristen.
Mize Friese,
die reizende Wiener Soubrette!
Aufßerdem:
14 Spezialitäten
von allerbesten Range.
Anfang: 8 Uhr.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.
Große Extra-Vorstellung!
Stadt und Land
oder:
Der Viehhändler aus Oberösterreich.
Poffe mit Gesang in 3 Akten
von Fr. Kaiser.
Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.

Stadt-Theater Moabit

Moabit 47/49.
Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters
Gewonnene Herzen.
Vollstück mit Gesang in 3 Akten von
Hugo Müller.
Anfang 8 Uhr. Staffeneröffnung 7 Uhr.
Vorzugskarten haben Gültigkeit.
Nächste Vorstellung: Sonntag, den
5. November 1905:
Sine Nacht in Berlin.
Fröbels Allerlei-Theater
Schönbauer Allee Nr. 148.
Jeden Sonntag, Montag,
Mittwoch:
Konzert, Theater u. Spezialitäten.
Neue Spielfolge.
Nach der Vorstellung: **Gr. Tanz.**
Anfang Sonntags 6 Uhr.
Wochentags 8 Uhr.
Wochentags:
Ehren- und Vorzugskarten gültig.

Palast-Theater

Burgstr. 24, 2 Min. v. Bd. Börse.
Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Das glänzende
!! November-Programm !!
Unter anderen:
Carl Braun
Verwandlungs-Schauspieler.
4 Montecinos
akrobatischer Melange-Akt.
Die weiße Dame.
Poffe mit Gesang von D. Richter.
10 erstklassige Nummern.
Familienkarten sind in allen
Verbindungs- u. Zigarett-
geschäften sowie im Theater-
bureau unentgeltlich zu haben.
Sanssouci, Kottbuserstr. 4
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonnt. Konz. Donnerst.:
Im glänzend reiner und
elektr. beleucht. stabilsten.
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
und **Tanzkränzchen.**
Sonntags Beginn 5 Uhr,
Wochentags 8 Uhr.
Dienstag und Mittwoch:
Theater-Abend. Gastspiel
des Löwe-Ensembles.
Der kleine Saal (150 Pers.) ist noch
einige Sonnabende zu vergeben.

Belle-Alliance

Theater-Variété.
Anfang 8 Uhr.
16 sensationelle Debüts.
Georg Kaiser.
Ein Abend in einem
amerikanischen Tengel-Tempel.
Sonntags 2 Vorstellungen.
Nachm. 3 Uhr: Halbe Preise.
Jeder Besucher ein Kind frei.
Rauchen im Wintergarten gest.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger.
Wochentags
8 Uhr,
Sonntags
7 Uhr.

Otto Pritzkows Berliner

Abnormitäten-Theater
Münzstr. 16.
Die drei lebenden
gr. anatomischen Wunder
Muskelmensch
Skelett-Mensch
Gummihautmensch
Entree 20 Pf.

Artus-Hof

Perlebergerstr. 26. Stendalerstr. 18.
Säle von 100-1200 Pers. stehen den
gehörten Vereinen zur Verfügung.
Neben Sonntag, Dienstag u. Freitag:
Gr. Theater-Vorstellung.
Jeden Montag: Quartett-Sänger und
humoristische Soiree.
Jeden Donnerstag: **Gr. Konzert.**

Buggenhagen. Horitz.

Heute sowie jeden Donnerstag
Humoristische Soiree der
Fritz Steidl
Sänger
Entree 30 Pf. Sperrsatz 50 Pf.
Anf. 8 Uhr. Nachher Tanzkränzchen

XI. Berliner Salon.

Zirkus Busch.

Größte Attraktion der Welt!
Sensationell! Sensationell!
Der Kanonenkönig.
Schuß eines lebend. Menschen
aus einem Marine-Geschütz
schwersten Kalibers.
Zum 1. Male:
Auftreten des Mr. Pierson.
4 Soeurs Atletas.
Mexiko
Große Ausstattungs-Pantom-
mine aus dem mexikanischen
Pflanzerleben und die vor-
züglichsten Programmnumm.

Walhalla-Theater

Weinbergsweg 19/20.
Große
Ringkampfkonkurrenz
Preise 5000 M. Heute ringen:
Max Schneider (Rigdorf) gegen
Cristensen (Schweden).
Antonitsch (Oesterreich) gegen
Eigemann (Deutschland).
Gräßkrämpfer (Holland) gegen Eberle
(Deutschland).
Aachner (Bayern) gegen van Dem
(Belgien).
Vorher:
In Lebensgefahr.
Surt. Oper in 1 Akt von J. Freund.
Ruhf von Kerber.
Zum Anfang das vollständig neue
Spezialitäten-Programm.
Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr:
Der familiengtag.
Deutsch-Amerikanisches Theater.
Köpnickerstr. 67.
Zum Jeden Abend 8 Uhr!
Gastspiel Ad. Philipp
62. ABER!
Male: Herr Herzog
Sonntag nachmittag 3 Uhr:
Halbe Preise!
„Ueber'n großen Teich.“

Folies Caprice.

Budapester Possen-Theater
132 Linienstr. 132
Ecke Friedrichstraße.
Nach dem Zapfenstreich.
Vorher: Soll und Haben
u. d. ausgezeichnete Spezialitätenteil.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf täglich b. A. Wertheim
und an der Tageskasse v. 10 Uhr
vormittags an.

Variété Elysium

Kommandantenstraße 3/4.
Som 1. bis 30. November 1905:
Großer internationaler
Soubretten-Wettstreit.

27. Kommunalwahlbezirk 4. Kreis (Ost) 5. Kreis.

Freitag, den 3. November, abends 8 Uhr,
in Bordes Festsälen, Neue König-Strasse 7:
Wähler-Versammlung.

Tages-Ordnung:
Warum muß die Sozialdemokratie im Roten Hause vertreten sein?
Referent: Stadtverordneter **Adolf Hoffmann.** — Freie Diskussion.
Der Einberufer.

Charlottenburg!

Freitag, 3. November, abends 8 Uhr, im Volkshaus,
Rosinenstrasse 3:
Kommunalwähler-Versammlung.

Tages-Ordnung:
Vortrag über: „Sozialdemokratie und Stadtparlament“.
Referent Reichstags-Abgeordneter Genosse **Paul Singer.**

Die Gegner aller Parteirichtungen sind zu dieser Versammlung freundlichst eingeladen und wird denselben volle Redefreiheit zugesichert.
NB. Gleichgültig machen wir hiermit bekannt, daß für die erste und zweite Wählerklasse in allen Bezirken der Genosse **Paul Hirsch** kandidiert und sich sämtliche Genossen dieser Wählerklassen verpflichtet, ihre Stimme für denselben abzugeben.
Der Vorstand.

≡ Töpfer! ≡

Freitag, den 3. November 1905, abends 6 Uhr, bei L. Keller, Koppensstraße 29:
Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Lohnkommission. 2. Stellungnahme der Töpfer Berlins und Umgegend zur Antwort der Unternehmer.
In Anbetracht der äusserst wichtigen Tages-Ordnung werden die Kollegen ersucht, zahlreich zu erscheinen und ihren Lohnsatz mitzubringen.
Die gemeinschaftliche Lohnkommission.

Verband der baugewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin u. Umgegend.
Achtung! Arbeiter der Firma H. Raebel. Achtung!
Freitag, den 3. November 1905, abends 8 Uhr, in Feuersteins Festsälen, Alte Jakobstraße 75, unterer Saal:

Versammlung aller bei der Firma H. Raebel beschäftigten Träger-Einschaler und Hilfsarbeiter.

Tages-Ordnung:
1. Die Vorgänge und Maßnahmen seitens der Firma nach dem Streik und welche Stellung nehmen wir dazu ein. Referent: Kollege **R. Dräger.** 2. Regelung des Deputiertenwesens. 3. Verschiedenes.
Das Erscheinen aller bei der Firma **H. Raebel** beschäftigten Arbeiter ist erforderlich.

Achtung! Fliesenleger-Hilfsarbeiter! Achtung!
Freitag, den 3. November 1905, abends 8 Uhr, im Lokale von Barzins, Brückenstraße 7a, Eingang Brandenburger Ufer:

Sektions-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die Stellung zur Aufständigung des Vertrages. Referent: Kollege **R. Heidemann.** 2. Die Vertreter-Erhöhung. 3. Verbands-Angelegenheiten und Verschiedenes.
Das Erscheinen aller Kollegen ist erforderlich.

Achtung! Fahrstuhl-Arbeiter! Achtung!
Sonntag, den 5. November 1905, vormittags 10 Uhr, in den Insel-Festsälen, Inselstraße 10, II:

Große Gruppen-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die Affäre **Rietsch-Zöllmann** (Siehe „Vorwärts“ Nr. 307 vom 24. Oktober) und die Stellung der Kolonnenführer im allgemeinen. Referent: Kollege **Heidemann.** 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten.
Zu dieser Versammlung sind die Herren **Rietsch** und **Zöllmann** persönlich eingeladen.
Kollegen! Erscheint alle in der Versammlung.
Der Zweigvereins-Vorstand.

44/8*

Brauerei F. Happoldt

Hasenheide 328 Berlin S., Hasenheide 328
empfiehlt ihr

Lager-Münchner-Tip-Top-Bier

in Flaschen und Gebinden.

Telephon: Amt 4. 9115. 4876L*

Moabit! VI. Kreis. Moabit!

Sonntag, 5. Novbr., abends 6 Uhr, im Moabiter Gesellschaftshaus,
Wicteffstr. 24 — Emdenerstr. 40/41:

Oeffentliche Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Stadtv. Gen. **Kerm. Schubert** über: **Die Bildungsstätten des Volkes in Preußen.** 2. Diskussion.
Nach der Versammlung: **Gemütliches Beisammensein.**
Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein **Der Vertrauensmann.**

2. u. 3. Wahlkreis, 16. Kommunal-Wahlbezirk.

Donnerstag, den 2. November, abends 8 1/2 Uhr, im „Neß-Palast“,
Alexandrinensstraße 110:

Wähler-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Eduard Bernstein:** „Unsere kommunalen Forderungen“. 2. Vortrag des Kandidaten **Dr. Zadek** über: „Unsere Forderungen an die Schule“. 3. Diskussion.
Der 16. Bezirk umfasst folgende Straßen: Gütshiner, Wassertor, Ritter 37-84, Pringeln 1-16, 103-112, Brandenburg 1-17 und 61 bis Ende, Alexandrinen 1-77a und 92 bis Ende, Alte Jakob 1-26 und 118 bis Ende, Reilner, Simon, Hollmann, Reuenburger, Moritz, die Gäßchen Fürstenstr 1 und 24, Brandenburgstr 17 und 64, Rathenstr. 10 und 11.
Die Genossen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.
Das Komitee.

Achtung! Rabitz-, Lougino-, Fassaden- u. Innen-Putzer

Freitag, den 3. November, abends 8 Uhr, bei Dräsel,
Neue Friedrichstraße 35:

Mitglieder-Versammlung

des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins u. Umgegend.
Abteilung der Rabitz-, Lougino-, Fassaden- u. Innen-Putzer.
Bureau und Arbeitsnachweis: Hirtenstr. 20. Telephon: Amt VII, No. 4999.

130/13* Tages-Ordnung:
1. Was veranlaßte die General-Versammlung des Vereins am 20. Oktober die Abteilung für Putzer zu gründen? 2. Diskussion.
N.B. Wir fordern hiermit sämtliche Rabitz-, Lougino-, Fassaden- und Innen-Putzer des Vereins, und alle diejenigen, welche der Abteilung beitreten wollen, auf, in dieser Versammlung bestimmt und pünktlich zu erscheinen.
D. S.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Am Sonntag, den 12. November, vormittags 9 Uhr und am
Dinstag, den 22. November, nachmittags 4 Uhr, finden **Trania-**
Vorstellungen statt.

In beiden Vorstellungen wird „Im Lande der Mitternachtssonne“ gegeben.
Billets sind auf allen Zahlstellen sowie im Bureau Engel-Ufer 15, Gewerkschaftshaus, Zimmer 11, zu haben. 90/3

Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen.

Freitag, den 3. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Witte, Brunnen-
straße 188 (nahe dem Rosenhaler Thor):
Oeffentl. Versammlung

Tages-Ordnung:
Die soziale Lage der Tabakarbeiter gegenüber der geplanten Mehrbelastung des Tabaks.
Kollegen und Kolleginnen! Angesichts der kommenden Gefahr, welche unsere Lage und Ungenügsame zu verschlimmern droht, ist es die Pflicht eines jeden, gemeinsam an der Beratung der zu ergreifenden Schritte zur Abwehr dieser Gefahr teilzunehmen und in dieser Versammlung zu erscheinen.
Die Vertrauensleute. 3. u. 4.: Carl Butry.

Achtung! Produkten-Händler und Händlerinnen. Achtung!

Donnerstag, den 2. November, abends 9 1/2 Uhr, bei Wilke,
Brunnenstr. 188:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn **Max Schütte:** Die Schule von heute. 2. Diskussion und Gewerkschaft. 296/16
Zur Deckung der Unkosten Kassenabrechnung. **Der Einberufer.**

Weihnachtsprämie für unsere Leser!

Sie sind in der Lage, unserem Leserkreis in diesem Jahre als Weihnachtsprämie:
Fritz Reuters sämtliche Werke
in einer neuen illustrierten Prachtausgabe
zwei Bände, elegant in Halbleinen gebunden, Groß-Verlton-Format, circa 1200 Seiten, mit Illustrationen und ausführlichem hochdeutschen Wörterbuch
zu dem außerordentlich billigen Preise von **3.- Mark** abzugeben.

Die Ausgabe ist gut ausgestattet, sie enthält gelungene Illustrationen, haren Druck und gutes Papier.
Bei der großen Beliebtheit, deren sich dieser Volksdichter erfreut, dürfte die Nachfrage eine sehr rege sein, so daß wir unseren Lesern empfehlen, ihren Bedarf möglichst bald zu decken. Das vorstehende Werk ist zu beziehen durch unsere Hauptexpedition **Studenstraße 69** im Laden und durch sämtliche Partisexpeditionen.
Weiter empfehlen wir, und zwar ebenfalls zu einem Ausnahmepreise, das Buch:

Gesundheitsschutz

In Staat, Gemeinde und Familie.
Herausgegeben unter Mitwirkung von Aerzten und Fachgelehrten von **Emmanuel Durm.** Mit 10 Tafeln und 134 in den Text gedruckten Abbildungen.
Das Werk ist ein vorzüglicher Ratgeber im Hause, ein Begleiter in allen Fragen der Hygiene, von der sachmännlichen Presse gut besprochen und kann jedem Arbeiter zur Anschaffung bestens empfohlen werden.
Der Preis beträgt nur **4.- Mark** statt früher **6.70 Mark.**

Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68,
Lindenstraße 69, Laden.
265/9*

Berliner Volks-Chor

(Dirigent: Dr. E. Zander).

Montag, den 6. November 1905, abends 8 Uhr,
in der
Neuen Welt, Hasenheide 108-114:

Die Jahreszeiten.

Oratorium von J. Haydn.

Mitwirkende:

Frau Rosa Effinger Herr Hofopernsänger Herr
Rudolf Jäger Anton Sitemans
(London) (Dresden) (Berlin).

Das auf 50 Musiker
verstärkte
Neue Tonkünstler-Orchester

Der
Berliner Volks-Chor
(ca. 200 Mitglieder)

Einlaßkarten zum Preise von 70 Pf.
(inkl. Garderobe)

sind zu haben im Verbandsbureau der Konditorin, Brunnen-
straße 30; bei Erbe, Restaurant, Hasenheide 9; Gott-
fried Schatz, Zigarrenhandlung, Admiralstr. 49a; L. Tolke-
dorf, Restaurant, Görlitzerstr. 58; Böttcher, Zigarren-
handlung, Zossenerstr. 30; Konsumgenossenschaft, Arndt-
straße 5; Horach, Zigarrenhandlung, Engel-Ufer 15,
Gewerkschaftshaus; Löwenberg, Zigarrenhandlung, Neue
Schönhauserstr. 18; R. Thomas, Restaurant, Gartenstr. 71;
E. Beyer, Zigarrenhandlung, Veteranenstr. 13; Partei-
Spezialien, Göbelstr. 42; Wertheim, Leipzigerstraße;
Rühle, Mus.-Handl., Moritzplatz; Bickhardt, Buchhandl.,
Rixdorf, Bergstr. 13; Philipp & Sohn, Mus.-Handl., Rosen-
thalerstraße 40, am Hackeschen Markt; und bei den
Unterrichts-Abenden der Arbeiter-Bildungsschule.

An der Abendkasse erhöhter Preis.

Der Vorstand.

I. A.: K. Heilmann, Fidicinstr. 18.

66/4

Entzückende Neuheit für den Christbaum!



Stille Nacht, heilige
Nacht,
Nur Christkindleins
Augen wacht,
Und die heilige
Engelschar
Läutet so herrlich,
so wunderbar.

Bei zwei und mehr Stück geben eine
wunderschöne Dekoration gratis.

Kirberg & Comp. in Foche bei Solingen.
Beliebtes Fabrikationsgeschäft Solinger Stahlwaren mit Versand
direkt an Privats.

Garantie für gutes Funktionieren.

... Weihnachts- ... Glocken - Geläut,

das großartigste für den
Christbaum

erregt überall die größte Be-
wunderung, untrüglich reizende
Illusion. Nach Anzünden der
Kerzen ertönt ein Geläute in drei
Tonarten, man glaubt unwillkür-
lich ein in der Ferne ertönendes
Glocken-Geläute zu hören, und
gibt so dem heiligen Christfest ein
überaus feierliches Gepräge. Auch
mit Ständer zum Stellen auf den
Tisch eingerichtet, daher auch nach
dem Feste als reizender Zimmer-
schmuck zu benutzen. Nur bei uns
zu haben. Patentamtlich geschützt.
Der Stück 1,30 M. (Porto 20 Pf.
extra, bei 2 und mehr Stück 40 Pf.
Porto extra) bei Vorbestellung
auch Dreimarken.

Weihnachts-Katalog

über elegante Festgeschenke sowie
Christbaumschmuck, Spiel-
waren, Suppen usw. versenden
gratis und franko.

Hygienisches
Bedarfsartikel. Neuester Katalog
m. Empfehlung vieler Aerzte u. Prof. grat. u. fr.
H. Unger, Gummiwarenfabrik
Berlin NW., Friedrichstraße 91/92.

**Dr. Simmel, Prinzen-
Str. 41,
Spezialarzt für
Haut- und Harnleiden.**
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

Jedes **5 Pfennig.**
Wort **5** Das erste
Wort **10** Pfg. Worte mit mehr
als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste
Nummer werden
in den Annahmestellen für Berlin
bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr,
in der Hauptexpedition Linden-
straße 99 bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinenband Große Frankfurter-
straße 9, portiere. 14
Deckbett, Unterbett, Kissen mit
plattstem Stoff, zusammen 10,50,
nur (Wandliche) Andreasstraße 38. *

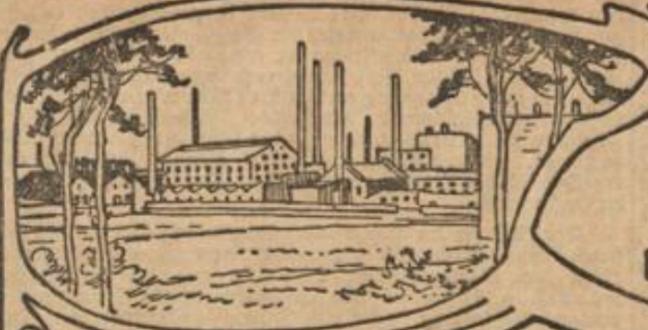
Rähmaschinen. Vergüte bis 10,00,
wer kauft oder nachweist, ohne An-
zahlung, Woche 1,00. Köpfer-
straße 60/61, Große Frankfurter-
straße 43, Premlerstraße 69/70. *

Betten. Stand 31, zweifach
16 Mark, Plandleibe, Gubenerstraße 3.
Wasserkocher. Neuester, werden
einzelne (portabil) abgegeben im En-
großgeschäft Neuer Markt 16, I. *

Chantgeschäft billig zu ver-
kaufen Charlottenburg, Wallstraße 68.
Achtung! Billig Arbeitsmaschinen.
Große Auswahl. Buchhalter, alle
Größen. Jange, Turmstraße 84. *

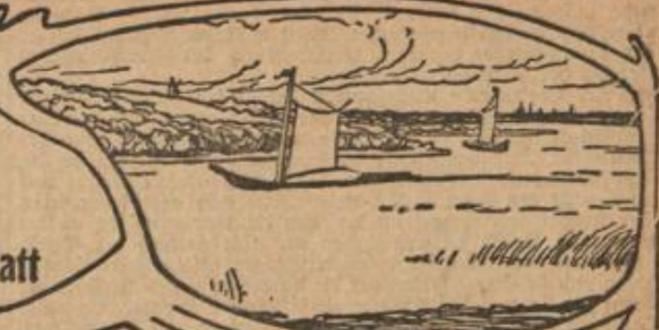
Vermietungen.
Wohnungen.
Cubenardstraße 36, 37, 38,
Eingelzimmer, Kleinstwohnungen ge-
eignet und billig, von 19 Mark ab.
Näheres Blatt 37. 28788

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Jünger Mann, 29 Jahre, welcher
Unfallrente bezieht, wünscht leichte
Beschäftigung als Kassierer oder dergl.
Ausbildung zum Polier, Unternehmer.
Züchtler Untermyth abends von 7-10
Uhr. Kurzer, Maurermeister, Beust-
straße 7, II. 29436



Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt



Redaktion und Expedition:
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV, 1983.

Nr. 257. Donnerstag, den 2. November 1905.

Inserate sechsgepaltene Kolonetzelle 20 Pfg.
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Auf zur Stadtverordnetenwahl in Schöneberg!

Zum letzten Male

richten wir die Aufforderung an unsere Parteigenossen, insbesondere an die Wähler des 3., 5., 6., 7. und 10. Bezirks der dritten Abteilung, bei der heutigen Stadtverordnetenwahl vollzählig zur Stelle zu sein. Es muß den bürgerlichen Parteien klar gemacht werden, daß nur der Sozialdemokrat die Mandate der dritten Abteilung gehören können.

Im letzten Augenblick werden von den „Bürgerlichen“ noch ganz besondere Anstrengungen gemacht. Alle irgendwie von ihnen abhängigen Wähler werden durch „sanften“ Druck zu bewegen versucht, für die bürgerlichen Kandidaten zu stimmen. Als ganz besonders geeignet für diese Rolle scheint eine bekannte Persönlichkeit die unteren Postbeamten des dritten Bezirks zu halten. In ähnlicher Weise wie vor zwei Jahren im 2. Bezirk werden diese vom genannten Herrn „bearbeitet“, um sie für den Kandidaten des Hausbesitzervereins zu gewinnen. Wie der Hausbesitzerkandidat die Interessen der unteren Postbeamten vertreten soll, ist uns nicht recht verständlich.

Alle derartigen Mittel der bürgerlichen Parteien werden aber erfolglos bleiben, wenn die Arbeiterschaft auf der Hut ist. Die politischen Rechte der Arbeiterschaft sind ohnehin geringe. Da gibt es doppelt, dafür zu sorgen, daß jeder Wahlberechtigte von seinem Wahlrecht Gebrauch macht. Erfülle also ein jeder seine Pflicht und lasse sich in keiner Weise von der Ausübung seines Wahlrechtes abhalten, dann wird am heutigen Abend der Sieg auf unserer Seite sein.

Partei-Angelegenheiten.

Schöneberg. Heute, Donnerstagabend, findet im Obfischen Saal eine öffentliche Versammlung statt, in welcher die Wahlergebnisse bekannt gegeben werden.

Friedrichshagen. Sonnabend, den 4. November, abends 8 1/2 Uhr, im Saale von Max Lerche, Rundell: Stiftungsfest des Bahnervereins. Reichhaltiges Programm. Außerdem sportliche Vorführungen des Arbeiter-Nachfahrervereins Wanderer. Tanz. Programm 25 Pf. Tanz für Herren 60 Pf. Keine offene Kasse.

Waldhof. Die Parteipedition befindet sich vom 1. November ab Koenigstr. 8 L. Expediteur ist Genosse Steuer. Es ist Pflicht der Genossen rege für die Verbreitung des „Vorwärts“ und der Parteiliteratur zu agitieren.

Gieswalde. Den Genossen zur Nachricht, daß die Sonntag, den 5. November stattfindende Versammlung eine Generalversammlung ist. Tagesordnung: Berichterstattung von der Kreis-Generalversammlung, Jahresbericht und Neuwahl des Vorstandes.

Wilmerdorf. Freitag, den 3. November, abends 7 1/2 Uhr, findet eine Flugblattverteilung im Orte statt. Die Genossen werden ersucht sich zahlreich in den bekannten Lokalen einzufinden.

Pantow. Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein hält am 2. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Wierke, Verlimerstraße, seine Mitgliederversammlung ab. Herr Adolf Stern wird einen Vortrag halten über: „Wozu leben wir.“ Gäste, Männer und Frauen, willkommen.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Am Vorabend der Stadtverordnetenwahl

hatte sich noch einmal eine äußerst gut besuchte Versammlung im Obfischen Saale mit diesem Thema beschäftigt. Reichstags-Abgeordneter Genosse Fubel las in großen Zügen und mit berechneten Worten die Notwendigkeit der Anteilnahme der Arbeiterschaft an den Kommunalwahlen in ihrer ganzen Bedeutung zusammen. An vielen Beispielen kennzeichnete er das Bestreben des Liberalen Anhangs, das erbärmliche Wahlrecht noch mehr zu verschlechtern, bloß um das Eindringen der Sozialdemokratie zu verhindern und ungehörig ihre eigenen Interessen zu verfolgen. Händlich und servil nach oben, brutal und gewalttätig nach unten, das ist die Signatur der meisten der sogenannten freisinnigen und liberal regierten Gemeinden.

Wie die Interessentenschaft beschaffen ist, zeige uns der Kampf der bürgerlichen Parteien um die Mandate, die man „unter sich“ verteilen möchte, was ihnen in der ersten und zweiten Abteilung nur zu leicht gemacht ist. Hier ist der „Besitz“ allein maßgebend, der für die Bedürfnisse des werktätigen Volkes kein Verständnis hat. Mit einem feigen Appell an die Antonsen, insbesondere an die zahlreich erschienenen Frauen, den 2. November zu einem Ehrenzuge für die Schöneberger Sozialdemokratie zu gestalten, schloß der Redner.

Älter machte sodann noch auf verschiedene Einzelheiten bei der Wahlhandlung aufmerksam, unter anderem auf eine deutliche Stimabgabe, damit uns dadurch keine Stimme verloren gehe.

Charlottenburg.

In der Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung vom Mittwoch nahm die Beratung des Nachberichts mit den drei Straßenbahngesellschaften (Berlin-Charlottenburger, Große Berliner Straßenbahn und Westliche Berliner Vorortbahn) den größten Spielraum ein. Sowohl der Referent über die Vorlage, Stadtv. Marcus (Liberal) als der Korreferent Stadtv. Pirsch (Soz.) und sämtliche Redner stellten sich auf den Standpunkt, daß die Vorlage in einem Ausmaß gründlich durchberaten werden müsse. Von allen Seiten wurde scharfe Kritik an dem Verhalten der Gesellschaften geübt, die weniger dem Verkehrsbedürfnis als den Interessen ihrer Aktionäre Rechnung tragen. Wir werden über die Verhandlungen sowie über den weiteren Verlauf der Sitzung morgen eingehend berichten und begnügen uns heute mit der Mitteilung, daß der Antrag auf Ausdehnung der Stadtverordnetenwahl angenommen wurde.

Der Armenetat ist im Monat September folgendermaßen in Anspruch genommen: Insgesamt unterstützt wurden 2464 Personen mit zusammen 84 423,60 M., also durchschnittlich mit 13,97 M. Sonderunterstützungen aus Arzneymitteln wurden gewährt an 293 Personen, die zusammen 2980,30 M. oder durchschnittlich 10,17 M. erhielten. Von diesen Sonderunterstützungen dienten 855,50 M. zur Regelung der Miete; diese Summe verteilt sich auf 13 Personen, die Mieteunterstützung betrug also pro Person 27,31 M. Aus Stiftungen wurden 16 Personen mit 810,68 M. also durchschnittlich die Person mit 50,66 M. unterstützt. Außerdem wurden ausgegeben für Arzneien 24,33 M., für Milch 940,89 M. und für Krankenkost 233,00 M.

Die städtische Fürsorge für Lungenkranke im Krankenhaus, Kirchstr. 19/20, ist seit ihrer Eröffnung am 1. April d. J. so stark in Anspruch genommen worden, daß jetzt neben den beiden bisherigen Sprechstunden Dienstag und Donnerstag von 5 Uhr nachmittags ab eine dritte lediglich zur Untersuchung von Kindern bestimmte Sprechstunde Mittwoch nachmittags von 1/2 5-7 Uhr hat eingerichtet werden müssen. Während am 1. April d. J. in der Fürsorge der bis dahin allein tätigen Lungenkrankefürsorge vom Roten Kreuz, die seit dem 1. April d. J. mit der städtischen Fürsorge zusammen arbeitet, 413 Familien standen, sind seit dem 1. April nicht weniger als 512 Familien hinzugekommen. Seit dem 1. April sind 1174 Personen in 1404 Konvaleszenten in der Fürsorge untergebracht worden. Für 209 Personen ist in dieser Zeit der Antrag auf Ueberweisung in eine Heilstätte gestellt worden, während 187 Personen den Erholungsstätten überwiesen worden sind. Die Armenverwaltung und die Deputation für die Waisenpflege rüchten erneut an alle Organe der Armen- und Waisenpflege die Bitte, alle Personen, bei denen der Verdacht auf Tuberkulose besteht, zur Untersuchung in die Fürsorge zu senden zu wollen. Es sei noch bemerkt, daß die Untersuchung durch die Fürsorge und die eventuelle Ueberweisung in Lungenheilstätten oder Waldberolungsstätten nicht als Armenunterstützung gilt, daß also das Wahlrecht dadurch nicht verloren geht.

Freie Volkshöhle Charlottenburg. Es wird noch einmal auf die heute, Donnerstag, den 2. November, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshause, Rosenstr. 3, stattfindende außerordentliche Generalversammlung aufmerksam gemacht. Tagesordnung: 1. Vortrag von Frau Bally Repler: Ziele der freien Volkshöhle. 2. Geschäfts- und Kassenbericht. 3. Verschiedenes. Eintritt nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte mit Oktobermark. Zahlreiches Erscheinen ist erforderlich.

Wilmerdorf.

In der Montagssitzung beschloß die Gemeindevertretung, außerordentliche Mittel in der Höhe von 50 000 M. herbeizustellen, um den Angestellten der Gemeinde eine Teuerungszulage zu gewähren. Diese Zulage wird in Form eines halben Monatsgehältes an die Beamten, Lehrer, Arbeiter usw. zur Auszahlung gelangen. Davon ausgeschlossen sind diejenigen, die erst seit dem 1. Oktober in der Gemeinde tätig, eventuell im Besitz ihrer Kündigung sind, sowie die Beurlaubten.

Die Rechnungen der Verwaltungen im Rechnungsjahre 1904 wurden genehmigt. Die Gemeindevorrechnung schließt mit Ein- und Ausgabe mit 4 300 684 M. ab bei einer Ausgabe von 3 877 822 M. Zur Beschaffung von Lehrmitteln für zehn neu zu errichtende Klassen der Gemeindevorschule IV wurden 2000 M. bewilligt. Für Lehrmittel für die obligatorische Fortbildungsschule mit 91 Schülern wurden 300 M. eingelegt. Beschlossen wurde die Errichtung einer Schulküche in der Gemeindevorschule III, Radobstraße, die Kosten betragen 4050 M. Um dem Volke die Religion zu erhalten, hält die Kirchenbehörde den Bau einer zweiten evangelischen Kirche für nötig. Dieselbe soll 1200 Personen fassen und als Monumentalbau zur Ausföhrung gelangen, um dem später zu errichtenden Rathaus ebenbürtig zu erscheinen. Von der Gemeinde wird zu diesem Kirchenbau ein Teil des Platzes D, genannt Remisenberg, zur Verfügung gestellt. Die Vertreter des Ortsteiles Halensee stimmten dagegen, jedenfalls wollen sie ihre eigene Kirche haben.

Die Gemeindeparkasse wurde nach den Rustersatzungen beschloffen. Dem Gemeindevorstand wurden 400 000 M. zur Verfügung gestellt zum Erwerb des an der Augustastr. und Schrammstraße gelegenen Ramrath-Neumeierischen Grundstücks mit Zahlung der Zinsen von 3 1/2 Proz. vom 1. Februar 1904. An der Stelle wird der spätere Stadtpark, der sich von Schöneberg herüberzieht, angelegt.

Der Antrag der Großen Berliner Straßenbahn, die Konzession auf 90 Jahre zu verlängern, wurde der Verkehrsdeputation überwiesen. Die Meinung der Versammlung ging dahin, gleich den Berlinern die Zustimmung hierzu zu versagen. Es sei nicht angebracht, angesichts der Entwicklung Berlins und der Vororte einer Aktien-Gesellschaft auf eine derartige Dauer die Konzession zu überlassen. Um den Erwägungen der Berliner Deputation zu folgen, wurde in dieselbe der Stadtrat Peters gewählt.

In letzter Zeit ist es vorgekommen, daß für Desinfektionen Gebühren erhoben wurden, obgleich in der Sitzung vom 29. Januar 1904 ein Antrag unserer Genossen auf unentgeltliche Desinfektion angenommen worden war. Der Gemeindevorstand G. B. H. S. richtete eine diesbezügliche Anfrage an den Gemeindevorstand, wie dies möglich sei. Hierauf wurde vom Gemeindevorstand folgende Erklärung abgegeben: Der Beschluß ist durch eine Kreis-Polizeiverordnung überholt und folgedessen nicht perfekt geworden. Jedoch beabsichtigt die Gemeinde, demnächst eine Desinfektionsanstalt im Ort zu erbauen, sodah verschiedene Wünschen nach dieser Richtung hin Rechnung getragen werden kann. Diese Angelegenheit soll in der nächsten Sitzung behandelt werden.

Röpenitz.

In Röpenitz äscherte Mittwoch nacht eine Feuerbrunst die beiden Getreidepeicher des Herrn Anderson an dem Antofelde ein. Das Feuer fand in den mit Stroh, Kartoffeln und Heu gefüllten Speichern reiche Nahrung. Der helle Feuerchein am Himmel, welcher in weiter Ferne die Nacht erleuchtete, alarmierte außer der Röpenitzer freiwilligen Ortsfeuerwehr auch die Wehren der Nachbarorte, welche jedoch nichts mehr aus dem Flammenmeer zu retten vermochten. Die Entstehungsurache ist nicht bekannt. Die abgebrannten Speicher, welche der Stadt nicht zur Fierde gereichten, dürften nicht mehr aufgebaut werden.

Berliner Nachrichten.

Die städtische Deputation für die Kanalisation und Rieselfelder hat unter dem Vorsitz des Stadtrats Merggraff beschloffen, den städtischen Park in Such für den Besuch an bestimmten

Tageszeiten, vorbehaltlich der Zustimmung des Magistrats, zu öffnen. Zu diesem Zwecke soll der Park gelichtet, Rasen und Wege re. hergerichtet werden. Der Park, einer der schönsten in der Umgebung von Berlin, kann dann vom Eingange zu der Wohnung des Inspektors in Such aus betreten werden. Gleichzeitig hat die Deputation noch einen allgemein interessierenden Beschluß gefaßt. Es wurde beschloffen, den über 1000 Morgen großen dortigen schönen städtischen Hochwald, aus gemischten Beständen bestehend, für den Verkehr dem Publikum vollständig freizugeben. Dieser Wald liegt von Berlin aus links des Bahnhofes Such zwischen Such und Schönerlinde, während der Park rechts vom Bahnhofe liegt. In jedem Falle sind die Beschlässe mit Freuden zu begrüßen.

Aus dem Leben der Straßenbahner wird ein Vorkommnis gemeldet, das weiteren Kreisen bekannt zu werden verdient. Ein Straßenbahner hat bekanntlich „keine Zeit, müde zu sein“. Er darf sie nicht haben, weil sonst der Profit seiner Arbeitgeber, der Direktoren, Aufsichtsratsmitglieder und Aktionäre, geschmälert würde. Doch er aber auch keine Zeit haben darf, zu sterben, das wird mancher nicht für möglich halten — aber es ist leider so.

Ein Straßenbahner, der Schaffner Jahn, Antonstr. 47 wohnhaft, war in der Abalbertstraße auf dem Hinterperon seines Wagens plötzlich zusammengeknien, anscheinend vom Schlag getroffen. Eine Unfallstation war in der Nähe, aber der Dienst gestattete keine Unterbrechung. Also fuhr der Wagen weiter mit dem schwerkranken Mann, den man im Innern des Wagens auf die Bank gesetzt hatte. Vorbei ging es am Krankenhaus Bethanien über die Köpenicker- und Schillingstraße durch die Andreasstraße zur Großen Frankfurterstraße. Am Straßenbahnhof Kleine Frankfurterstraße ließ ein Vorgesetzter ins Bureau und bat um Hilfe. Aber er bekam zur Antwort, man könne hierzu nichts tun, und der Wagen mußte ohne Erschaffner seine Fahrt fortsetzen. Am Alexanderplatz stieg ein Vorgesetzter auf, fragte den Kranken nach seinem Befinden und äußerte Betsunderung über diesen Zustand, da er doch sonst „ein tüchtiger Mann gewesen“ sei. Erst in der Trummstraße schaffte er den Mann in eine Droschke und fuhr mit ihm zum Krankenhaus. Dort ist Jahn dann in der nächsten Nacht gestorben.

Warum nicht auf dem Bahnhof Kleine Frankfurterstraße sofort für Ablösung gesorgt oder in Ermangelung eines Erschaffners der Wagen kurzerhand außer Betrieb gesetzt wurde, das will uns, die wir in die Geheimnisse der bei der Straßenbahn geltenden Instruktionen nur sehr mangelhaft eingeweiht sind, nicht einleuchten. Ebenso schwer ist zu verstehen, warum nicht am Alexanderplatz jener Vorgesetzte den kranken Schaffner einem Schaffner übergab, der ihn nach dem nächsten Krankenhaus oder einer noch schneller erreichbaren Unfallstation zu schaffen hatte. Es würde dem Herrn Vorgesetzten ja wohl nicht geschadet haben, wenn er bis zur Endstation selber den Schaffnerdienst versehen hätte. Aber er scheint freilich den Mann gar nicht für krank, sondern nur für betrunken gehalten zu haben. Er versichert, den Schaffner habe er nur deshalb weiterfahren lassen, weil er ihn nach seiner Wohnung schaffen wollte.

Unbegreiflich ist schließlich auch das Verhalten des Publikums. Warum sah man die Sache so lange unätig mit an? Warum schaffte man nicht den Kranken sofort heruus, damit er schleunigst ärztliche Hilfe erhalten konnte? Den Wagen hätte man unbedenklich auf der Straße stehen lassen oder ohne Schaffner weiterfahren lassen können, die „Große“ hätte deshalb nicht gleich Pleite gemacht.

Die erste Volkszählung in Berlin, die ungefähr mit unseren heutigen Bevölkerungsaufnahmen verglichen werden könnte, wurde vor nun bald zwei Jahrhunderten, im Jahre 1700, vorgenommen. In diesem Jahre waren die fünf „Städte“ Berlin, Kölln, Friedrichswerder, Dorotheenstadt und Friedrichstadt, die bis dahin jede ihre besondere Verwaltung gehabt hatten, miteinander vereinigt worden, so daß sie fortan unter einem gemeinsamen Magistrat standen. Die Zählung ergab für das ganze bereinigte Stadtgebiet 40 885 Personen, freilich ohne die nicht geringe Menge der Hofbedienten und die für damalige Verhältnisse ziemlich zahlreiche Militärbevölkerung, die man außer Betracht gelassen hatte. Für diese liegen nur Schätzungen vor, nach denen die Gesamtbewölkerung Berlins für 1700 auf rund 56 600 Personen angenommen wird. Die zweite Volkszählung in Berlin folgte erst im Jahre 1720, denn bei einer im Jahre 1718 ausgeführten Aufnahme wurde nicht die Bevölkerungsziffer, sondern nur die Zahl der Bürger ermittelt. Schon 1722 ging man dann dazu über, regelmäßige Zählungen einzuföhren. Ein volles Jahrhundert hindurch wurde nun alljährlich gezählt, erst von 1822 ab beschränkte man sich auf Zählungen in Zwischenräumen von je drei Jahren. Die Vermessung des Zwischenraumes auf fünf Jahre, wie sie heute für das ganze Deutsche Reich gilt, wurde 1876 eingeföhrt.

Die grüne Fahne. Beim Zusammengehen und Auseinandernehmen von Eisenbahnzügen wird es dem aufmerksamem Beobachter nicht entgangen sein, daß hier und da Wagen grüne Fahnen führen. Diese sollen das Bahnpersonal darauf aufmerksam machen, daß sie die also bezeichneten Wagen „vorsichtig rangieren“ sollen, teils weil sich darin trauke Passagiere oder arbeitende Postbeamten befinden, teils weil sie zerbrechliche, leicht explosive re. Waren enthalten. Auf einen Bericht der Königl. Eisenbahndirektion Berlin hat der Minister der öffentlichen Arbeiten sich in einem Erlasse damit einverstanden erklärt, daß auch für die Schlaf- und Speisewagen grüne Fahnen eingeföhrt und beim Rangieren des Zuges verwendet werden. Wegen Beschaffung der Fahnen als Inventarstück der Wagen, bei im Privatbesitz befindlichen Wagen auf Kosten der Eigentümer, soll das Erforderliche nunmehr veranlaßt werden. Die Vorschriften für den Rangierdienst sind dementsprechend ergänzt worden.

Die Cholera-Überwachungsstationen um Berlin sollen, sofern nicht unvorhergesehene Vorkommnisse eintreten, am 15. November d. J. geschlossen werden. Um jeder Gefahr vorzubeugen, ist vom Regierungspräsidenten zu Potsdam aber angeordnet worden, daß die Überwachungsstationen zum nächsten Frühjahr wieder eröffnet werden. Einige der in den Stationen tätigen Ärzte wollen von dem Dienst schon jetzt zurücktreten, was den Regierungspräsidenten beantragt hat, die Landräte der Kreise Teltow und Niederbarnim zu folgender Verfügung zu veranlassen: „Da von einigen Leitern der Cholera-Überwachungsstationen der Wunsch ausgesprochen worden ist, zu ihrer gewohnten Tätigkeit zurückzukehren, so ist es dem Herrn Regierungspräsidenten erwünscht, daß sich aus den Reihen der im Kreise ansässigen Ärzte Herren zur Leitung der eingerichteten Überwachungsstationen melden. — Der Überwachungsdiens soll bis Mitte November in vollem Umfange aufrecht erhalten werden und im Frühjahr 1906 wieder neu eingerichtet werden.“

Die neuen Verkehrsprojekte der Großen Berliner Straßenbahn unterzog der bekannte Verkehrsingenieur Dr. A. Kollmann einer scharfen und vernichtenden Kritik in einem Vortrage, den er am Montagabend in einer Versammlung des Fortschrittlichen Vereins der Potsdamer Vorstadt hielt.

Der Vortragende wies zunächst darauf hin, daß die Projekte schon deswegen auf das Entschiedenste zu bekämpfen seien, weil die Gesellschaft veruche, sie mit Hilfe der Staatsautorität gegen den Willen der Selbstverwaltung durchzusetzen. Die Stützen, die die Gesellschaft dem Polizeipräsidium eingereicht habe, erbrächten noch lange nicht den Beweis, daß die Projekte auch ausführbar seien. Der Redner legte eingehend dar, daß die Klampenanlage an der Potsdamer Brücke unbrauchbar sei. Die Leitung der Gesellschaft biete nach ihren bisherigen Leistungen absolut keine Gewähr dafür, daß sie Ersprießliches für die Verbesserung des Verkehrs der Stadt Berlin und der Vororte werde schaffen können. An ihrer Spitze ständen keine Verkehrsingenieure, sondern nur Formalisten, die die Bedürfnisse des Verkehrs nicht zu beurteilen imstande seien. Die Große Berliner Straßenbahn sehe in ihren Leistungen hinter allen größeren Straßenbahngesellschaften erheblich zurück, obwohl sie die größten Einnahmen von allen Straßenbahnen Deutschlands zu verzeichnen habe. Wie komme die Gesellschaft dazu, die Verlängerung der Konzession um 90 Jahre zu verlangen? Diese Verlängerung würde ein Geschenk an die Gesellschaft von 8-10 Millionen Mark jährlich bedeuten. So viel würde man erhalten, wenn man die Konzession anschiebe. Man könne doch nicht der Gesellschaft etwa 700 Millionen Mark schenken, denn so viel betrage der Wert der Konzession in neunzig Jahren. Die Stadt solle nur den Bau von Nebenbahnen selbst in die Hand nehmen. Dann sei die Ergänzungsbehörde nicht in der Lage, die Konzession einer Privatgesellschaft zu verlängern. Wenn der Minister v. Thielen die Konzession der Gesellschaft bis 1949 verlängert habe, so hätte er es getan, weil er nicht die nötige wirtschaftspolitische Einsicht besessen habe. Man müsse alle Hebel in Bewegung setzen, um eine Aenderung des Kleinbahngesetzes durchzusetzen; es müßte zu diesem Zwecke eine Koalition aller größeren Städte herbeigeführt werden, denn das gleiche Schicksal, das der Stadt Berlin widerfahren sei, könne jeden Augenblick jeder anderen Stadt zuteil werden. Die einseitige Verlängerung der Konzession bis zum Jahre 1949 habe für die Gesellschaft infolgedessen keinen Wert, als im Jahre 1919 der Bahnkörper in den Besitz der Stadt Berlin übergehe. Die Gesellschaft könnte den Betrieb nur fortsetzen, wenn sie einen neuen Bahnkörper baue; seitens der Stadt werde ihr aber die Genehmigung dazu nicht erteilt werden. Nach einer lebhaften Diskussion beschloß die Versammlung noch mit dem Projekt der Schöneberg-Grünendamm-Neubau. Es sei anzuerkennen, daß eine Schönebergbahn nicht zur Verschönerung der Gegend beitrage, kein anderes Bahnsystem sei aber in der Lage, dieselbe Schnelligkeit und Billigkeit des Verkehrs zu gewährleisten wie die Schönebergbahn.

Mit einem umfangreichen Verkehrsprojekt beschäftigt sich die Gemeindeverwaltung von Schmargendorf, indem sie in Anbetracht des dauernd ablehnenden Verhaltens der „Großen Berliner“, bessere Verbindungen nach dem westlichen Vorort zu schaffen, die Firma Siemens u. Halske für den Bau zweier elektrischer Straßenbahnlinien gewinnen will, die gleichzeitig als Konkurrenzlinien für die westliche Berliner Vorortbahn dienen sollen. Um das Projekt schnell verwirklichen zu können, wird Schmargendorf mit den Gemeinden Wilmerdorf, Grünwald, Dahlem und Groß-Lichterfelde, deren Gebiete durch die beiden als Flachbahnen zu erbauenden Linien ebenfalls neue wichtige Verbindungen erhalten würden, Unterhandlungen anknüpfen. Nach dem Plan soll die eine Linie ihren Ausgang am Untergrundbahnhof Wittenbergplatz nehmen und die Ansbacher und Radobitzerstraße, den Breiten- und Hohenzollernpark, die Auguste-Viktoriastraße, den Verkauf Platz am Schmargendorfer Rathaus, die Spandauer und Barnimstraße durchlaufen, um dann auf Dahlemer Gebiet überzutreten, wo die Linienführung durch die Kobbelski-Allee und über den Kaiser-Wilhelm-Platz bis zum neuen Botanischen Garten und dann durch die Altensteinstraße bis zum Lichterfelder Kreisfrankenhaus erfolgen soll. Ferner soll eine Linie vom Wittenbergplatz durch die Radob-, Düssel-, Paulsdorner- und Hubertusbadener Straße bis in die Nähe von Rosened am Grunewaldsaum laufen. Durch den Anschluß der die genannten Gemarkungen lediglich in Hauptverkehrsrichtungen durchquerenden Linien an den Bahnhof Wittenbergplatz der Untergrundbahn könnten die Bewohner der Vororte auf das bequemste sowohl nach Berlin als auch nach Charlottenburg gelangen. Die Gemeinde Schmargendorf würde sich mit Rücksicht auf die wesentlichen Vorteile, die ihr aus dem Bau dieser Linien erwachsen, zu einer Garantieübernahme verstehen.

Geübt bei einer Hülfleistung wurde gestern morgen um 7 1/2 Uhr der Arbeiter Watroczyński auf dem Hofe der Gasanstalt in der Müllerstraße. Der Mann sah, daß ein Kutscher, der eine Fuhrer Kasse holte, zu schwer geladen hatte und nicht vom Platze kam. Er griff in die Speichen und so gelang es, das Fuhrwerk ein Stück Weges vorwärts zu bringen. Plötzlich aber glitt der schwere zweispännige Wagen wieder zurück und ging Watroczyński, der stolperte und hinfiel, mit den Hinterrädern über den Unterleib. Angestellte der Gasanstalt brachten den Verunglückten mit einem Tragekorbe nach dem Augusta-Hospital, er starb aber schon auf dem Wege dorthin.

Aus der besten der Welten. Wegen Stillschließung hat vorgestern abend der 54 Jahre alte Reiner Ludwig Büchel Hand an sich gelegt. Er, der bei einer Familie in der Gartenstr. 85 gewohnt, war lange Zeit ohne Beschäftigung gewesen. Da er glaubte, eine neue Stellung vorläufig nicht erhalten zu können, versuchte er sich in der Verzweiflung das Leben zu nehmen. Vor dem Hause Velle-Allianzstraße 80 krank der Unglückliche Dienstag abend eine Flasche Lysol aus und brach dann vor den Augen der entsetzten Passanten bewusstlos zusammen. Auf der Unfallstelle am Tempelhofer Ufer wurde dem Lebensmüden der Wagen ausgepumpt. Im Krankenhause am Urban, wo B. später Aufnahme fand, glaubt man ihn kaum am Leben erhalten zu können.

Beim Taschendiebstahl ertrapt wurden zwei junge Durschen, die ihren Arbeitgebern durchgebrannt und aus der Provinz nach Berlin gekommen waren, ein 15 Jahre alter Schneiderlehrling Hans Hartmann aus Kyritz und ein 16 jähriger Kaufbursche Hans Walter aus Kassel. Hartmann lief vor zehn Tagen aus der Lehre und machte sich in der Absicht, ein Mädel zu führen, auf die Wanderschaft. Nach acht Tagen kam er in Berlin an und gab seinen letzten Groschen in einer Herberge aus. Durch Taschendiebstahl versuchte er sich neue Mittel zu verschaffen, wurde aber in einem Warenhause in der Leipzigerstraße bald gefaßt. Walter hatte so viel Geld verdient, daß er mit der Bahn von Kassel nach Berlin fahren konnte. Dann hatte er aber auch nichts mehr. Als er nun im Vorhof eines großen Hotels einem Herrn das Portemonnaie aus der Tasche zog, wurde er ertrapt und nach einer Tracht Prügel der Polizei übergeben.

Wassenhandschuhung. Im Laufe des Montags fanden bei einer großen Anzahl bekannter Anarchisten in Berlin und Vororten Handschuhungen statt. Gefaßt wurde Nr. 10 des „Revolutionär“, Organ der Anarchistischen Föderation Deutschlands. In der Expedition wurden auch die Geschäftsbücher beschlagnahmt.

Unter Choleraverdacht ist vorgestern abend die Portierfrau Marie Voermann aus der Liebigstr. 5 in die Isolierbarade des Roaibiter Krankenhauses eingeliefert worden. Frau V. erkrankte plötzlich unter heftigen Begleitsymptomen, zu denen sich auch Brechdurchfälle hinzugesellten. Vorstandsleiter wurde die Patientin in einem Krankenwagen nach der Cholera-Barade gebracht und dort unter ärztliche Beobachtung gestellt.

Auf der Straße erbrochen und seines Inhalts beraubt wurde gestern, Mittwoch, morgen der geschlossene Wagen einer Wäscherei aus der Mühlenstraße in Nixdorf, während die Begleiter auf einen

Augenblick in ein Haus hineingegangen waren. Der Einbrecher erbeutete einen mit der Nummer 332 gezeichneten Sack, der 103 Hemden der 2. Kompanie des Luftschiffer-Bataillons enthielt.

Bermittelt wird seit Montag früh 6 Uhr der am 12. April 1899 geborene Metallschleiferlehrling Johannes Dünke, wohnhaft bei seiner Mutter in der Reinholdenstraße 18. Der junge Mann hatte am Montag früh die Wohnung seiner Mutter verlassen und sein Lebenszeugen mehr von sich gegeben. Da der Genannte geistig schwach begabt ist, liegt die Möglichkeit vor, daß er herumirrt. Die Mutter bittet, falls der zierliche 1,60 Meter große, blonde junge Mann sich irgendwo einfindet, ihn gütigst Nachricht zu geben.

Feuerbericht. Wegen einer Benzinerexplosion, die in einer Werkstatt erfolgt war, wurde die Wehr nach der Wollinerstr. 12 gerufen. Die Gefahr konnte leicht beseitigt werden. Personen sind glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen. — Stroh zc. ging dann in der Putzstr. 55 in Flammen auf, während noch in der Holzmarktstraße 48a in einer Kartonfabrik ein Brand abgelöscht werden mußte, der Körbe, Kartons zc. ergriffen hatte. — Die übrigen Alarmierungen, die in den letzten 24 Stunden einliefen, waren auf „blinden Lärm“ zurückzuführen.

Theater. Anton und Donat Herrnsfelds Robottät „Familiengänge im Hause Prellstein“, deren Premiere am kommenden Samstag, den 4. d. Mts., stattfindet, wird die gesamte Künstlergarde des Gebrüder Herrnsfelds Theaters ins Treffen führen. — Apollo-Theater. Am Sonntag, den 5. November, findet nachmittags 3 Uhr zu bedeutend ermäßigten Preisen eine Aufführung von „Frühlingsluft“ von Strauß statt.

Gerichts-Zeitung.

Milde Strafe für niederträchtige Ausbeutung des Gläub. Ein moderner Sklavenhalter stand gestern in der Person des Wäders Hermann Lorenz unter der Anklage der Körperverletzung mittels einer das Leben gefährdenden Behandlung vor dem Schöffengericht I. Der Angeklagte, über dessen Verhaftung und Gebahren wir bereits am 17. Oktober berichtet hatten, betrieb in der Gr. Hamburgerstraße eine Waffelhäckerlei, in welcher er sich seinen Angestellten gegenüber als ein wahrer Sklavenhalter offenbarte. Er suchte sich seine Opfer auf der Straße, in den Herbergen und in den Kneipen für Obdachlose und fand sie in jenen bedauernswerten Menschen, die nach einem Scherzwort mit einem gewissen Galgenhumor von sich selbst sagen, daß sie so durstig wären, daß sie vor Hunger nicht wüßten, wo sie schlafen sollen. Er verwarf die armen Teufel, die froh waren, nicht dem Hungertode verfallen zu müssen, mit weißer Wäsche, Jacke und Schürze und übergab ihnen ein Brett mit Waffeln, die sie des Nachts in Lokalen verkaufen sollten. Einen festen Lohn bezogen die Waffelverkäufer nicht, sondern waren nur je nach Höhe des Verkaufs mit einem geringen Prozentsatz beteiligt, der nicht einmal zur Deckung der allernotwendigsten Lebensbedürfnisse ausreichte. Hand in Hand mit der schlechten Behandlung ging auch noch eine unmenschliche Behandlung der halbverhungerten Verkäufer. Diese wurden von dem Angeklagten wiederholt in barbarischer Weise mißhandelt, wenn sie nicht genug Geld eingenommen hatten. Schließlich setzte er die bedauernswerten Menschen vor die Tür und behielt ihnen noch Kleidungsstücke als „Schadenertrag“ ein. Andere Verkäufer liefen, als sie die wahre Absicht des Angeklagten erkannten hatten, davon und ließen ihre geringen Habseligkeiten im Stich. Zugleich engagierte L. für sein kleines Unternehmen Geschäftsführer, die Kautions stellen mußten, und später statt ihres Geldes eine Tracht Prügel bekamen. Zuletzt schädigte er seine Lieferanten und verkaufte schließlich auch noch seine geborgte Wäderei für 1700 M. Mit diesem Gelde wollte er seiner Frau eine neue Waffelhäckerlei in Panlow einrichten, er selbst aber schleunigst nach London verschwinden, um sich hier seinem früheren Beruf als Artist und Degenkämpfer zu widmen. Hierbei machte ihm die Kriminalpolizei einen Strich durch die Rechnung. Diese war durch die Anzeige eines gewissen Hoffmann, der zu den Opfern des Angeklagten zählte, auf das Treiben des gemeingefährlichen Sklavenhalters aufmerksam gemacht. Hoffmann war von dem Angeklagten durch mehrere Faustschläge zu Boden gestreut und dann mit den Stiefelabsätzen bearbeitet worden. Als Lorenz gerade im Begriff war, den Hamburger Schnellzug zu besteigen, um nach London zu flüchten, wurde er auf dem Lehrter Bahnhof verhaftet. In der gestrigen Verhandlung stand nur die Mißhandlung des Hoffmann zur Anklage. Rechtsanwältin Bahn bat mit Rücksicht auf die bisherige Unbescholtenheit des Angeklagten, der noch anderweitig Schulden zu begleichen habe, um eine milde Strafe. Der Gerichtshof erlachte auf nur eine Woche Gefängnis.

Die geschlossene Gesellschaft findet keine Gnade vor dem Kammergericht. Die Jahreshilfe Vochum des Schmiedeverbandes hatte beim Gastwirt Schäfer ein Weihnachtsfest abgehalten, das mit musikalisch-dellamatorischen Vorträgen verbunden war. Polizei und Staatsanwaltschaft sahen die Veranstaltung als eine öffentliche an und beantragten ein Strafverfahren gegen den Wirt Schäfer wegen Verletzung des § 33a der Gewerbe-Ordnung, weil er nicht für die Vorträge eine Erlaubnis eingeholt habe. Außerdem sollte er noch eine Polizeiverordnung durch Nichterreichung der Texte übertreten haben. Das Landgericht als Berufungsinstanz sprach ihn jedoch frei. Es ging davon aus, daß es sich um das Vergnügen einer geschlossenen Gesellschaft handelte. Die Veranstaltung sei auch mangels besonderer Umstände nicht zu einer öffentlichen dadurch geworden, daß die vom Saale zum öffentlichen, jedermann zugänglichen Schankräume führende Türe während der ganzen Dauer der Vorträge offengestanden habe.

Das Kammergericht hob dies Urteil dieser Tage auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht Essen. Begründung wurde ausgeführt: Das Landgericht sage, es folge noch nicht allein die Öffentlichkeit der Veranstaltung daraus, daß die Tür zwischen dem Saal und dem jedem zur Verfügung stehenden Schankraum während der Dauer der Vorträge offen gestanden habe. Gerade umgekehrt sei aber zu folgern: wenn die öffentliche Schankstube durch eine offene Tür mit dem Saal in Verbindung gestanden habe, so daß jedermann von der Schankstube aus die Vorstellung sehen konnte, dann wäre die Vorstellung zweifellos eine öffentliche gewesen, und aus dem Offenstehen der Tür allein sei dies nur dann nicht zu folgern, wenn Umstände dargetan würden, die erkennen ließen, daß nicht jedermann von der Schankstube aus die Vorstellung mit ansehen konnte. Das Landgericht müsse darauf hin die Tatsachen nachprüfen und dabei auch nochmal der Frage näbertreten, ob die Veranstaltung an sich wirklich die einer geschlossenen Gesellschaft gewesen sei.

Daß gar viele Leute immer noch auf Geldverleihschwindel-Inserate hineinfallen, konnte man aus einer Gerichtsverhandlung ersehen, die am Dienstag, den 31. Oktober, in Königsberg stattfand. Erst vor kurzem wurde in Königsberg der Inhaber eines Geldverleihschwindel-Institutes „Fortuna“ zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Er hatte in diesen Zeitungen die bekannten Geldverleihschwindel-Inserate erlassen, und daraufhin war ihm der „Segen“ ins Haus geströmt, bis er verhaftet wurde. Am Dienstag wurde sein Schalter, der 22 jährige Agent Emil Wachtel wegen ähnlicher Verbrechen zu einem Jahr Gefängnis und zwei Jahren Ehrverlust verurteilt. Wachtel wandte sich anfangs dieses Jahres mit dem Ersuchen um Geld an die „Fortuna“, diese Glücksgöttin prellte ihn ebenso wie so viele andere. Wachtel mußte sein Verh. aber aus: er beschloß, ein ähnliches „Geldvermittlungsbureau“ aufzumachen. Er entwarf ein Zirkular, das an die Kunden geschickt werden sollte, und erließ in 20 Zeitungen in Ost- und Westpreußen, Schlesien, Pommern und Posen Inserate, worauf sich dann auch sofort eine Menge Leute meldeten, die um Darlehen ersuchten. Durch die Gerichtsverhandlung kam zutage, daß Arbeiter, Baumunternehmer, Besizer, Schulleute, auch ein Arzt

und ein Oberleutnant auf diese Gaunerei hineinfallen. In dem betreffenden Zirkular wies Wachtel darauf hin, daß es leider gewissenlose Leute gebe, die unter der Flagge des Geldverleihschwendens nur den Leuten Geld abnehmen; er erzeue sich aber eines guten Rufes, sein Institut sei streng reell und verleihe „unter kulantesten Bedingungen an Reelldenkende“. Wachtel sah ein Geldbedürftiger an das Institut, so hatte er erst 4,80 M. an Kosten für Auskunftsbeholdung über seine Vermögensverhältnisse zu zahlen. Hin und wieder wurde auch Auskunft eingeholt, meist begnügte sich Wachtel mit dem Einnehmen der Auskunftgebühren, nie verkaufte er Geld.

Der Geist der lex Heinze lebt. Das Reichsgericht hat den Freispruch, den das Berliner Landgericht gegen den Redakteur der „Welt am Montag“ Max Ludwig und die Schriftstellerin Dorothea Gabel erließ, aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung in die erste Instanz zurückverwiesen. Durch eine kleine Erzählung, die das Problem des zu großen Kinderlegens behandelt, sollen die Inkulpaten § 184 Ziffer 1 des Strafgesetzbuchs (lex Heinze) übertreten haben. Das Landgericht sprach mit Rücksicht auf die offensichtlich sittliche Tendenz der Erzählung frei. Das Reichsgericht nimmt dem entgegen an, auf die sittliche Tendenz komme es bei der Konstruktion der Unzüchtigkeit im Sinne der lex Heinze nicht an. Trifft die Ansicht des Reichsgerichts zu, so dürfte damit höchstgerichtlich vorab festgestellt sein, daß die unsittliche Tendenz der lex Heinze entspreche.

Vermischtes.

Eine mutige Rettungstat vollbrachte der dreizehnjährige Sohn des Fuhrmannes Blohm zu Köpenick. In dem hochangefochtenen Seltief sah er den Körper eines Kindes treiben. Ohne Zaudern sprang er ins Wasser, schwamm zu dem Kinde und brachte es glücklich ans Ufer; dann hatte er eben noch die Kraft, sich selbst aus Troiden zu bringen. Es stellte sich heraus, daß der tapfere Knabe sein eigenes sechsjähriges Brüdchen gerettet hatte, das an dem Wasser gespielt und, ohne daß es jemand bemerkte, hineingefallen war. Das Kind war zwar schon bewußtlos, wurde aber nach längeren Bemühungen wieder ins Leben zurückgerufen.

Drei Kinder erstickt. In Mörsbach in Baden sind bei einem Zimmerbrande die drei Kinder eines Zimmermanns erstickt. Die Eltern nahmen an einer Hochzeit teil und hatten die Kinder allein zurückgelassen. Eines von ihnen warf die Petroleumlampe um.

Kombinierte Menschen- und Tierhändler. Aus Paris wird der „kleinen Presse“ geschrieben: Renagierbesitzer Vostok wurde in der Nacht auf Sonnabend von dem fünfjährigen abessinischen Löwen Wallace in der schauerhaftesten Weise zerfleischt. Der Amerikaner Vostok unterhält im Hippodrom eine prachtvolle Menagerie wilder Tiere, in der die Dressur sich durch ihre große Kühnheit auszeichnet; alle zwei Monate muß irgend ein Bändiger darin das Opfer der Löwen werden — das scheinen die Reklame und der Gang der guten Geschäfte so zu verlangen. Der schwarzmächtige Löwe Wallace hat bisher allen Versuchen, ihn zu zähmen, widerstanden, drei Dressuren hatten bereits daran glauben müssen. Man kann sich denken, welche Attraktion die Ankündigung ausübte, Vostok werde sich in Person in den Käfig wagen. Gegen 12 Uhr nachts näherte sich der beruflich gebaute Mann dem kleinen ungetrübten Raume, in dem Wallace auf und abmarschierte; aber als Vostok die Tür öffnen wollte, sprang das wundervolle Tier fünf- oder sechsmal dagegen, sodas er zurückweichen mußte. Mit einer langen Gabel trieb Vostok den Löwen zurück und sprang endlich schnell in den Käfig. Ein Tabensack trennte dem Bändiger den Daumen von der rechten Hand ab. Vostok schritt rückwärts der Türe zu. Doch mit einem Riesenatz warf sich Wallace auf ihn und biß ihn zweimal in die rechte Seite und in die unteren Rippen. Mit übermenschlicher Anstrengung erhob sich Vostok noch einmal und machte vor dem Publikum eine tiefe Verbeugung; dann ließ ihn der enorme Blutverlust die Besinnung verlieren. Glücklicherweise war es den Angestellten inzwischen gelungen, Wallace mit spitzen Stangen zurückzubringen. Man holte den Schwerverwundeten aus dem Käfig; er hörte nichts von dem lärmenden Geisell, der nach dem anfänglichen Schreckensgefühl seinen traurigen Abzug begleitete. Obgleich sich drei Ärzte sofort um Vostok bemühten, ist sein Leben in Gefahr, da eine Wunde die Wirbelsäule berührt.

Ein verurteiltes deutsches Schiff. Von der Hamburger Polizeibehörde wird mitgeteilt: Auf dem am 25. Oktober vom Ra Plata im hiesigen Hafen eingetroffenen englischen Dampfer Ashmore sind tote Ratten aufgefunden worden. Es besteht der Verdacht, daß sie an Pest verendet sind. Die Entladung des Dampfers ist vorläufig unterbrochen worden. Das Schiff wird zur Abtötung der Ratten einer Ausgaskung mit dem Generatorenapparat unterzogen; nach deren Beendigung die Lösung unter den üblichen Vorsichtsmaßnahmen wieder gestattet werden wird. Menschen sind nicht erkrankt.

Witterungsübersicht vom 1. November 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temp. in C. u. F.
Smintende.	753	SE	2wollig	5	4	Kabaranba	759	RD	3	3	-0
Damberg	752	SE	2wollig	6	4	Petersburg	762	SE	3	3	1
Berlin	754	SE	2wollig	9	3	Scilly	736	NRD	6	Regen	9
Frankf. a. M.	754	SE	1 wollig	9	3	überden	746	NRD	2	bedekt	7
München	757	SE	1 wollig	9	3	Paris	748	SE	3	wollig	8
Wien	757	SE	—	6							

Wetterprognose für Donnerstag, den 2. November 1905. Blasser, aber am Tage warm bei lebhaften westlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau



METZNER
Kinderwagen
Korbwaren, Beststellen
Größtes Lager Berlins
Adressstr. 23, Brunnenstr. 95
Beusselstr. 67, Leipzigerstr. 54-55
Verkauft hier in fabriksgebäuden.
1000 Mark zahlt jedem, der mir in Berlin ein größeres
Belohnung Spezial-Geschäft in der
Branche als das meinige nachweist.
Katalog gratis.

Altestes konz.
Leihhaus
Charlottenburg,
Wilmsdorferstr. 40 I.
Hohe Beleihung. Diskr. Sprechzimmer

Leih-Haus
Charlottenburg,
Friedrich-Karl-Platz 12,
Berlin, Anhalter-Str. 2.
Beleihung von Brillanten, Gold- und
Silberfachen, Uhren, Bähren, Wäsche,
Kleidungsstücken zc. 218*
Habe meine Wohnung von der
Thüringerstr. 43 nach Nixdorf
Bergstr. 99/100
Gute Zahntrahe, neben der
Zincolmanfabrik, verlegt. 218*
Franz Lenz, Nebamme.

Otto Bredow, Nixdorf,
Hormannstr. 56.
Wollwaren, Strümpfe, Trikotagen,
Putz- und Modewaren.